



Frank Deppe
**Einheit und Spaltung der
Arbeiterklasse**

Überlegungen zu einer
politischen Geschichte
der Arbeiterbewegung



Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft



**Schriftenreihe für Sozialgeschichte
und Arbeiterbewegung
Band 25**

**Schriftenreihe für Sozialgeschichte
und Arbeiterbewegung
Band 25**

**der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte
und Arbeiterbewegung Marburg
Herausgegeben von
Wolfgang Abendroth, Frank Deppe,
Georg Fülberth und Gerd Hardach**

Frank Deppe

Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse

Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung



Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deppe, Frank:

Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse: Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung/Frank Deppe. — Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswiss., 1981

(Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Marburg; Bd. 25)

ISBN 3-921630-24-X

NE: Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung (Marburg, Lahn): Schriftenreihe für Sozialgeschichte...

INHALT

Vorwort	7
Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse	9
1. Klassenanalyse und sozialgeschichtliche Forschung	9
2. Marx und Engels über Klasseneinheit	18
3. Partei und Klasse	23
4. Klassenlage und Organisation	28
5. Einheit und Spaltung als Hegemonieproblem	39
6. Kampfzyklen in der Geschichte der Arbeiterbewegung	54
7. Sozialökonomische und politische Spaltung nach dem Ersten Weltkrieg	71
8. Warum politische Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung?	92
Partizipation, Autonomie und Demokratie — einige aktuelle Probleme der Politik der Arbeiterbewegung	105

Vorwort

Der Essay „Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse“ ist das Ergebnis der Überarbeitung des Einleitungsreferates, das ich zur Tagung der Marburger „Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung“ im April 1980 gehalten habe. Diese Überlegungen stehen mehr oder weniger im Zusammenhang der jüngeren Diskussion über methodologische und politische Implikationen der Erforschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die ursprüngliche Fragestellung, die historisch auf die Weimarer Republik beschränkt bleiben sollte, hat sich im Zuge der Bearbeitung schnell erweitert. Daß ich angesichts des gegenwärtig vorherrschenden Trends zur Sozial- und Kulturgeschichte für eine politische Geschichte der Arbeiterbewegung plädiere, sollte nicht nur als Positionsbestimmung, sondern vorab als Aufforderung zur Diskussion zahlreicher offener Forschungsprobleme aufgefaßt werden.

Beim zweiten Beitrag „Partizipation, Autonomie und Demokratie — einige aktuelle Probleme der Politik der Arbeiterbewegung“ handelt es sich um ein Diskussionspapier, das ich im vergangenen Jahr für die Konferenz „Socialism in the World“ (Cavtat/Jugoslawien) ausgearbeitet habe. Ich habe den Text aus dem Englischen übersetzt und dabei den Charakter eines Diskussionspapiers nicht verändert. Zwei Überlegungen haben mich bewogen, den Text in diesen Band aufzunehmen. Zum einen knüpft er an strategische Diskussionsfelder der Arbeiterbewegung an, die auch in „Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse“ angesprochen werden. Zum anderen enthält dieser Text Gedanken zur Bedeutung von Spaltungsprozessen in der Arbeiterklasse, die durch die aktuelle Krise des kapitalistischen Systems sei's verstärkt, sei's neu hervorgebracht werden. Mit dem Bezug auf die Politik der Arbeiterbewegung wird zugleich die Frage nach der Überwindung der Spaltung aufgeworfen. Dieser zweite Beitrag führt daher, wenn auch recht allgemein, die Thematik von „Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse“ bis in die Gegenwart fort.

Das Interesse an der Beschäftigung mit methodologischen Problemen der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist doppelt bestimmt. Es fügt sich ein in ein längerfristiges Arbeitsvorhaben zur politischen Theorie des Marxismus. Zugleich steht es aber auch im Zusammenhang der politischen und wissenschaftlichen Kontroversen, die sich über das von mir mit verfaßte und herausgegebene Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, das 1981 in der dritten Auflage erschienen ist, sowie über meine Arbeit „Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse“ (Marburg, 1979) ergeben haben. Die hier vorgelegten Texte sind möglicherweise schlechtes Material für solche „Forscher“, die jeden Gedanken nur noch nach Maßgabe von Unterwanderungs- und Verschwörungspraktiken zu bewerten vermögen

und daher die Möglichkeiten einer freien Diskussion systematisch zunichte machen.

Marburg, August 1981

Frank D e p p e

EINHEIT UND SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE.

1. Klassenanalyse und sozialgeschichtliche Forschung.

Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung werden in der Regel als politisches Problem definiert. Meist wird die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1918/19 und 1933 als besonders anschauliches Material für die Realität von Spaltung und Konfrontation der Arbeiterbewegung herangezogen. Schnell gelangt man zur emphatischen Beteuerung der politischen Lehre, die aus dieser Erfahrung und der mit ihr verbundenen Niederlage des Jahres 1933 gewonnen wurde: die Überwindung/Aufhebung der Spaltung ist wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer Politik, die gegenrevolutionäre und antidemokratische Bewegungen abzuwehren vermag, die jedoch zugleich in diesem Kampf und vermittels der Einheit jene Kraftentfaltung und Bewußtseinsentwicklung ermöglicht, ohne die demokratische und sozialistische Veränderungen des bestehenden Gesellschaftssystems und seiner Herrschaftsordnung nicht zu erreichen sind. Aus der Periode zwischen 1934 und 1946/47 sind daher verschiedene Formen der Überwindung der Spaltung in der Arbeiterbewegung überliefert: die Form der Aktionseinheit aller an der Verhinderung des Faschismus bzw. am antifaschistischen Kampf interessierten Kräfte oder eine auf die Gewinnung der politischen Macht zielende Bündnisstrategie. Außerdem haben sich in dieser Periode einheitliche Organisationen der Arbeiterbewegung entwickelt: so wurde gegen Ende des 2. Weltkrieges — getragen von den Widerstandsbewegungen — das Ziel der Schaffung von „Einheitsgewerkschaften“ oder auch einer sozialistischen „Einheitspartei“ diskutiert und z. T. realisiert. Pietro Nenni, viele Jahre Vorsitzender der Sozialistischen Partei Italiens (PSI), hat — für Italien — diese Bewegung folgendermaßen charakterisiert: „Der Geist war zutiefst einheitlich. Das erste Manifest (des PSI, F. D.) begann mit den Worten: ‚Eine Klasse, ein Ziel, eine Partei‘. Es war unsere Absicht, die Spaltungen aus der ‚schmerzlichen Epoche‘ der Jahre 1921/22 zwischen Kommunisten und Reformisten zu überwinden.“¹

Diese geschichtlichen Erfahrungen haben gewiß bis in die Gegenwart ihre Bedeutung nicht verloren. Gleichwohl birgt die Reduktion des Problems auf diese Erfahrungen die Gefahr in sich, wesentliche Dimensionen der Erfor-

¹ P. Nenni, *Intervista sul socialismo italiano*, a cura di G. Tamburrano, Roma-Bari 1977, S. 60/61.

schung der Geschichte der Arbeiterbewegung gleichsam abzuschneiden. Das Phänomen Einheit und Spaltung würde so in der Tat auf der Ebene der Politik und Strategie von Führungsgruppen nebeneinander bestehender und konkurrierender Organisationen der Arbeiterbewegung abgekapselt. Historisch-materialistische Analyse und Kritik muß sich jedoch der Frage stellen, welche Beziehungen zwischen den materiellen Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, ihrer inneren Differenzierung (als der sozialökonomischen Spaltung und Segmentierung) und den politisch-ideologischen Verarbeitungs- und Erscheinungsformen dieser Bedingungen bestehen. Sie muß außerdem der Frage nachgehen, welche dieser Bedingungen (in welcher Weise) die Handlungsbedingungen der Organisationen der Arbeiterbewegung beeinflussen.

Diese Problemformulierung führt natürlich direkt ins Zentrum der methodologischen Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher und marxistischer, aber auch zwischen verschiedenen Richtungen der marxistischen Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft. Letztlich konzentriert sich diese Debatte (die sprachlich die Nuancierung zwischen „Arbeiterschaft“ und „Arbeiterklasse“, „Arbeitergeschichte“ und „Geschichte der Arbeiterbewegung“ hervorgebracht hat) auf die wissenschaftliche und politische Relevanz des Klassenbegriffs für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung — insbesondere jedoch ihrer Einheit und Spaltung.

Der traditionelle Ansatz der Sozialgeschichte — exemplarisch in Conze's Studie „Vom Pöbel zum Proletariat“² — richtete sich in doppelter Weise gegen den marxistischen Klassenbegriff. Zum einen sollte mit dem empirischen Nachweis der sozialen „Heterogenität“ der „Unterschichten“ die in der marxistischen Klassenanalyse begriffene Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des grundlegenden sozialökonomischen Zusammenhangs in der Herausbildung und Entwicklung der antagonistischen Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, von Bourgeoisie und Proletariat, falsifiziert werden. Zum anderen sollten die politischen Dimensionen des Klassenkampfes, der Zusammenhang von Klassenlage, Klassenkampf, Klassenbewußtsein und Klassenorganisation eliminiert werden. Mit der Infragestellung des marxistischen Klassenbegriffs wurde so zugleich die gesamte materialistische Geschichtsauffassung negiert.

Die neuere sozialgeschichtliche Forschung und Diskussion hat solche Vereinfachungen, die recht unkritisch den soziologischen Schichtbegriff übernommen³, inzwischen hinter sich gelassen. Das dokumentiert z. B. der von H. U.

2 Vgl. W. Conze, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“, in: H. U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln: Berlin (West) 1966, S. 111 ff.

3 Vgl. F. Deppe, *Das Bewußtsein der Arbeiter*, Köln 1971, Kapitel 1.

Wehler herausgegebene Band „Klassen in der europäischen Sozialgeschichte“.⁴ Hier wird in verschiedenen Einzelanalysen der Klassenbegriff als Mittel der historischen Analyse der Ungleichheit anerkannt. Indem freilich mit Max Weber „Klassenlage . . . letztlich (als) Marktlage“ bestimmt wird⁵, erfolgt schon eine Ablösung des Klassenbegriffs von den Produktionsverhältnissen. Weber's Bemerkungen über Klasse, Status und die Partei bewegen sich im Rahmen einer „Typologie von Machtsubjekten“; die gesellschaftliche Machtverteilung ist schon vorausgesetzt, ihre Konstitution nicht selbst mehr Gegenstand der Untersuchung.⁶ Gleichwohl formuliert Wehler in dem einführenden Beitrag zu diesem Sammelband zahlreiche Fragen, deren Erforschung in der Tat zu einem besseren Verständnis der Geschichte der modernen Klassengesellschaften beitragen können.

Hartmut Zwahr hebt jedoch mit Recht hervor, daß „für das historisch-materialistische Verständnis des Themas . . . die formationstheoretische Einbettung der Klassenentwicklung von zentraler methodologischer Bedeutung (ist), die Existenz der sozialen Klassen doch an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden (ist).“ In der „realen Klassendialektik“ der Antipoden Bourgeoisie und Proletariat drücke sich daher zugleich „der allgemeine Struktur-, Bewegungs- und Entwicklungszusammenhang der Formation“ aus.⁷

In der Tradition der marxistischen Theorieentwicklung gibt es jedoch zweifellos eine Tendenz zur Vernachlässigung der konkreten Erforschung der inneren Struktur der Klasse. Dieser Tendenz zur Mystifizierung des Klassenbegriffs korrespondiert die quasi naturgesetzliche Fassung der Entwicklung von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ oder auch die ahistorische Hypostasierung der „historischen Mission“ der Arbeiterklasse. Manche positivistische Gegenreaktion wurde so verstärkt. Erinnerung sei nur an Georg Lukacs' „Geschichte und Klassenbewußtsein“. Obwohl er Gesellschaft als „konkrete Totalität“ bestimmt, verzichtet er nahezu vollständig auf die konkrete sozialwissenschaftliche und historische Analyse der inneren Struktur der Klasse, der

4 H. U. Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, bes. S. 23 ff.; der 1979 von W. Conze und E. Engelhardt herausgegebene Band, Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Stuttgart), enthält zahlreiche, wichtige Einzelanalysen, jedoch keine systematische Reflexion auf die Klassenverhältnisse.

5 H. U. Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, a. a. O., S. 13.

6 Vgl. G. Therborn, What does the ruling class when it rules? London 1978, S. 138 ff.; ausführlicher dazu ders., Science, Class and Society, London 1976.

7 H. Zwahr, Soziale Prozesse der Entwicklung der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert: Bibliographie, Historiographie, Methodologie. Referat zur 16. Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Linz, September 1980 (vervielf. Man.), S. 2; vgl. dazu auch E. Hahn, Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein, Frankfurt a. M. 1974.

Bewußtseinsformen sowie ihrer objektiven und subjektiven Handlungsbedingungen.⁸ Heute kann gewiß von einer Überwindung der „Hegemonie“ des philosophischen Marxismus sowie von einer stärkeren Hinwendung zur — auch empirisch orientierten — sozialwissenschaftlichen und historischen Forschung ausgegangen werden.⁹

Neuere Beiträge zur Klassenanalyse, aber auch die Diskussion über methodische Aspekte der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung bestätigen weitgehend diese These. Wir wissen heute sehr viel mehr über die Entwicklung der inneren Gliederung der Arbeiterklasse, über die Basisprozesse der Kapitalbewegung sowie über die Relevanz solcher Prozesse für das gesellschaftliche Bewußtsein und auch die politische Entwicklung der Arbeiterorganisationen. So wird — um nur ein Beispiel herauszugreifen — in der Klassen- und Sozialstrukturanalyse des IMSF bei der Untersuchung der Struktur der Arbeiterklasse folgenden Gesichtspunkten Rechnung getragen: 1. Stellung im Reproduktionsprozeß (Verteilung auf Wirtschaftsbereiche); 2. Stellung in den jeweils konkreten Formen oder Entwicklungsstufen des Kapitalverhältnisses (Gliederung nach den verschiedenen Beschäftigungssektoren); 3. Stellung in der kapitalistischen Arbeitsorganisation (Stellung in der Hierarchie der jeweiligen Arbeitsbereiche); 4. Schichtung nach Lebenslagen. Als weitere Glieder-

8 G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923; zur Kritik vgl. G. Ahrweiler (Hrsg.), *Betr.: Lukacs, Köln 1978*, dort bes. die einleitende Diskussion zwischen Abendroth, Kammler und De la Vega. In einer „kritischen Diskussion der politischen Theorie von Karl Marx“ hat jüngst V. M. Perez-Diaz (*State, Bureaucracy and Civil Society*, London and Basingstoke 1978) nicht nur die „Mythologie“ der „Fusion von Klasse und Partei“ bei Lukacs kritisiert (vgl. S. 133, Anm. 13), sondern überhaupt die Begriffe „Klasse an sich“ und „für sich“ zurückgewiesen (S. 107, Anm. 48). Seine Analyse reduziert jedoch (am Beispiel des „18. Brumaire“) die Politik auf einen „Austauschprozeß zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft“ (S. 55 ff.), wobei die „Neustrukturierung und Umverteilung von Macht“ (S. 41) im Mittelpunkt steht. Dieser „actor-approach“ vermag letztlich die Klassen und die Klassenbeziehungen nur noch empirisch deskriptiv zu erfassen.

9 Vgl. diesen Hinweis bei G. Therborn, *What does the ruling class . . . , a. a. O.*, S. 16, der sich seinerseits auf P. Anderson's „Considerations on Western Marxism“ (London 1976) bezieht. Freilich kann diese These — zumal im Blick auf die Entwicklung des akademischen Marxismus in der BRD — nur begrenzte Geltung beanspruchen. Erinnert sei lediglich an den Einfluß der „antihumanistischen“ und „antihistorischen“ Marx-Rezeption der Althusser-Schule sowie an die (davon beeinflusste) kapitallogische Rekonstruktion der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie hierzulande; vgl. dazu die brillante Polemik des englischen Historikers E. P. Thompson, *The Poverty of Theory*, London 1978, S. 193 ff. U. a. schreibt er: „All this 'shit (Geschichtenscheissenschlopf) in which both bourgeois sociology and Marxist structuralism stand up to their chins (Dahrendorf beside Poulantzas, modernization theory beside theoretical practise), has been shat upon us by conceptive paralysis, by the dehistoricizing of process, and by reducing class, ideology, social formations, and almost everything else, to categorical stasis.“ (ebd. S. 299/300).

ungskriterien werden berücksichtigt: Alters- und Generationsgliederung, Geschlechtergliederung, territoriale oder nationale Herkunft, Wohnort u. a. m.¹⁰

Dennoch öffnet dieses erweiterte Wissen keineswegs einen direkten Zugang zum Verständnis der politischen Prozesse, in die die Geschichte der Arbeiterbewegung eingebunden ist, die durch ihre Aktivität entfaltet werden und die ihre innere Struktur — eben auch u. a. in der Form der Einheit und Spaltung — ausmachen. Hier besteht nach wie vor jene Schwierigkeit, die E. J. Hobsbawm für den Zusammenhang von Klassen- und Gesellschaftsgeschichte erwähnt: „Die ernsthafteste Schwierigkeit mag wohl die sein, die uns direkt zur Geschichte der Gesellschaft als Ganzem führt. Sie ergibt sich aus der Tatsache, daß Klasse keine isolierte Gruppe von Menschen definiert, sondern ein System von vertikalen sowie horizontalen Beziehungen: So ist es eine Beziehung der Verschiedenheit (oder Ähnlichkeit) und der Distanz, aber auch eine qualitativ andere Beziehung der sozialen Funktion, der Ausbeutung, der Herrschaft/Unterwerfung. Forschung über Klassen muß deshalb den Rest der Gesellschaft mit einbeziehen, von der sie einen Teil bildet . . . Deswegen sind Studien über Klassen, wenn sie nicht auf einen bewußt begrenzten Teilaspekt beschränkt werden, Analysen der Gesellschaft.“¹¹

Formulieren wir zunächst noch einmal das Problem. Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung bezeichnen nicht nur Aspekte der politischen Entwicklung und der jeweiligen politischen Kräftekonstellationen in der Arbeiterbewegung. Vielmehr wird dabei auch — um es zunächst auf eine allgemeine Formel zu bringen — die Frage nach dem Verhältnis von „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“¹² thematisiert. Die Klasse der modernen Lohnarbeiter ist auf der einen Seite durch allgemeine, einheitliche sozialökonomische Bestimmungen charakterisiert: Nicht-Besitz von Produktionsmitteln, Warencharakter der Arbeitskraft, Erzeugung von Mehrwert durch die Verwertung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß, Fremdbestimmung der eigenen Tätigkeit. Dem entsprechen allgemeine, gemeinsame Interessen der Lohnarbeiter, die ihrerseits das antagonistische Verhältnis zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft definieren. Diese Interessen aktualisieren und konkretisieren sich im Kampf dieser beiden Klassen. In den Klassenorganisationen kommen diese Interessen in allgemeiner Form zum Ausdruck. Sie

10 IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD, 1950—1970, Teil 1: Klassenstruktur und Klassentheorie, Frankfurt a. M. 1972, hier S. 124—127.

11 E. J. Hobsbawm, Von der Sozialgeschichte zur Geschichte der Gesellschaft, in: H. U. Wehler (Hrsg.), Geschichte und Soziologie, Köln 1976, S. 331 ff., hier S. 346.

12 K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW, 4, S. 180/181.

selbst werden zu einer wesentlichen Institution der Vermittlung sowie des Vortreibens dieser Kämpfe. Das Bewußtsein und das Wissen dieser Bewegung reflektiert sich in der sozialistischen Theorie, in der sowohl die Handlungsbedingungen der Arbeiterbewegung als auch deren Ziele in allgemeiner Form formuliert werden.

Auf der anderen Seite erschöpfen sich die objektiven Existenzbedingungen der Klasse nicht in diesen allgemeinen Bestimmungen. Zu ihnen gehört vielmehr auch die innere Differenzierung des Proletariats nach einer Vielfalt sozialökonomischer Kriterien. Diese sind vorab mit der Unmittelbarkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen, mit dem konkreten Erfahrungszusammenhang der proletarischen Lebensweise verbunden. Diese Nicht-Identität von Allgemeinheit (Klasse) und Besonderheit (Individualität) muß nicht nur in der historischen Forschung, sondern auch in der politischen Praxis der Arbeiterbewegung selbst beständig reflektiert werden. Dabei handelt es sich um ein Verhältnis, das durch die Grundstruktur der Vergesellschaftungsprozesse in der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft bestimmt ist; denn hier realisiert sich die Allgemeinheit ökonomischer Gesetze „hinter dem Rücken“ der Tauschsubjekte, während die politische Vergesellschaftung in der Form der abstrakten Allgemeinheit oder der „illusorischen Gemeinschaft“¹³, d. h. im bürgerlichen Staat, ihren Ausdruck findet.

Die Analyse der Klasse, ihrer Struktur, Bewegung und Organisation, kann sich jedoch letztlich nicht auf diese durchweg statischen Bestimmungen beschränken. Wirkliche geschichtliche Bewegung zu erfassen heißt: diese Bestimmungen in der widersprüchlichen Dynamik ihrer Entwicklung und ihres Zusammenwirkens zu erfassen. Soweit materialistische Gesellschafts- und Klassenanalyse sich nicht allein als die Wissenschaft von den objektiven Strukturgesetzen der Formation, sondern auch als Handlungswissenschaft, als „Anleitung“ zum Handeln, begreift, muß sie sowohl die objektiven Triebkräfte des historischen Prozesses als auch die je konkrete historisch-politische Situation als Handlungszusammenhang reflektieren. G. Amendola hat dieses Problem, mit dem wir uns später ausführlicher beschäftigen werden, (vgl. w. u., Abschnitt 7 ff.) genau beschrieben: „Ist die Arbeiterklasse immer die gleiche? Nein. Die Arbeiterklasse, die in einer bestimmten Situation auf den Plan tritt, ist verschieden von derjenigen, die in einer anderen Situation auf den Plan tritt.“¹⁴

In der Forschung finden sich zahlreiche Beispiele für die Verselbständigung dieser Bestimmungen und Ebenen der Analyse. Nur zu gut bekannt sind jene

13 Vgl. Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW, 3, S. 33.

14 G. Amendola, Intervista sul 'antifascismo, a cura di P. Melograni, Roma-Bari 1976, S. 139.

Untersuchungen, die sich in der Mannigfaltigkeit der besonderen sozialgeschichtlichen Erscheinungen verlieren, um sodann Klassenpolitik und Klassenorganisation der Arbeiterbewegung als eine der „wirklichen“ Arbeiterbewegung fremde, intellektuelle Entgleisung zu qualifizieren. Ebenso sind jedoch diejenigen Untersuchungen zu kritisieren, in denen die theoretischen Begriffe des allgemeinen Zusammenhangs der bürgerlichen Gesellschaft den je konkreten Arbeits- und Lebensverhältnissen gleichsam übergestülpt werden, um so schon im Ansatz den Bezug zu den je konkreten Entwicklungs- und Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung abzuschneiden.

Man könnte schon an dieser Stellung mit der Auseinandersetzung über die Frage beginnen, ob die Arbeiterbewegung „von unten“ oder „von oben“ zu betrachten sei. Eine Schwäche der bisherigen Diskussion scheint darin zu bestehen, daß die politisch-ideologischen Momente der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem, von sozialökonomischer Struktur und historischem Prozeß zu wenig berücksichtigt werden. Es reicht bei weitem nicht aus, die Analyse z. B. auf den Zusammenhang zwischen den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß und der Klassengliederung oder z. B. zwischen dem Krisenprozeß und der kapitalistischen Entwicklung und der Nivellierung proletarischer Erfahrung zu erweitern. Vielmehr ist dieser Zusammenhang selbst noch „eingeschrieben“ in den inneren Aufbau und den Funktionsmechanismus des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft. Die politischen Ideologen des Kapitalismus zielen zwar auf Verallgemeinerung durch Individualisierung und reproduzieren so die Scheidung von Zirkulation und Produktion, von privater und öffentlicher Sphäre. In der realen Machtstruktur, in ihrem institutionalisierten, hierarchischen Aufbau, lassen sich jedoch genau die Stufen der Vereinheitlichung, Konzentration und Verallgemeinerung bürgerlicher Interessen ausmachen — von der Komplexität der institutionellen Formen und Organisationen „an der Basis“ über die intermediären Apparate (z. B. Verbände und Parteien) bis hin zur zentralisierten Allgemeinheit des Staates. Bezogen auf die Interessenorganisation und den Klassenkampf sind damit zugleich — der Form und dem Inhalt nach — die Stufen der Verallgemeinerung der Klassenorganisation und des Klassenkampfes vorgegeben.¹⁵

15 P. Anderson macht in seiner kritischen Würdigung Antonio Gramsci's mit Recht auf diesen Punkt aufmerksam: „... im politischen System herrscht eine strukturelle (nicht-additive und nicht-transitive) Beziehung zwischen Ideologie und Repression, Konsens und Zwang. Die normalen Beziehungen der ideologischen Unterwerfung der Massen — die Alltagsroutine der parlamentarischen Demokratie — werden ihrerseits von einer stummen, hinter den Kulissen stehenden Kraft überhaupt erst konstituiert, die ihnen allgemeine Geltung verleiht: das legale Gewaltmonopol des Staates“. P. Anderson, Antonio Gramsci, Berlin (West) 1979, S. 58, vgl. auch S. 38/39.

Perry Anderson geht am Ende des Vorworts zu „Lineages of the Absolutist State“ auf dieses Problem kurz ein. „Ein letztes Wort ist vielleicht noch nötig über die Auswahl des Staates als des zentralen Gegenstandes der Untersuchung. Heute, da ‚Geschichte von unten‘ ein Schlagwort in marxistischen und nicht-marxistischen Kreisen ist und auch wichtige Ergebnisse für unser Verständnis der Vergangenheit hervorgebracht hat, ist es dennoch notwendig, an eines der grundlegenden Axiome des historischen Materialismus zu erinnern: daß nämlich der langwährende Kampf zwischen Klassen letztlich auf der politischen, und nicht auf der ökonomischen und kulturellen Ebene der Gesellschaft entschieden wird. Mit anderen Worten: es sind Aufbau und Zerstörung von Staaten, die — solange Klassen bestehen — grundlegende Veränderungen in den Produktionsverhältnissen besiegeln. Eine ‚Geschichte von oben‘ — von der Ebene der komplizierten Maschinerie der Klassenherrschaft — ist daher nicht minder wichtig als eine ‚Geschichte von unten‘.“¹⁶ Ganz in diesem Sinne erkennt auch Franz Neumann das Primat des Politischen an, wenn er hervorhebt, „daß der Kampf um die politische Macht der Agent des geschichtlichen Fortschritts ist, das heißt der Kampf um die Kontrolle der Zwangsorganisation, um Polizei, Justiz, um Armee, um Bürokratie und Außenpolitik.“¹⁷

Durch solche Zitate sollen nicht vorab Positionen zementiert werden. Sie sollen lediglich verdeutlichen, daß eine allzu verengte sozialgeschichtliche Betrachtungsweise nicht mehr imstande sein kann, den Zusammenhang von Formationsentwicklung, Klassenkampf und Staat noch wahrzunehmen.

Die intensive, sozialgeschichtliche Beschäftigung mit der „Konstituierung des Proletariats als Klasse“ hat auf jeden Fall schon zu dem Ergebnis geführt, die Klasse als eine „lebendige Struktur“ zu begreifen und zu untersuchen. Hartmut Zwahr, der die „drei sich durchdringenden und beeinflussenden Komponenten, (die) drei großen Bereiche der Klassenentwicklung: die ökonomische, die soziale und die politisch-ideologische Konstituierung“ am Beispiel des Leipziger Proletariats analysiert hat, will daher „ . . . unter der Struktur des sich als Klasse konstituierenden Proletariats . . . die Gesamtheit jener Beziehungen und Wechselbeziehungen (verstehen), die die Arbeiterklasse sozialökonomisch und politisch konstituieren. Die Definition umfaßt nicht nur den zwischen Bourgeoisie und Proletariat bestehenden grundlegenden ökonomischen Zusammenhang, sondern auch die klasseninternen Beziehungen.“¹⁸ Die

16 P. Anderson, *Lineages of the Absolutist State*, London 1974, S. 11; als Versuch einer historisch vergleichenden Revolutionsanalyse, die sich direkt auf diese These bezieht, vgl. T. Skocpol, *States and Social Revolutions*, Cambridge 1979.

17 F. Neumann, *Ökonomie und Politik im 20. Jahrhundert*, in: ders., *Demokratischer und autoritärer Staat*, Frankfurt a. M./Wien 1967, S. 248 ff., hier S. 255.

18 H. Zwahr, *Die Konstituierung des Proletariats als Klasse*, Berlin (DDR) 1978, S. 17.

Veränderung dieser klasseninternen Beziehungen, in denen gerade die innere soziale und politische Konstituierung, auch die Segmentierung und Partikularisierung von sozialer Erfahrung mit reflektiert wird, in Richtung auf eine Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Klassenerfahrung wird sowohl durch objektive, materiell-technische Prozesse (Kapitalakkumulation, Produktivkraftentwicklung) als auch durch Kampferfahrung sowie durch theoretische Lern- und Organisationsprozesse, die ein wesentliches Moment der Kämpfe selbst bilden, bewirkt. Sie vollzieht sich demzufolge in der Einheit von unmittelbarer Erfahrung, der Aneignung von theoretischem, allgemeinem Wissen und der Konstitution der Organisationen der Arbeiterbewegung. Edward P. Thompson hingegen lehnt einen solchen Zusammenhang ab. Mit der originellen Formulierung „class itself is not a thing, but a happening“¹⁹ will er die Bestimmung der Klasse als eines Handlungszusammenhanges betonen: „Ich sehe Klasse nicht als eine ‚Struktur‘ oder gar einen ‚Begriff‘, sondern als etwas, was in menschlichen Beziehungen tatsächlich geschieht . . . Und Klasse geschieht, wenn einige Menschen infolge gemeinsamer (überlieferter oder geteilter) Erfahrungen die Identität der Interessen zwischen sich selbst, wie gegenüber anderen Menschen, deren Interessen von ihren eigenen verschieden (und ihnen gewöhnlich entgegengesetzt) sind, fühlen und artikulieren. Die Klassenerfahrung ist weithin bestimmt durch die Produktionsverhältnisse, in die die Menschen hineingeboren sind — oder unfreiwillig eintreten. Klassenbewußtsein ist die Weise, in der diese Erfahrungen kulturell gehandhabt, d. h. in Traditionen, Wertsystemen, Ideen und institutionellen Formen verkörpert werden.“²⁰ Obwohl er an anderer Stelle sagt, daß Klasse nur im „Verhältnis zu anderen Klassen“ begriffen werden kann, so bestimmt Thompson den „Überbau“ der Klassenerfahrung (Normen, Ideen, Institutionen) doch als ein mehr oder weniger passives Element. Gleichwohl charakterisiert er die „Konstitution“ (the making) der Arbeiterklasse als die Herausbildung eines Klassenbewußtseins, das sich namentlich durch zwei allgemeine Bestimmungen auszeichnet: 1. Das Bewußtsein der Identität der Interessen zwischen Arbeitern der verschiedensten Berufs- und Qualifikationsgruppen — eine Identität, die sich in zahlreichen institutionellen Formen verkörpert (besonders in der Gewerkschaftsbewegung 1830 bis 1834); und 2. das Bewußtsein der Identität der Interessen der Arbeiterklasse gegenüber denen der anderen Klassen und, darin eingeschlossen, die wachsende Forderung nach einem alternativen System.²¹

19 E. P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, Harmondsworth 1968, S. 939.

20 Ebd., S. 9 f. (Übersetzung nach M. Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*, Frankfurt a. M. 1970, S. 32/33).

21 Ebd., S. 887/888.

2. Marx und Engels über Klasseneinheit.

Es soll nunmehr der Frage nachgegangen werden, ob Marx und Engels dieses Problem von innerer Heterogenität der Klasse und allgemeiner Klasseneinheit gesehen und wie sie sich ihm gestellt haben. Nach wie vor ist Friedrich Engels' Frühschrift „Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1844) eine Fundgrube zum Studium des Problems. Hier wird nicht nur von den „Stufungen in den Lebenslagen des städtischen Proletariats“ gesprochen, wobei — was besonders wichtig scheint — darauf hingewiesen wird, daß der einzelne Proletarier diese verschiedenen Stufungen mit ihren Extrempolen: Beschäftigung bei günstiger Konjunktur — Arbeitslosigkeit und durch den Hungertod bedroht, in einer relativ kurzen Zeitspanne durchlebt. Engels unternimmt auch eine recht präzise Analyse der verschiedenen Abteilungen bzw. Fraktionen des Proletariats (Textilarbeiter, Bewerksproletariat, Landproletariat usw.). Zugleich entwickelt er in dem berühmten Kapitel „Arbeiterbewegungen“ die Konzeption eines Stufen- und Lernprozesses in der Konstitution der Arbeiterbewegung, bis hin zum Postulat der notwendigen Verbindung von Sozialismus (als dem theoretischen Begriff der Klassenbewegung) und der wirklichen Arbeiterbewegung.²²

Im „Manifest“ haben Marx und Engels die verschiedenen Entwicklungsstufen im Konstitutionsprozeß der „Klasse für sich“ genauer bestimmt. Im Frühkapitalismus „ . . . kämpften die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges am Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet . . . Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse . . . Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr. Die Interessen die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt . . . Immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an.“²³

Wir können schon anhand dieser Aussagen relativ genau bestimmen, welches für Marx und Engels die — wie sie sagen — „Bildungselemente“ der Klasseneinheit sind. Die kapitalistische Industrialisierung vermehrt nicht nur das Pro-

22 F. Engels, Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, 2, S. 304/305; vgl. dazu bes. M. Neuman, Methoden der Klassenanalyse, Frankfurt a. M./Köln 1976, S. 142 ff.

23 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, 4, S. 470/471.

letariat, sondern nivelliert auch — sowohl im Hinblick auf die technische Struktur des Arbeitsprozesses als auch in Bezug auf die Lohnbewegung — die Klassenerfahrung. Zugleich entwickeln sich diese Bildungselemente nur im Klassenkampf, der in dem Maße, wie sich die Interessen vereinheitlichen und verallgemeinern, zum politischen Kampf wird. In ihm wiederum spielen die „Assoziationen“ der Arbeiter, d. h. ihre Organisationen, eine wesentliche Rolle.

Allerdings wissen Marx und Engels: „Die Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst.“²⁴ Noch deutlicher haben sie diesen Gedanken in der „Deutschen Ideologie“ formuliert: „Die einzelnen Individuen bilden nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andere Klasse zu führen haben; im übrigen stehen sie einander selbst in der Konkurrenz wieder feindlich gegenüber. Auf der anderen Seite verselbständigt sich die Klasse wieder gegen die Individuen, so daß diese ihre Lebensbedingungen prädestiniert vorfinden, von der Klasse ihre Lebensstellung und damit ihre persönliche Entwicklung angewiesen bekommen, unter sie subsumiert werden. Dies ist dieselbe Erscheinung wie die Subsumtion der einzelnen Individuen unter die Teilung der Arbeit und kann nur durch die Aufhebung des Privateigentums und der Arbeit beseitigt werden.“²⁵

Die Konstitution der Klasseneinheit vollzieht sich also im Kampf und vermittelt der „Assoziation“, im politischen Raum. Sie ist wesentlich mit der politischen Bewegung der Arbeiterklasse verbunden, obwohl sie natürlich den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß zur Grundlage hat. In diesem Sinne schrieb Marx 1871 an Bolte: „Und in dieser Weise wächst überall aus den einzelnten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, d. h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous Organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenso Mittel der Entwicklung dieser Organisation.“²⁶ Diese Klassenbewegung — und sie ist für Marx offensichtlich die entscheidende Komponente — besitzt ein „Element des Erfolges“: „die Zahl.

24 Ebd., S. 471. Bei einer intensiven Behandlung des Problems müßte auch noch die Frage der „Einheit des Weltproletariats“ einbezogen werden, die im Hinblick auf die Vorstellungen der internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung und des „proletarischen Internationalismus“ der Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle gespielt hat, vgl. dazu F. Deppe, Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 317 ff.

25 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW, 3, S. 54, vgl. auch S. 74 ff.

26 MEW, 33, S. 332/333.

Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet“.²⁷

Der „18. Brumaire“ kann übrigens ebenfalls als eine „Fundgrube“ für das Studium von „Klassenstrategien“ gelten. Freilich steht dabei die Arbeiterklasse nicht im Zentrum, denn die Analyse des „18. Brumaire“ setzt erst nach der niedergeschlagenen Juni-Insurrektion des Pariser Proletariats ein.²⁸ Marx charakterisiert hier die Parzellbauern als die zahlreichste „Klasse“ der französischen Gesellschaft und als die soziale Basis des Bonapartismus. „Die Parzellbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. Die Isolierung wird gefördert durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel und die Armut der Bauern . . . Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern nur ein lokaler Zusammenhang unter den Parzellbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse.“²⁹

Auch hier wird — wengleich als Negativbestimmung — die Klasseneinheit als die Einheit von ökonomischen Existenzbedingungen, Lebensweise, Bildung, Kommunikation, Aktion und Organisation gefaßt. Zugleich wird erneut deutlich, daß für Marx die Einheit der Klasseninteressen, die Geltendmachung der Interessen in allgemeiner Form, eine politische Kategorie ist. Die Abstufungen dieser Einheit sind: 1. Vorherrschen der Konkurrenz unter den Arbeitern; Dominanz der Individualität bzw. Partikularität von Klassenfraktionen, z. B. Betriebsabteilungen, Belegschaften, Arbeiter eines Ortes oder eines Zweiges. 2. Ökonomische Bewegung und Assoziation (Gewerkschaft), d. h. Aufhebung der Konkurrenz in allgemeiner Form. Zumindest in der frühen Periode

27 K. Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), (1864), MEW, 16, S. 12

28 Besonders interessant sind hier die Hinweise auf das „allgemeine Klasseninteresse“ der Bourgeoisie, das Marx als ihr „politisches Interesse“ bezeichnet (MEW, 8, S. 185). Auch hier wird deutlich, daß angesichts der inneren Konkurrenz und Fraktionierung in der Bourgeoisie das „gemeinsame Klasseninteresse“ sich in der Klassenauseinandersetzung konstituiert und über den Staat vermittelt ist. Die zentrale Aussage der Bonapartismus-Analyse ist die, daß sich in Krisenperioden bürgerlicher Herrschaft die Achse dieser Vermittlung, d. h. der Herstellung des „allgemeinen Interesses“ schnell von der Legislative (Parlament, bürgerliche Parteien) und der Sphäre der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ hin zur Exekutive (also zum staatlichen Macht- und Gewaltapparat im engeren Sinne, Militär, Polizei, Justiz) verschiebt.

29 Ebd., S. 198.

der Gewerkschaftsgeschichte sind jedoch die Gruppenmerkmale noch konstitutiv (Berufsqualifikation, Wohnort, Betrieb, Nationalität usw.). Der Kampf ist überwiegend defensiv. Die Verfestigung ständischer Fraktions- und Sonderinteressen bildet immer auch ein Element des „Konservatismus“ in der Arbeiterbewegung. 3. Politischer Kampf, Herausbildung einer nationalen Arbeiterbewegung und Konstitution des Proletariats als Partei. Einheit wird nicht nur durch objektive Interessenübereinstimmung, sondern auch durch die Aneignung theoretischen Wissens über die Bedingungen und Ziele der Klassenbewegung hergestellt.

Marx und Engels gingen nicht davon aus, daß sich diese Stufenfolge geradlinig und mechanisch, gleichsam als naturwüchsiges Resultat der historischen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Klassenkämpfe herstellt. Das englische Beispiel nach dem Niedergang des Chartismus vermittelte — gerade auf der Basis des fortgeschrittensten kapitalistischen System der Zeit — Erfahrungen eines „Verbürgerlichungsprozesses“ in der Arbeiterklasse, der seinerseits — wie Hobsbawm festhält — eng zusammenhing mit der Realität einer „Dichotomie zwischen einer prinzipiell gewerkschaftlichen (d. h. in Fachverbänden) organisierten oder organisierbaren Arbeiteraristokratie und einer Unterschicht der ‚einfachen Arbeiter‘ . . . , zwischen denen allerdings eine breite und eigentlich nicht klassifizierte Zwischenschicht existierte.“³⁰ Engels charakterisierte die politischen Implikationen dieser Spaltung noch 1879 mit der Bemerkung: „Es darf nicht verschwiegen werden, daß in diesem Augenblick eine eigentliche Arbeiterbewegung, im kontinentalen Sinne, hier nicht besteht.“³¹ Bekanntlich erwartete Engels vom Verlust des englischen „Industriemonopols“ auf dem Weltmarkt eine grundlegende Veränderung dieser Konstellation, die sich dann Ende der 80er Jahre durch den „New Unionism“ geltend machte, der von Engels emphatisch als Neubeginn der Arbeiterbewegung gefeiert wurde.³²

Marx hat in einem Brief aus dem Jahre 1870 die Spaltung zwischen den englischen und den irischen Arbeitern als das „Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse“ charakterisiert: „Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt

30 E. J. Hobsbawm, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in England, in: H. U. Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, a. a. O., S. 53 ff., hier S. 61.

31 F. Engels, Brief an E. Bernstein, (1879), MEW, 34, S. 378.

32 Vgl. u. a. F. Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse“ (1892), MEW, 22, S. 277/278.

sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor whites zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer pays him back with interest in his own money. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland. Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt.“³³

Wir wollen diesen ersten Teil des Problemabrisses mit einer Bemerkung von Engels aus der im Jahre 1895 verfaßten Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ abschließen. Er setzt sich dort mit den Irrtümern auseinander, die ihm und Marx in der Bewertung der revolutionären Möglichkeiten des Jahres 1848 unterlaufen sind. Zunächst stellt er fest: „Die Geschichte hat uns klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion.“ Danach charakterisiert er die Wirkungen der industriellen Revolution in Europa: „Gerade diese industrielle Revolution aber ist es, die überall erst Klarheit geschaffen hat in den Klassenverhältnissen, die . . . eine wirkliche Bourgeoisie und ein wirkliches großindustrielles Proletariat erzeugt und in den Vordergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt hat. Dadurch aber ist der Kampf dieser beiden großen Klassen . . . erst über ganz Europa verbreitet worden und hat eine Intensität erlangt, wie sie 1848 noch ganz undenkbar war“. Für die weitere Betrachtung ist nun die politische Schlußfolgerung, zu der Engels gelangt, von besonderer Bedeutung: „Damals die vielen unklaren Sektenevangelien und ihre Panazeen, heute die eine allgemein, anerkannte, durchsichtig klare, die letzten Zwecke des Kampfes scharf formulierende Theorie von Marx; damals die nach Lokalität und Nationalität geschiedenen und verschiedenen, zwischen Begeisterung und Verzweiflung ratlos hin und her geworfenen Massen, heute die eine große internationale Armee von Sozialisten, unaufhaltsam voranschreitend, täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewißheit.“³⁴

Die Diskrepanz zwischen diesen Behauptungen des Jahres 1895 und der wirk-

33 MEW, 32, S. 668/669.

34 Ders., Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ (1895), MEW, 7, S. 516.

lichen geschichtlichen Entwicklung — zumal im Blick auf die Entwicklung nach 1900, und insbesondere nach 1917 — ist offenkundig. Die Untersuchung dieser Fehleinschätzung wirft zahlreiche Fragen auf. Beruht sie auf einem problematischen Klassen- und Gesellschaftsbegriff oder reflektiert sich in ihr allgemein eine Überbewertung des Fortschreitens des Sozialismus und der Vereinheitlichung der Klassenbewegung, die ihrerseits einhergeht mit einer Unterschätzung der Anpassungs- und Integrationspotentiale des kapitalistischen Herrschaftssystems? Auf jeden Fall führt die Diskussion dieser Fragen auf Felder der materialistischen Gesellschafts- und Geschichtsanalyse, von denen heute mit Recht gesagt wird, daß hier die „Wissensdefizite“ besonders groß sind. Bleiben wir zunächst noch einen Moment bei der Theorie von Marx und Engels.

3. Partei und Klasse.

Die Bedeutung des Verhältnisses Partei — Klasse für unser Thema wurde schon eingangs mit dem Hinweis auf die Losung „Eine Klasse — eine Partei“ angedeutet. Jetzt ist das Problem freilich präziser gestellt und wir befinden uns inmitten eines zentralen Teilbereiches der politischen Theorie des Marxismus. Welche Beziehung besteht zwischen der Organisation, ihrer Praxis und Theorie, und der Klassenbewegung? Wenn es zutrifft, daß für Marx und Engels die Klasseneinheit ein Prozeß ist, in dem objektive Vergesellschaftungs- und Krisenprozessen, politischer Kampf und — theoretisch geleitete — Organisation eine Einheit bilden, welche Rolle spielt dann die Partei in diesem Prozeß? Schließlich wäre noch zu fragen: Wie stellt sich das Verhältnis von Partei und Klasse unter dem Gesichtspunkt der klasseninternen Differenzierungen, und der ihnen korrespondierenden, unterschiedlichen Bewußtseins- und Praxisformen im Proletariat dar? Welche politische Form finden diese Divergenzen und welche Konsequenzen erwachsen daraus für die Organisation der Arbeiterbewegung?

Zweifellos ist die Gesamtheit dieser Fragen hier nicht abschließend zu beantworten. Gleichwohl ist deren Vertiefung für die historische Forschung von einiger Bedeutung. H. J. Steinberg fordert zu Recht, „daß die Historiographie der Arbeiterbewegung selbst als ein Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung begriffen werden muß“, zumal seit der „Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung“ . . . die Geschichtsschreibung . . . einen wesentlichen Bestandteil der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen dieser Arbeiterbewegung (ist).“³⁵ Damit wird schon angedeutet,

35 F. J. Steinberg, in: Zwischen Sozialgeschichte und Legitimationswissenschaft, in: C. Pozzoli (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, 2, Frankfurt a. M. 1975, S. 267 ff., hier S. 274.

daß die Eliminierung der Organisations- und Ideengeschichte der Arbeiterbewegung, insgesamt ihrer politischen Geschichte (die freilich nicht darauf reduziert werden kann), die Historiographie kaum voranbringen würde. Wichtiger scheint es, die Natur der Beziehungen zwischen Klassenbewegungen und Organisationen zu durchdenken, die Schranke zu durchbrechen, die diese Beziehungen durch Formeln a priori fixiert und von daher der Geschichtsanalyse ihren „Leitfaden“ vorgibt.

Es lohnt kaum, die gelegentlich wieder auflebende Behauptung zu diskutieren, Marx habe Partei und Klasse identifiziert und daher sei die besondere Existenzform der politischen Partei zeitbedingt, überflüssig oder gar eine Schranke der Klassenbewegung. Kein marxistischer Denker — so R. Miliband — hat „jemals die reine Spontaneität als einen Weg der revolutionären Praxis befürwortet.“³⁶ Gleichsam als Gegenpol findet sich die einmütige Ablehnung des reinen Putschismus sowie der „Verschwörer aus Profession“.³⁷ In den „Provisorischen Statuten“ der IAA wird dieser politischen Organisation als Aufgabe die Einigung der Arbeiterklasse (national und international) zugesprochen. „Alle auf dieses Ziel (der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse, F. D.) gerichteten Versuche (sind) bisher gescheitert . . . aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bandes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder“. Die erste Aufgabe der Assoziation lautet daher: „Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.“ Zugleich wird die Notwendigkeit einer nationalen Vereinigung betont: „Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Kombination . . ., so sollen die Mitglieder der Internationalen Assoziationen all ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentiert durch nationale Zentralorgane“.³⁸

Friedrich Engels hat 1865 die „Arbeiterpartei“ als denjenigen Teil der arbeitenden Klasse“ bestimmt, „welcher zum Bewußtsein der gemeinsamen Inter-

36 R. Miliband, *Marxism and Politics*, Oxford 1977, S. 118.

37 Vgl. z. B. MEW, 7, S. 273.

38 MEW, 16, S. 14, S. 15 und S. 16.

essen der Klasse gekommen ist“ und „im Interesse der Klasse“ handelt.³⁹ Das heißt jedoch nicht, daß der Partei die Rolle eines „Stellvertreters“ der Klasse zukommt und daß sie die Klassenbewegung substituiert. Die Interessen, die sie vertritt, werden nicht durch die Partei und ihr Programm erfunden; denn es ist gerade „die Herstellung des reinen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die überhaupt die Existenz einer einzigen großen Arbeiterklasse mit gemeinsamen Interessen, einer Arbeiterbewegung, einer Arbeiterpartei möglich gemacht hat“.⁴⁰ Engels fügt dem hinzu: „Das Proletariat (wird) eine Macht von dem Augenblick an, wo sich eine selbständige Arbeiterpartei bildet“.⁴¹ Damit macht er deutlich, daß die Konstitution der Klasse zur politischen Kraft zum Machtfaktor im politischen Kräftefeld der bürgerlichen Gesellschaft, mit der Bildung einer selbständigen Partei einhergeht.

Gleichwohl wird durch diese Hinweise das spezifische Verhältnis von Partei und Klasse noch nicht hinreichend erhellt. Marx und Engels haben ganz eindeutig die Bewegung der Klasse als das bestimmende, wesentliche Element der historischen Dialektik, des Klassenkampfes, bestimmt. 1879 haben sie diese Auffassung noch einmal in der Auseinandersetzung mit der kleinbürgerlich-opportunistischen „Höchberg-Gruppe“ in der deutschen Sozialdemokratie ausdrücklich bekräftigt: „Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Kraft der Geschichte und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen. Wir haben bei Gründung der Internationale ausdrücklich den Schlachtruf formuliert: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehen mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen, durch philanthropische Groß- und Kleinbürger“.⁴² Miliband zieht daraus den Schluß: für Marx und Engels kam

39 F. Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW, 16, S. 68. In dieser Schrift charakterisiert Engels das „Ackerbauproletariat“ als denjenigen „Teil der Arbeiterklasse, dem seine eigenen Interessen, seine eigene gesellschaftliche Stellung am schwersten und am letzten klarwerden, mit anderen Worten, derjenige Teil, der am längsten bewußtloses Werkzeug in der Hand der ihn ausbeutenden, bevorzugten Klasse bleibt“ (ebd., S. 74).

40 Ebd., S. 69.

41 Ebd., S. 68/69.

42 Marx/Engels, Zirkularbrief an Bebel u. a., MEW, 19, S. 150 ff., hier S. 165. Im ersten Band des „Kapital“ (MEW, 23, S. 790/791) hat Marx, wenn auch sehr allgemein, den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Klassenbewegung ganz in diesem Sinne formuliert: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten . . . wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung und der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“.

„die Klasse immer zuerst, die Partei ein ganzes Stück danach“.⁴³

Dieser These kann man nicht vorbehaltlos zustimmen; denn sie übersieht, welche Rolle die Partei als „politischer Ausdruck und als Instrument der Klasse“⁴⁴ für die Klassenbewegung selbst spielt. Engels bestätigt 1895 zuerst einmal die These vom Primat der Klassenbewegung: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten“. Dann fügt er jedoch hinzu: „Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir (i. e., die deutsche Sozialdemokratie, F. D.) jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt“.⁴⁵

Engels begreift also die Arbeit der Partei als eine wesentliche Triebkraft für den Lern- und Bewußtseinsbildungsprozeß der Klasse. Allerdings hat er niemals die Auffassung vertreten, daß die Strategieformulierung (also die politische Übersetzung dieses Lernprozesses) eine Art Monopol der Partei sei; denn: „eine große Klasse wie eine große Nation lernt nie schneller als durch die Folgen ihrer eigenen Irrtümer“.⁴⁶ Besonders deutlich wird dieser Gedanke von ihm noch einmal bei der Unterscheidung zwischen dem dogmatischen Sektierertum und der „lebendigen Theorie der Aktion“ hervorgehoben: „Diejenigen, die mehr oder weniger die korrekte Theorie im Hinblick auf ihre dogmatische Seite besitzen, (werden) zur Sekte . . . , weil sie diese lebendige Theorie der Aktion, der Arbeit mit der Arbeiterklasse in jedem möglichen Stadium ihrer Entwicklung nur begreifen können als eine Sammlung von Dogmen, die auswendig zu lernen und aufzusagen sind, wie eine Beschwörungsformel oder ein katholisches Gebet. Deshalb geht die wirkliche Bewegung außerhalb der Sekte weiter und wendet sich mehr und mehr von ihr ab“.⁴⁷ Dazu

43 R. Miliband, *Marxism and Politics*, a. a. O., S. 120.

44 Ebd.

45 F. Engels, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ (1895), MEW, 22, S. 509 ff., hier S. 523.

46 Ders., Vorwort zur englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse“, (1892), MEW, 22, S. 265 ff., hier S. 278. Einige Jahre zuvor hatte er geschrieben: „Sobald aber das Proletariat eines Landes erst als kämpfende Partei sich organisiert hat, wird es durch die Wechselfälle des Kampfes selbst vorangetrieben in der Erkenntnis der Bedingungen seiner Emanzipation, und . . . (es) gibt keinen anderen Weg zur Einsicht als den, durch Schaden klug zu werden, aus den Folgen der eigenen Fehler Weisheit zu lernen“. MEW, 36, S. 592/593. Im Februar 1890 schreibt er an A. Sorge (MEW, 37, S. 352): „Die Bewegung . . . läßt sich nicht durch Predigen allein machen. Die Tatsachen müssen's den Leuten einpauken, und dann geht's auch rasch, am raschesten natürlich da, wo bereits ein organisierter und theoretisch gebildeter Teil des Proletariats vorhanden wie in Deutschland“.

47 F. Engels, an L. Lafargue, 1891, MEW, 38, S. 101; vgl. dazu auch K. Marx, an J. B. von Schweitzer, 1868, MEW, 32, S. 568 ff.

gehört einmal, daß spontane Arbeiterkämpfe, gerade auch dann, wenn sie nicht dem Schema der sozialistischen Programmatik entsprechen, z. B. ein „unüberlegter Leidenschaftsstrike“, der „gewöhnliche Weg“ sind, „der neue große Arbeiterschichten zu uns führt“.⁴⁸ Zum anderen ergibt sich für Engels daraus, daß bei einer „großen Partei nicht mehr die straffe Disziplin der Sekte fortbestehen (kann)“.⁴⁹ Die Partei „braucht die sozialistische Wissenschaft, und diese kann nicht leben ohne Freiheit und Bewegung“.⁵⁰ Diese Freiheit in einer großen, ihrer Legalität für ihre eigenen Zwecke nutzenden Partei ist eine notwendige Voraussetzung, um die Dialektik von Bewegung und Organisation, von Theorie und Praxis, von Stufungen in der Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampffähigkeit zwischen verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse produktiv zu bearbeiten, um Lernprozesse zu verallgemeinern und voranzutreiben. „Die (deutsche, sozialdemokratische, F. D.) Partei ist so groß, daß absolute Freiheit der Debatte innerhalb ihrer eine Notwendigkeit ist. Anders sind die vielen neuen Elemente, die ihr in den letzten 3 Jahren zugekommen und die stellenweise noch recht grün und roh, gar nicht zu assimilieren und auszubilden. Einen neuen Zuwachs von 700 000 Mann in 3 Jahren (nur die Wähler gerechnet) kann man nicht wie Schuljungen einpauken, da muß Debatte und auch ein bißchen Krakeel sein, das hilft am ersten drüber weg . . . Die größte Partei im Reich kann nicht bestehen, ohne daß alle Schattierungen in ihr vollauf zu Worte kommen.“⁵¹ Diese Auffassung hinderte Engels jedoch nicht daran, die Einheitlichkeit der revolutionären Programmatik und Theorie über die bloß formale, organisatorische Einheit zu stellen. So kritisierte er die „wahre Einigungswut“, die W. Liebknecht „von jeher aus der bürgerlichen Demokratie mit herübergenommen und behalten“ habe.⁵² Andererseits nahm er in der Auseinandersetzung mit den „Jungen“ in der SPD, die er verächtlich als „Studentenrevolte in unserer deutschen Partei“ bezeichnete, eindeutig Stellung für den Parteivorstand.⁵³

48 F. Engels, an A. Bebel, 1891, MEW, 38, S. 95.

49 Ders., an K. Kaustky, 1891, MEW, 38, S. 87.

50 Ders., an A. Bebel, a. a. O., S. 94.

51 Ders., an F. A. Sorge, 1890, MEW, 37, S. 440.

52 Ders., an A. Bebel, a. a. O., S. 90.

53 Vgl. MEW, 22, S. 66/67.

4. Klassenlage und Organisation.

Nicos Poulantzas beschreibt die Funktion, die Marx und Lenin der politischen Partei zusprechen, wie folgt: „die revolutionäre *politische Einheit* dieser Klasse herzustellen, die permanent im ‚individuellen‘, ‚lokalen‘, ‚partiellen‘, und ‚vereinzelt‘en, ökonomischen Kampf befangen ist“.⁵⁴ W. I. Lenin wiederholt diese Notwendigkeit immer wieder, z. B. in dem Aufsatz „Über die Arbeitereinheit“ (1913): „Die Arbeiterklasse braucht die Einheit. Die Einheit kann nur durch eine einheitliche Organisation verwirklicht werden, deren Beschlüsse von allen klassenbewußten Arbeitern nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt werden. Eine Frage beraten, die verschiedenen Meinungen äußern und anhören, die Ansicht der Mehrheit der organisierten Marxisten ermitteln, diese Ansicht in einem Beschluß zum Ausdruck bringen, diesen Beschluß gewissenhaft durchführen — das bezeichnet man überall in der Welt, das bezeichnen alle vernünftigen Menschen als Einheit. Und eine solche Einheit ist der Arbeiterklasse unendlich teuer, unendlich wichtig. Zersplittert sind die Arbeiter nichts. Vereint sind die Arbeiter alles.“⁵⁵

Betrachtet man diese Aussage genauer, so läßt sich leicht erkennen, daß der Begriff der Einheit auf die Organisation, die revolutionäre Klassenpartei, jedoch keineswegs auf die Klasse bezogen ist, von der lediglich gesagt wird, daß sie diese einheitliche Organisation braucht. Natürlich wußte Lenin, daß unter den Bedingungen kapitalistischer Rückständigkeit und Zersplitterung (wie z. B. in Rußland) die Werkstätigen voneinander isoliert und daran gehindert werden, „sich ihrer Klassensolidarität bewußt zu werden“, daran gehindert werden, „sich zu vereinigen“.⁵⁶ Außerdem war er sich darüber im klaren, daß — aufgrund des Verhältnisses von Kapitalismus und Kleinproduktion — „die kleinbürgerliche Weltanschauung in den großen Arbeiterparteien immer wieder zum Durchbruch kommt“.⁵⁷ Schließlich konnte er die Existenz von „Reformisten . . . in allen Ländern“ feststellen; „denn überall ist die Bourgeoisie darauf bedacht, die Arbeiter auf die eine oder andere Art zu demoralisieren und zu zufriedenen Sklaven zu machen, die den Gedanken an die Beseitigung

54 N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt a. M. 1975 (2. Aufl.), S. 275/276.

55 Marx/Engels/Lenin, Über die Partei der Arbeiterklasse, Frankfurt a. M. 1974, S. 266.

56 W. I. Lenin, Wer sind die „Volksfreunde“ . . . , in: ebd., S. 125 ff., hier S. 131. Später schreibt er: „Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, fast die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen“. Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (1904), in: ebd., S. 177 ff., hier S. 183.

57 Ders., Marxismus und Revisionismus (1908), in: ebd., S. 240 ff., hier S. 246.

der Sklaverei fallen lassen“.⁵⁸ Aufgrund dieser Differenzierungen und Spaltungen der Arbeiterklasse bestimmt Lenin die Partei als die „bewußte, fortgeschrittenste Schicht der Klasse, ihre Vorhut“.⁵⁹ Erfolgreich kann diese Partei nur handeln, wenn sie es lernt, „sich mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen, werktätigen Massen zu verbinden“ — und wenn die Bedingung erfüllt ist, „daß sich die breitesten Massen *durch eigene Erfahrung* von . . . der Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik . . . überzeugen“.⁶⁰ Auf diesem Wege braucht die „Arbeitersache“ die Einheit, d. h.: „die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus“.⁶¹

Wir wollen nun untersuchen, welche die genaueren Bestimmungen dieser — von den Theoretikern des Marxismus immer wieder thematisierten — Dialektik von Spaltung und Einheit der Arbeiterklasse sind. Wenn es die Aufgabe der politischen Organisation ist, einen einheitlichen und allgemeinen Willen (als Form der objektiv allgemeinen Interessen der Klasse) zu bilden und in diesem Sinne die Klasse zu führen, so muß die Bestimmung dieser Aufgabe offensichtlich nicht „von oben“ (d. h. von der Ebene der politisch organisierten bzw. postulierten Einheit), sondern „von unten“, vom Sachverhalt der „Spaltung“, oder genauer: vom Vorhandensein verschiedener Erfahrungsbereiche, Lebensweisen, Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse ausgehen und auch zur Kenntnis nehmen, daß diese Verschiedenheit zugleich unterschiedene Formen des politisch-ideologischen Ausdrucks finden. Die Bildung eines einheitlichen Klassenwillens und einer entsprechenden Klassenpraxis zu untersuchen, bedeutet demzufolge der Frage nachzugehen, welche Bildungselemente diese Aufspaltung der Klassenenerfahrung sowie die Vielfalt der Bewußtseinsformen überwinden, was — mit anderen Worten — diese disparaten Elemente im Feld der Klassenpraxis „zusammenschweißt“ und dem gemeinsamen Willen letztlich unterordnet.

Die Diskussion dieser Fragen soll zunächst durch die folgenden Thesen eingeleitet werden:

1. Der *politische* „Normalzustand“ der Arbeiterklasse ist nicht der der Einheit, sondern der der „Spaltung“. Als Spaltung bezeichnen wir vorerst die Vielfalt der nebeneinander bestehenden politisch-ideologischen Formen, in

58 Ders., *Marxismus und Reformismus* (1913), in: ebd., S. 253 ff., hier S. 254. Später fügt er hinzu: „Die ungeheure Kraft der Opportunisten und Chauvinisten entspringt ihrem Bündnis mit der Bourgeoisie, den Regierungen und Generalstäben“. *Der Zusammenbruch der II. Internationale*, in: ebd., S. 273 ff., hier S. 274.

59 Ders., *Wie Vera Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt* (1913), in: ebd., S. 257 ff., hier S. 261.

60 Ders., *Der „linke Radikalismus“ . . .* (1920), in: ebd., S. 307 ff., hier S. 308.

61 Ders., *Einheit* (1914), in: ebd., S. 269 ff., hier S. 271.

denen sich die Verschiedenheit der Erfahrungen von Klassenpraxis bzw. ihrer ideologischen und politischen Interpretation — individuell und kollektiv — artikuliert.

2. Die Überwindung dieser „Spaltung“ hat einerseits den Vergesellschaftungsprozeß des Kapitals zur Voraussetzung (soweit dieser die Klassenstruktur und die Klassenpraxis determiniert). Als politische Einheit, die sich selbst in der Praxis der gesellschaftlichen Transformation realisiert, hat sie freilich darüber hinaus eine politische Krise der alten, herrschenden Ordnung zur Voraussetzung. Diese bedeutet — sehr allgemein formuliert — eine Krise des alten Typs der Klassenhegemonie, die sich stets auch dadurch charakterisiert, daß sie die Spaltung in den beherrschten Klassen reproduziert.

3. In den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung — oder: in ihrem politisch-ideologischen „Überbau“ — werden und müssen diese Segmentierungsformen immer in der Existenz verschiedener Strömungen und Richtungen vorhanden sein. Darin reflektiert sich einmal die zuvor erwähnte objektive „Spaltung“ der Klassenpraxis. Zum anderen schließt die Praxis der politischen Organisationen immer auch die Möglichkeit der nicht-identischen Deutungsmöglichkeit der konkreten politischen Situation sowie der — darauf bezogenen — konkreten, politischen Entscheidungsalternativen ein.

Die sozialgeschichtliche Analyse im engeren Sinn wird sich zunächst einmal der genaueren Erforschung der inneren Struktur der Klasse, ihrer Bewegung und Veränderung, widmen. Für die Konstitutionsperiode des Proletariats lassen sich dabei die folgenden Fraktionierungen bzw. Rand- und Übergangsschichten der Arbeiterklasse, die ihrerseits zur Masse der „Subalternen“ gehören, benennen: das Industrieproletariat, die Arbeiter der Heimindustrie, der Manufakturen und des Handwerks, das Landproletariat sowie die Masse der im klassischen Sinne unproduktiven Arbeiter, das zumeist weibliche Dienstpersonal. Unterhalb dieser Schichten existiert noch das sog. „Lumpenproletariat“. Gemeinhin wird darunter die Masse derer verstanden, die durch die Gesetze der Kapitalakkumulation, durch die Auflösung traditionaler Lebensverhältnisse, durch absolute Verelendung, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit etc. marginalisiert werden.⁶²

Gleichwohl sind diese nicht die einzigen Segmentierungsformen der „Subalternen“ im Kapitalismus. Innerhalb dieser Fraktionierungen bestehen vertikale Schichtungen nach Qualifikation, Bildungsstand und Einkommen, nach Arbeits- und Lebensbedingungen etc. Mit der Mobilität der Arbeitskraft, die die Kapitalbewegung hervorbringt, vermischen sich lokale und regionale, ethnische und nationale Bestimmungsfaktoren mit den sozial-ökonomischen Kri-

62 Vgl. W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M./New York 1978.

terien. Oftmals rekrutieren sich die Unterschichten der Arbeiterklasse sowie Teile des „Lumpenproletariats“ aus den ausländischen Arbeitsimmigranten. Die Beziehungen zwischen diesen Schichten — in sozialer wie in politischer Hinsicht — sind keineswegs statisch fixiert. Sie verändern sich vielmehr im Konstitutions- und Entwicklungsprozeß der Klasse, dessen objektiv materielle Determination der Entwicklungs- und Verallgemeinerungsprozeß des Kapitals selbst bildet. Hartmut Zwahr beschreibt diesen Zusammenhang für die Entstehung des deutschen Industrieproletariats: „Das Industrieproletariat entstand in Deutschland in Fortführung von Entwicklungstendenzen der feudalen sowie kapitalistischen Manufaktur aus einer breiten Schicht von gewerblich ungelerten Arbeitern, aus denen unter den Bedingungen einer großen Überschußbevölkerung vom Lande abwandernden Teilen des Gesindeproletariats und anderen Gruppen landwirtschaftlicher Arbeiter, aus gescheiterten Zunftgesellen und Zunftmeistern sowie ‚Gesellen‘ und deklassierten ‚Meistern‘ des nichtzünftigen Handwerks in Stadt und Land . . . Gleichzeitig entstand eine zunächst noch kleine Schicht von gelernten, dem Handwerk oder der Manufaktur nahestehenden Arbeitern, hervorgegangen aus solchen Handwerkern, deren Berufs- und Produktionserfahrungen in der kapitalistischen Fabrikproduktion verwertbar waren.“⁶³

Die „Vereinfachung“ (Engels) in den Klassenverhältnissen, auch in der klasseninternen Struktur des Proletariats, vollzieht sich mit dem Wachstum des Industrieproletariats, der Absorption von Fraktionen, deren soziale Existenz und Lebensweise wesentlich mit vor- bzw. frühkapitalistischen Produktionsverhältnissen verbunden und durch feudale „Überbauelemente“ bestimmt ist. „Die mit der kapitalistischen Produktion entstehenden Arbeitergruppen waren zunächst, jede für sich genommen, den Elementen der zerfallenden spätfeudalen Gesellschaft, aus denen sie hervorgingen, enger verbunden als jenen proletarischen Elementen, mit denen sie gemeinsam in die Klassenkonstituierung eintraten. Hier bestanden überkommene persönliche, aber auch politische Beziehungen und Abhängigkeiten fort, wenn die ursprünglich engen ständischen Grenzen auch fließend geworden waren und in immer schnellere Bewegung gerieten.“⁶⁴

Eric J. Hobsbawm hat diesen Vereinheitlichungsprozeß für England wie folgt charakterisiert: „So bahnte sich im Vierteljahrhundert vor 1914 eine wachsende Vereinheitlichung der Arbeiter zu einer vom Bürgertum und dem neuen Stehkragenkleinbürgertum scharf getrennten Klasse, was sie allerdings nicht zur homogenen Masse werden ließ. Getrennt nicht so sehr durch wirtschaftli-

63 H. Zwahr, *Bourgeoisie und Proletariat*, Köln 1980, S. 39.

64 Ebd., S. 40.

che Ungleichheit als vielmehr durch Ungleichheit der Lebenschancen und Lebenserwartungen und des Lebensstils, zu denen nicht zuletzt das proletarische Klassenbewußtsein gehört.“⁶⁵ Allerdings entwickeln sich nunmehr unter der Dominanz der großbetrieblichen, kapitalistischen Produktion neue Differenzierungskriterien. Die wichtigsten erscheinen in der Scheidung von Facharbeitern und der Masse der an- bzw. ungelerten Arbeiter auf der einen, von Industriearbeitern und der neuen Sozialgruppe der Angestellten auf der anderen Seite.⁶⁶

Welche Beziehungen bestehen nun zwischen den besonderen Segmentierungsformen und Differenzierungen in der Klasse und der Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins? Diese Frage ist gewiß für die Untersuchung von Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Wenn nämlich nachzuweisen ist, daß die Formen des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins die spezifischen Erfahrungen von Sozialgruppen innerhalb der Klasse artikulieren, dann müßte nicht nur der Klassenbegriff, sondern — mehr noch — der politische Begriff der Klasseneinheit grundsätzlich modifiziert oder schlicht aufgegeben werden. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihren Analysen und strategisch-politischen Debatten, sind zahlreiche Versuche bekannt, Fraktionen bzw. Schichten der Klasse — aufgrund ihrer besonderen sozialökonomischen Existenzbedingungen, aber auch aufgrund ihrer Funktion in der Organisation der kapitalistischen Produktion als Personifikationen bzw. Träger von Bewußtseinsformen und politischen Verhaltensmustern in der Arbeiterbewegung zu identifizieren. Am bekanntesten ist wohl Lenins Konstruktion des Zusammenhangs von Imperialismus-Monopolkapital-Arbeiteraristokratie-Arbeiterbürokratie-Opportunismus geworden.⁶⁷ Oft wird auch auf die These von Arthur Rosenberg rekurriert, der — im Blick auf die Rolle des Spartakusbundes in der deutschen Novemberrevolution, aber durchaus verallgemeinernd — einen Gegensatz zwischen dem klassenbewußten Kern der revolutionären Arbeiterbewegung, der sich vornehmlich aus dem Kreis der hochqualifizierten Industriearbeiter rekrutiert (als historisch-konkretes Beispiel dienen hier die „revolutionären Obleute“ der Berliner Metallindustrie), und den utopistischen, putschistischen Stimmungen der Unterschichten des Proletariats postulierte: „Der hemmungslose Utopismus ist als Neben- und Unterströmung in der Arbeiterschaft stets vorhanden

65 E. J. Hobsbawm, *Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in England*, a. a. O., S. 62/63.

66 Vgl. F. Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 112 ff.

67 Vgl. F. Deppe, *Die aktuelle Bedeutung der Leninschen Theorie der Arbeiteraristokratie*, in: IMSF (Hrsg.), *Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften*, Frankfurt a. M. 1971, S. 162 ff.

gewesen. Je nach den politischen und sozialen Bedingungen tritt er hervor oder bleibt im Hintergrund. Zum Utopismus neigen besonders die armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten. Sie lehnen jeden irgendwie gearbeteten Kompromiß mit den bestehenden Zuständen ab. Sie wollem vom Parlament und von der Gewerkschaft nichts wissen, weil angeblich an beiden Stätten das Proletariat nur verraten würde. Sie sind eigentlich gegen jede Führung und gegen jede Organisation, weil sie in jeglicher Bindung nur eine verräterische Tücke erblicken. Ihre Taktik ist die gewaltsame revolutionäre Aktion, ganz gleich, wie im Moment die objektiven Bedingungen und das Kräfteverhältnis sein mögen. Daß derartige utopische Arbeiterschichten, wie sie sich vor allem aus den Arbeitslosen rekrutieren, sehr leicht zu demoralisieren sind und dann von einem Extrem ins andere fallen, hat die Erfahrung nur zu oft bestätigt. Die utopische-radikalen Arbeiter sind das Sprengpulver für jede proletarische und sozialistische Bewegung. Mit ihrem Mißtrauen, ihrer Ungeduld und Hemmungslosigkeit können sie nur zerstören, aber keine konsequente revolutionäre Politik fördern. Marx, Engels und Lenin haben sich stets mit schärfster Rücksichtslosigkeit gegen die utopistische Tendenz gewandt und vor jeder Konzession an sie gewarnt.⁶⁸

In seiner gründlichen Studie „Arbeiterradikalismus“ hat Erhard Lukas diese These von Rosenberg als „aristokratisches“ Vorurteil gegenüber dem „Lumpenproletariat“ kritisiert⁶⁹, das in der Weimarer Republik — durchaus im Widerspruch zur Realität — immer wieder zur Diffamierung der Anhängerschaft der KPD durch die SPD herangezogen wurde.⁷⁰ Dabei wird schon deutlich, daß die bloße Zurechnung von objektiven Statuskriterien bzw. Fraktionierungsmerkmalen in der Klasse (Qualifikation, Einkommen, Stellung im Arbeitsprozeß) und politischen Verhaltensmerkmalen in der Regel zu einer falschen Bestimmung des Problems Einheit und Spaltung der Klasse sowie des Verhältnisses von Organisiertheit und Spontaneität führt. Schnell geraten solche Zurechnungen in den ideologisch-polemischen Schlagabtausch: Für die einen bilden die „organisierten, geschulten Schichten des Proletariats“ den „Vortrupp“, der zur Führung der ganzen Klasse berufen ist — andere sehen in den ungeschulten, unorganisierten „Massenarbeitern“ das Potential eines spontanen, revolutionären Aktionismus, der sich von der Integration der „aristokratischen“ Arbeiterschichten in die herrschende Ordnung emanzipiert.

68 A. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1961, S. 23/24.

69 Vgl. E. Lukas, Zwei Formen des Arbeiterradikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1976, bes. S. 259 ff.

70 Vgl. H. Wunderer, Material zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, 5, Frankfurt a. M. 1975, S. 257 ff., bes. S. 258/59.

Wenngleich die vorschnelle Identifikation von Klassenfraktionen und politischen Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung nicht akzeptiert werden kann, so ist doch andererseits nicht zu übersehen, daß in jeder Entwicklungsperiode des Kapitalismus der Umfang und die innere Struktur der Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den Mittelschichten sowie zu anderen „subalternen“ Sozialkräften, nicht nur die jeweiligen Handlungsbedingungen der Arbeiterbewegung, sondern auch die Rolle bestimmter Klassenfraktionen in ihr objektiv determinieren (und zwar auch in den politischen Spaltungs- und Vereinheitlichungsprozessen).⁷¹ In diesem Sinne wird in der Klassen- und Sozialstruktur-Analyse des IMSF die Arbeiterschaft der Großbetriebe als der „Kern der Arbeiterklasse“ im heutigen, staatsmonopolistischen Kapitalismus bestimmt; denn „damit (wird) der Antipode des Monopolkapitals sichtbar . . . , der die Interessen der gesamten Arbeiterklasse am deutlichsten zum Ausdruck bringen kann, aufgrund seiner objektiven Lage am kompromißlosesten zu kämpfen gezwungen ist und somit in den Klassenkämpfen die aktivste Kraft der Arbeiterklasse darstellt . . . Entscheidend ist: sie ist in der Produktion von der Gegenklasse völlig differenziert, ihre Stellung in der Produktion ist die Grundlage ihrer hohen Organisiertheit, sie ist der Ausbeutung in der materiellen Produktion unterworfen und steht dem Monopolkapital bzw. dem kapitalistischen Staat unmittelbar gegenüber. „Allerdings wird auch hier auf eine direkte Ableitung des politischen Bewußtseins und Verhaltens dieses „Kerns der Arbeiterklasse“ verzichtet: „Die Bestimmung von der objektiven sozialökonomischen Grundlage her vermag . . . immer nur die objektive Basis zu umreißen“.⁷² Die Gewerkschaften mit der Vielfalt ihrer professionellen Differenzierungen (Berufsgewerkschaften) und weltanschaulich-politischen Strömungen (Richtungsgewerkschaften) gelten gemeinhin — zumal im Blick auf deren Konstitutionsperiode — als diejenige Form, in der sich die beruflichen Sonderinteressen — zunächst meist in ihrer betrieblichen und lokalen Besonderheit — eine organisatorische Gestalt geben. Hier reflektiert sich also die Parzellierung von berufsständischen bzw. korporativistischen Sonderinteressen in der Klasse; denn zum einen beschränkt sich die klassische gewerkschaftliche Interessenvertretung auf die Verteidigung der sozialökonomischen Existenzbedingungen der Lohnarbeiter, zum anderen leitet sich das Organisationsprinzip aus der be-

71 In der neueren französischen Industriesoziologie ist dieser Zusammenhang im sog. „Drei-Phasen-Schema“ der industriellen Entwicklung reflektiert. Dabei wird eine Abhängigkeit der inneren Struktur der Klasse, der Arbeitsbedingungen, des Arbeiterbewußtseins und der Klassenaktion vom jeweiligen — technisch determinierten — Entwicklungsstand der Produktivkräfte unterstellt. Vgl. als Darstellung und Kritik (vor allem der Konzeption von Alain Touraine) F. Deppe, *Das Bewußtsein der Arbeiter*, a. a. O., S. 90 ff.

72 IMSF, *Klassen- und Sozialstruktur der BRD, 1950—1970*, Teil 1, a. a. O., S. 128.

sonderen beruflichen Tätigkeit ab. Schließlich wurde in zahlreichen der frühen Gewerkschaften das ständische Abgrenzungsprinzip noch durch den Ausschluß der unqualifizierten „Massenarbeiter“ unterstrichen.

Es ist zunächst einmal richtig, daß sich über diese gewerkschaftliche Organisation und Interessenvertretung nicht umstandslos die Einheit des ökonomischen, politischen und ideologischen Handelns der Arbeiterklasse herstellt — zumal in der Konstitutionsperiode des Proletariats, in der der „Durchbruch zur Massenorganisation“⁷³ noch längst nicht erreicht ist. Gleichwohl bilden diese ersten Formen der Organisation eines „kollektiven Willens“ schon eine „große Abstraktionsleistung“.⁷⁴ Diese liegt vorab in der Überwindung der individuellen Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander wie gegenüber dem Kapital. Die Interessen werden in allgemeiner Form gefaßt, und zwar nicht als die Summe der jeweils besonderen Einzelinteressen. Diese werden vielmehr „aufgehoben“ durch die Vertretung der gemeinsamen, allgemeinen Interessen, deren Artikulation und Bestimmung keine intellektuelle Abstraktionsleistung ist, sondern sich aus den objektiven Bestimmungen des Warencharakters der Arbeitskraft, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, der sozialen und politischen Erfahrung, hier besonders der Klassenkampf Erfahrung, herleitet.

Schon in den ersten Formen proletarischer Organisation wirkt demnach das Spannungsverhältnis von Einzelinteressen, professionellen Gruppeninteressen und allgemeinem Klasseninteresse. Die Organisation hebt diese einzelnen und besonderen Interessen nicht auf. Als Instrument kollektiver und kommunikativer Handlungsorientierung⁷⁵ wirkt sie für die Entwicklung einer Klassensolidarität, eines Bewußtseins, das die Verwirklichung des konkreten Einzelinteresses (Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Befreiung von Abhängigkeit und Unterdrückung) mit dem allgemeinen Klasseninteresse zu verknüpfen weiß. Mit anderen Worten: erst die kollektive Organisation stellt eine gesellschaftliche und politische Macht dar, die im Kampf Veränderungen auch des individuellen Schicksals herbeizuführen vermag. Diese Vermittlungsarbeit ist — oberflächlich betrachtet — schon in der Programmatik dieser frühen Organisationsformen der Arbeiterbewegung zu entdecken. Während sie auf der einen Seite ihren Mitgliedern einen gewissen sozialen Schutz anbieten, so postulieren sie doch immer auch allgemeine Ziele, die über den professio-

73 Vgl. dazu für die deutschen Gewerkschaften G. A. Ritter/K. Tensfeld, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: H. O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 61 ff.

74 Vgl. E. Lukas, Zwei Formen des Arbeiterradikalismus, a. a. O., S. 254.

75 Vgl. K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation, München 1977, S. 2.

nell begrenzten Organisationszusammenhang hinausweisen: von allgemeinen sozialpolitischen Forderungen (gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, Arbeitsschutzmaßnahmen) über allgemein politische Forderungen (Anerkennung der Koalitionsfreiheit, Gewerkschaftsrechte und politische Gleichheit) bis hin zur Einordnung in die allgemeinen „Emanzipationsbestrebungen“ der Arbeiterbewegung.

Gleichwohl vollzog sich „die Konstitution einer relativ homogenen industriellen Arbeiterschaft . . . nicht in einem kontinuierlichen Prozeß, sondern verlief über viele, zum größeren Teil erhebliche Opfer verlangende Zwischenstationen, deren jede eine neue Stufe der Erfahrung der eigenen Wirklichkeit bedeutete“. ⁷⁶ Vereinheitlichung, Organisation und Politisierung der Arbeiterklasse sind vielmehr eingebunden in den Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung. Klaus Tenfelde hat in seiner großartigen „Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert“ den „frappierenden Zusammenhang von jeweiliger Struktur, Lage und Verhalten der Bergarbeiterschaft“ in jeder Entwicklungsphase der Kapitalisierung des Bergbaus, der Ausweitung der Produktion, der Anwendung neuer Technologien, der konjunkturellen Schwankungen und der damit verbundenen Veränderungen im Umfang und der inneren Zusammensetzung des Bergbauproletariats, seiner materiellen Lebensbedingungen und seiner Lebensweise, seiner Kampfbereitschaft und -erfahrung bis ins einzelne verdeutlicht. ⁷⁷ An anderer Stelle schreibt er: „Die Industrialisierung hatte die alten Daseinszusammenhänge, die um Arbeitsplatz, Familie und Kommune gegliederten Netze kommunikativer Beziehungen innerhalb weniger Jahrzehnte wenn nicht gesprengt und radikal neu geordnet, so doch in Bewegung versetzt, neue Konfliktlagen und einer neuen Sinndeutung zugeführt. Die Zäsuren in der Entfaltung des Industriekapitalismus bestimmen daher auch die wesentlichen Phasen im Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen, und die Geschichte der Kommunikations- und Artikulationsformen der neu-entstandenen handwerklich-industriellen Arbeiterschaft, die Geschichte der Arbeitskämpfe und der frühen Formen der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland wie auch in anderen, nach englischem Vorbild industrialisierenden Ländern schließt sich diesen durch Wachstum und Rhythmus der Industrieproduktion ausgelösten Einschnitten eng an.“ ⁷⁸

76 G. A. Ritter/K. Tenfelde, *Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands*, a. a. O., S. 61.

77 K. Tenfelde, *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert*, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 573 ff.

78 Ders., *Strukturelle Bedingungen für Solidarität*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 4/1977, S. 245 ff., hier S. 246.

Die strukturellen Voraussetzungen, die erst noch durch die nivellierenden und vereinheitlichenden Tendenzen der kapitalistischen Industrialisierung aufgelöst werden mußten, werden von Tenfelde folgendermaßen beschrieben: „Noch war die Schicht der potentiell Unzufriedenen in sich nach Regionen und Gewerben scheinbar unüberwindlich zergliedert, so daß Unterschiede der Herkunft und des Berufs, Bildungsmängel und Qualifikationsunterschiede und ständisches Denken zwischen Handwerkern, Tagelöhnern und Fabrikarbeitern und dem allseits verachteten ‚Lumpenproletariat‘, weiter auch konfessionelle Gegensätze und Verhaltensgewohnheiten, die sich aus dem überkommenen Stadt-Land-Gegensatz herleiteten, die nivellierenden Folgen des Übergangs zum Fabrikssystem, der einsetzenden Urbanisierung und Entstehung sichtlich gleichgearteter Erwerbs- und Daseinsverhältnisse bei weitem überwogen“.⁷⁹

Wichtig ist vor allem der Hinweis, daß die Herstellung der politischen Klasseneinheit nicht einfach als eine politische Übersetzung bzw. als bloß mechanischer Reflex dieses objektiven, sozialökonomischen Klassenbildungs- und Homogenisierungsprozesses begriffen werden kann. Relevante Teile der Arbeiterschaft erfahren jetzt ihre soziale Lage als „Gruppenschicksal“. Sie setzen das „Gruppeninteresse in Kampffaktionen und Vertretungskörperschaften“⁸⁰ erst unter der Voraussetzung um, daß sich mit dem Großbetrieb und mit dem Wachstum der Industrieorte zu Großstädten eine spezifisch proletarische Lebensweise herausbildet, die ihrerseits die Erfahrung der gesellschaftlichen Klassenspaltung verdoppelt und intensiviert. Damit konstituiert sich jedoch auch ein materiell gesellschaftlicher Raum der sozialen Kommunikation, der zu einer wesentlichen Determinante proletarischer Solidarität wird.⁸¹ W. H. Schröder beantwortet die Frage, warum die Arbeiterbewegung die Grundlagen für ihre gewerkschaftliche und politische Agitation zunächst vorrangig in den Großstädten vorfand, wie folgt: . . . „Der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und zahlreiche Gegensätze (Arm: Reich; Arbeitende: Arbeitslose; Einheimische: Fremde; Arbeitszeit: Freizeit; etc.) traten . . . innerhalb des großstädtischen Agglomerationsbereiches . . . schräfer hervor als in den Kleinstädten und auf dem Lande, wo zahlreiche soziale Mechanismen wirksam waren, die diese Gegensätze — soweit sie überhaupt bestanden — verschleierten. Die Agitation der Arbeiterbewegung aktualisierte permanent diesen Klassengegensatz im Bewußtsein der Arbeiter, vertrat die den Interessen der Arbeiter adäquaten Forderungen und bot sich damit als organisatorische

79 Ebd., S. 248; vgl. dazu auch W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 148/149.

80 K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft, a. a. O., S. 338/339.

81 Vgl. ebd., S. 331 ff.; ders., Strukturelle Bedingungen . . ., a. a. O., S. 250/251.

Manifestation der Arbeiterinteressen an“.⁸²

Ohne diese sozialen und kulturellen Momente von Klassenerfahrung, der Konstitution eines spezifischen „Klassenmilieus“ wäre weder proletarische Lebensweise noch die Alltagserfahrung der Lohnarbeiter und ihrer Familien angemessen zu begreifen. Dabei ist schon deutlich geworden, daß diese Sphäre der materiellen und kulturellen Reproduktion einen relativ selbständigen Bereich der praktischen Lebensbewältigung sowie der sozialen und politischen Erfahrung neben dem Arbeitsprozeß darstellt. Ebenso eindringlich haben jedoch verschiedene sozial- und kulturhistorische Analysen dieses Milieus, das sich um die Pole Familie, Reproduktion, Gemeinde gruppiert, dessen objektive Determiniertheit durch die kapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnisse, das Niveau der Produktivkraftentwicklung, die Schwankungen der Konjunktur etc. nachgewiesen. Das schließt einen Dualismus der sozialen und kulturellen Normen, die hier in hohem Maße bewußtseins- und verhaltenensorientierend wirken, nicht aus. Tenfelde hat diese „Bipolarität“ von vorkapitalistischen, ständischen Traditionen und von kollektiver, klassenbestimmter Interessenartikulation nicht nur für die Alltagskultur der Bergarbeiter, sondern auch für deren Kämpfe — bis hin zum großen Massenstreik der Bergarbeiter im Jahre 1889 — konkret herausgearbeitet.

Die relative Homogenität dieses Industriearbeitermilieus, die Formen der Bewältigung des proletarischen Alltags können jedoch — gleichsam als notwendige Ergänzung der unmittelbaren Klassenerfahrung im Produktionsprozeß — die politische Einheit bzw. Vereinheitlichung des Klassenhandelns nicht vollständig erklären. Sie wirken — wie im nächsten Abschnitt noch zu zeigen sein wird — oftmals als strukturelle Schranke dieser Vereinheitlichung. Obgleich der „Zusammenhang von Kampf und Organisation im früh- und hochindustriellen Arbeitskonflikt“, die „Interessenfindung und -artikulation“ sich nur auf der Grundlage „eines Geflechtes kommunikativer Beziehungen der Arbeiter untereinander“⁸³ herstellt, so bedarf es doch der Erfahrung allgemeiner gesellschaftlicher und politischer Widersprüche, damit sich der Übergang vom „Standesbewußtsein zum Klassenbewußtsein“⁸⁴, der einhergeht mit der Schaffung von Klassenorganisationen, wirklich durchsetzt. Der wichtigste Filter, durch den diese Erfahrung konkret wird, sind zweifellos die Kämpfe der Arbeiter selbst. In ihnen — vor allem vermittelt der planmäßigen und koordinierten Gegengewalt der Unternehmer und des Staates — manifestiert sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit „in seiner grundsätzlichen Allge-

82 W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 50.

83 K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft, a. a. O., S. 509.

84 Vgl. ebd. S. 334 ff.

meinheit“.⁸⁵ Die Erfahrung der Proletarisierung als Statusverlust, als materielle Depravation, vor allem aber die Erfahrung der betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaft und Unterdrückung⁸⁶ wirkt so als sozialer „Resonanzboden“ für die Tätigkeit der proletarischen Organisationen, die planmäßiges, organisiertes Handeln und die Klasseneinheit als wesentliche Bedingungen für den Erfolg des Klassenkampfes, die Verwirklichung der allgemeinen Emanzipationsziele der Arbeiterbewegung propagieren. „Der innerbetriebliche bzw. der industrielle Konflikt zwischen Kapital und Arbeit erweiterte sich durch die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu einem gesamtgesellschaftlichen Konflikt. Die ständig aktualisierte Erfahrung einer Dichotomie von ‚oben‘ und ‚unten‘ geriet zu einem festen Bestandteil des Arbeiterbewußtseins“.⁸⁷ Insofern bildeten die großen Kampffaktionen oftmals Höhe- und Wendepunkte in der Entwicklung der Organisation, des Bewußtseins, des theoretischen Selbstverständnisses; denn in ihnen erschienen die Probleme der gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung „wie in einem Brennglas gebündelt und diskussionsnotwendig gemacht“.⁸⁸

5. Einheit und Spaltung als Hegemonieproblem

Soweit sollte deutlich geworden sein, daß der Konstitutionsprozeß des Proletariats zur selbständigen sozialen, politischen und ideologischen Kraft, der Übergang von der „elementaren zur organisierten Arbeiterbewegung“⁸⁹ doppelt bestimmt ist. Auf der einen Seite hat er den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß zur Voraussetzung. Auf der anderen Seite begegnen wir in der Organisation einer Form der bewußten Vergesellschaftung, der Organisation eines kollektiven Willens, der Schaffung eines Kampfinstrumentes, der Aneignung von Wissen über den historischen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft wie über die Ziele des Klassenkampfes. Diese beiden Seiten stehen einander nicht unvermittelt gegenüber. Ihr Zusammenhang stellt sich über die verschiedenen Formen der proletarischen Erfahrung der eigenen Klassensituation wie der gesellschaftlichen Klassenspaltung und des Klassenkampfes her. Dabei konnte gezeigt werden, daß die Klassenerfahrung nicht ausschließlich in

85 K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation, a. a. O., S. 41.

86 Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft, a. a. O., S. 339.

87 W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 220.

88 So K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation, a. a. O., S. 212, über den Bergarbeiterstreik von 1889.

89 Vgl. ebd., S. 137 ff; vgl. den Begriff „elementare Arbeiterbewegung“ auch bei H. Zwahr, Die Konstituierung des Proletariats als Klasse, a. a. O., pass.

der Erfahrung des kapitalistischen Arbeits- und Ausbeutungsprozesses aufgeht. Vielmehr entwickelt sich die Klassensolidarität auch in einem Netzwerk kommunikativer Beziehungen und in Sphären der Lebensbewältigung außerhalb des Produktionsprozesses, d. h. in Familie, Kommune sowie in anderen Formen der proletarischen Vergemeinschaftung, die keine unmittelbare politische Zielsetzung haben, sondern deren Zweck durch die Alltäglichkeit der konkreten Lebensbewältigung und -gestaltung definiert wird. Dennoch weist die Organisations- und Kampfgeschichte über diesen alltäglichen Konkretismus hinaus. Sie zeigt, in welch' hohem Maße — auch in der Erfahrung und im Bewußtsein der einzelnen Lohnarbeiter — die Alltagserfahrung ebenso wie die klasseninternen Differenzierungs- und Segmentierungsprozesse beständig durch die ökonomischen, politischen und ideologischen Manifestationen des gesellschaftlichen Hauptklassengegensatzes gefiltert werden. Wenn es das charakteristische Merkmal der proletarischen Organisation ist, Formen der bewußten, politischen Vergesellschaftung als Konkretisationen eines kollektiven Willens (auch die frühen Gewerkschaften gehören zu)⁹⁰ zu schaffen, die proletarischen Interessen in „allgemeiner Form“ darzustellen und zu repräsentieren, so kann diese ohne die Verallgemeinerung von Klassenerfahrung über die Grenzen der individuellen und professionellen Sonderinteressen hinaus letztlich nicht auf der geschichtlichen Bühne erscheinen. Erfahrung und organisatorische „Abstraktionsleistung“ bilden mithin keinen Gegensatz. Ebenso wenig stirbt die elementare, spontane Bewegung in der Arbeiterklasse mit der Konstitution der gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisation ab. Allerdings signalisiert der Gegensatz von elementarer und organisierter Arbeiterbewegung immer schon ein Moment der Spaltung in der Arbeiterbewegung.⁹¹ Zugleich erscheint hierin aber auch das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen dem Konkretismus der proletarischen Erfahrung und der „Abstraktionsleistung“, die sich in der proletarischen Organisation verkörpert.

Gleichwohl wird man die Konstitution der ersten gewerkschaftlichen Manifestationen eines „kollektiven Willens“, die im vorangehenden Abschnitt vor allem betrachtet wurde, nicht umstandslos mit der Herstellung von Klasseneinheit identifizieren können. Gerade in der deutschen, sozialdemokratischen Arbeiterbewegung reflektieren sich in der Periode des Durchbruchs zur Massenorganisation zwischen 1890 und 1914 besonders scharf klasseninterne Seg-

90 Vgl. dazu u. a. U. Engelhard, Gewerkschaftliche Interessenvertretung als „Menschenrecht“, in: ders. u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1977, S. 538 ff.

91 D. Groh behandelt in seiner Projektskizze „Basisprozesse und Organisationsproblem“ (in: ebd., S. 415 ff.) dieses Widerspruchsverhältnis, ohne freilich über sehr allgemeine Forschungspostulate hinauszugelangen.

mentierungsprozesse. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie repräsentierten wesentlich die Facharbeiter, während die Masse der Un- und Angelernten, deren Zahl sich in dieser Periode des Durchbruchs zur „großen Industrie“ überdurchschnittlich erhöhte⁹², weitgehend außerhalb des sozialdemokratischen Organisationszusammenhangs blieb.⁹³ Hier war also nur eine Minderheit der Klasse präsent. Greift man das Jahr 1907 heraus, in dem die Anzahl der Unselbständigen im produzierenden Gewerbe, in Handel und Verkehr (11,3 Mio.) und in der Landwirtschaft (3,4 Mio.) zusammen 14,7 Mio. erreichte, so betrug der Anteil der Stimmen, den die SPD bei den Reichstagswahlen dieses Jahr erreichte (ca. 3,25 Mio.) 22,1 Prozent, der Anteil der freigewerkschaftlichen Mitglieder (1,6 Mio.) 10,8 Prozent sowie der Anteil der Parteimitglieder (ca. 530 000) 3,6 Prozent.⁹⁴ Erst am Ende des Ersten Weltkrieges, im historischen Zusammenhang des Zusammenbruchs der Monarchie und der Novemberrevolution, signalisierte das sprunghafte Ansteigen der Mitgliederzahlen der sozialistischen Gewerkschaften (von 1,7 Mio., 1918, auf 5,4 Mio., 1919) den Zustrom von bis dahin unorganisierten Schichten der Arbeiterklasse.

Die gewaltige Kluft zwischen Organisationen und Klasse, die durch diese Daten erhellt wird, zwingt zunächst zu einer Reformulierung der Spaltungsproblematik. Ganz im Unterschied zur vordergründigen Lokalisierung dieser Spaltung in der sozialistischen Arbeiterbewegung selbst — z. B. als Konfrontation von Reformisten und Revolutionären — muß bei nüchterner Betrachtung die Linie der Spaltung zwischen dem organisierten Kern der Arbeiterbewegung und seinem politischen Umfeld auf der einen und der Masse der Unorganisierten, nicht unmittelbar durch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung Repräsentierten gezogen werden.⁹⁵ Dabei kann es im Rahmen

92 Vgl. quantitative Angaben bei W. H. Schröder, *Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung*, a. a. O., S. 68/69.

93 Vgl. dazu E. Brockhaus, *Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg*, München 1975, bes. S. 67 ff.; für England: E. J. Hobsbawm, *Labouring Men*, London 1964, bes. S. 179 ff.

94 Vgl. dazu u. a. F. Deppe, *Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte*, in: *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung*, XII. Linzer Konferenz 1976, Wien 1979, S. 126 ff., bes. S. 133 ff.

95 In einer Schrift aus dem Jahre 1913 hat W. I. Lenin dieses Problem aufgegriffen und zugleich die Organisation als Element der Überwindung dieser Kluft bezeichnet: „In Deutschland gibt es jetzt etwa 1 Million Parteimitglieder. Für die Sozialdemokratie werden dort etwa 4 1/4 Millionen Stimmen abgegeben, während es etwa 15 Millionen Proletarier gibt . . . Eine Million, das ist die Partei . . . 4 1/4 Millionen — das ist die ‚breite Schicht‘. Sie ist in Wirklichkeit noch viel breiter, denn die Frauen haben kein Wahlrecht, desgleichen viele Arbeiter, die aufgrund des Ansässigkeitszensus, des Alterszensus usw. usf. des Wahlrechts beraubt sind. Diese ‚breite Schicht‘ — das sind fast alles Sozialdemokraten, und ohne sie wäre die Partei machtlos. Diese

dieses Beitrages nicht darum gehen, die Forderung einzulösen, die Geschichte der „vergessenen“ Arbeiterbewegungen aufzuarbeiten, oder auch die Formen der nicht-sozialistischen Arbeiterbewegung genauer zu analysieren. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, einige sehr vorläufige und allgemeine Überlegungen zu dieser Dimension des Spaltungsproblems zu formulieren. Offenkundig verlangt eine Analyse dieser Spaltung zunächst eine Analyse der spezifischen Möglichkeiten der Lebensbewältigung, ihrer subjektiven Interpretation, der Konfliktbewältigung und der Identitätsbildung. Das heißt: Wir müssen von der Ebene der „abstrakten Allgemeinheit“, auf die wir uns mit den ersten Bestimmungen des Charakters der proletarischen Organisation begeben hatten, wieder herabsteigen ins Milieu des „Klassenindividuum“, wobei davon ausgegangen wird, daß „der Unterschied“ des persönlichen Individuums gegen das Klassenindividuum, die Zufälligkeit der Lebensbedingungen für das Individuum . . . erst mit dem Auftreten der Klasse ein(tritt), die selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist“.⁹⁶ Im Zentrum der Spaltung findet sich daher die Dichotomie von individueller und kollektiver Lebensbewältigung sowie der korrespondierenden, subjektiven Deutung der Lebensperspektive. Idealtypisch wären daher zwei Typen von Lohnarbeitern zu konfrontieren: am einen Pol derjenige Lohnarbeiter, der die Perspektive der Lebensbewältigung für sich und seine Familie wesentlich mit seiner „eigenen Kraft“ und Qualifikation verbindet und hiervon ausgehend die vorgefundenen Bedingungen der Reproduktion und des Herrschaftssystems zu akzeptieren tendiert; am anderen Pol derjenige Lohnarbeiter, der die Perspektive der Lebensbewältigung und -gestaltung mit der kollektiven Kraft der organisierten Interessenvertretung und mit der Perspektive einer qualitativen Veränderung der sozialen und politischen Lebensumstände verknüpft. Man weiß, daß diese „Idealtypen“ die Wirklichkeit nicht adäquat wiederzugeben vermögen. Tatsächlich existieren diese Grundorientierungen in vielfältigen Mischformen. Erinnert sei nur an den Typus der „instrumentellen Orientierung“, für die die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation vorrangig auf die

breite Schicht erweitert sich bei jeder Aktion noch auf das 2- 3-fache, weil dann der Partei eine Masse von Nichtsozialdemokraten folgt . . . Die Bewußtheit des Vortrupps (i. e., die Partei, F. D.) offenbart sich unter anderem gerade darin, daß er sich zu organisieren versteht. Und indem er sich organisiert, erhält er einen *einheitlichen Willen*, und dieser einheitliche Wille der fortschrittlichen Tausend, Hunderttausend, Millionen *wird* zum Willen der Klasse. Der Mittler zwischen Partei und Klasse ist die ‚breite Schicht‘ (breiter als die Partei, aber enger als die Klasse), die Schicht derer, die für die Sozialdemokraten stimmen, die Schicht der Helfenden, die Schicht der Sympathisierenden usw.“ Ders., Wie V. Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt, a. a. O., S. 260, S. 261/62.

96 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW, 3, S. 76.

Verbesserung der individuellen Lebenssituation bezogen ist.⁹⁷ Außerdem überlagern und verschieben sich diese Orientierungen auch in der Entwicklung des individuellen Bewußtseins — entsprechend dem Wechsel in der alltäglichen Lebenserfahrungen, der durch die Schwankungen von Konjunktur und Krise, durch Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit, aber auch z. B. durch Heirat und die Familiensituation herbeigeführt wird.

Die individuelle Lebensbewältigung hat ihre materielle Grundlage im individuellen Lohn sowie in der Individualitätsform der Konsumtion, der Wohnung, des Lebensraumes der Familie. Gleichzeitig belegen die Ergebnisse sozialhistorischer Forschung, die im vorangehenden Abschnitt resümiert und interpretiert wurden, die Existenz eines Klassenmilieus, in dem Kollektivität und Solidarität nicht „von außen“ an die alltägliche Lebenserfahrung herangetragen werden, sondern die als Formen kapitalistischer Vergesellschaftung (Produktion, Arbeiterwohnviertel etc.), als Formen kollektiver Erfahrung (materielle Depravation, Krisenerfahrung, Unterdrückung etc.) aber auch als Formen kollektiver Lebensbewältigung und Kommunikation einen festen Bestandteil des Klassenalltags wie des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnarbeiter bilden. Mit anderen Worten: die proletarische Lebensweise ist stets schon „Leben-über-die-Privatformen-hinaus“.⁹⁸ Das Spannungsverhältnis zwischen privater und kollektiver Lebensbewältigung ist daher strukturell in die proletarische Klassenexistenz und -erfahrung „eingeschrieben“.

Dabei spielen einerseits die kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesse, die die Gesamtheit des Lebensprozesses „in letzter Instanz“ determinieren, eine entscheidende Rolle. Andererseits vollzieht sich der Austrag dieses Spannungsverhältnisses selbst schon im politischen Raum, genauer: im jeweils konkret-historischen, politisch-ideologischen Kräftefeld. Insofern bildet die politische Organisation der Arbeiterbewegung einen Faktor, der auf diesen Prozeß ein- und zurückwirkt. Kollektive Klassenerfahrung setzt sich jedoch nicht notwendig in kollektives Verhalten und Handeln um, das auf eine orga-

97 Vgl. dazu F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, a. a. O., S. 83 ff. Als „Instrumentalverhältnisse“ bestimmt K. Holzkamp „interpersonale Verhältnisse, soweit in ihnen durch Befangenheit ‚in‘ den bürgerlichen Privatformen Subjektbeziehungen nicht verwirklicht sind. Das Grundmerkmal solcher interpersonalen Verhältnisse liegt darin, daß sie als ‚Privatverhältnisse‘ keine allgemeingesellschaftlichen Ziele . . . kennen, sondern nur Partialinteressen.“ Ders., Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität (2), in: Forum, Kritische Psychologie, 5, Argument-Sonderband 41, Westberlin 1979, S. 7 ff., hier S. 14/15.

98 K. Holzkamp verwendet die Formulierung „Denken-über-die-Privatformen-hinaus“, um die Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus für die Bestimmung eines positiven Zusammenhangs zwischen Subjektivität und Gesellschaftlichkeit zu charakterisieren, vgl. dazu ders., Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität (1), in: Forum Kritische Psychologie, 4, Argument-Sonderband 34, Westberlin 1979, S. 10 ff., hier S. 36.

nisierter Veränderung der Lebensumstände zielt, dessen Träger „gesellschaftliche Subjekte mit historisch bestimmendem Einfluß“ sind, die „im Beitrag zur bewußten gesellschaftlichen Realitätskontrolle auch die Kontrolle über ihre eigenen Daseinsumstände erhöhen“.⁹⁹ Dieser Sachverhalt ist selbst wiederum aufs engste damit verbunden, wie die herrschenden politischen und ideologischen Verhältnisse die proletarischen Interessen und Bedürfnisse zu kanalisieren, letztlich zu atomisieren vermögen. Damit berühren wir das Problem der Hegemonie der herrschenden Klasse. Ihre Führungs- und Integrationsfähigkeit — über ihre unmittelbar ökonomische und politische Herrschaft hinaus — muß daher als ein Faktor begriffen werden, der die Spaltungsprozesse in der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung maßgeblich beeinflußt. Umgekehrt steht die Krise eines jeden historisch-politischen Hegemonietyps im direkten Zusammenhang mit Prozessen, in denen die Spaltungskräfte an Wirksamkeit verlieren und Tendenzen der Vereinheitlichung von sozialökonomischer und politischer Klassenerfahrung sich auch in qualitativen Verschiebungen des politischen Kräftefeldes Geltung verschaffen.

Die Politisierung des Spannungsverhältnisses von privater und kollektiver Lebensbewältigung und -deutung erweist sich mithin selbst noch als ein Moment des politisch-ideologischen Reproduktionsprozesses der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die formale Verselbständigung und Trennung von Öffentlichkeit (dem politischen Raum) und „Privatsphäre“, die ihrerseits in Produktions- und Reproduktionsbereich geschieden ist, charakterisiert die Grundstruktur bürgerlicher Herrschaft ebenso wie den Inhalt des bürgerlichen Politikverständnisses (zumindest bis zur Konstitution der Arbeiterbewegung als Massenbewegung). Mehr noch: die beständige Reproduktion dieser Trennung wird zu einer wesentlichen Bedingung bürgerlicher Hegemonie. Diese Erkenntnis ist nicht nur von theoretischer Relevanz. Sie reflektiert vielmehr die institutionelle, rechtliche und ideologische Struktur des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft. Die Besitzbürger, deren Eigentum und dessen Akkumulation durch Staat und Recht gesichert ist, wollen die Sphäre ihrer individuellen Selbstbetätigung (im Geschäft und „Haus“) als einen staats- und politikfreien Raum möglichst geschützt wissen.¹⁰⁰ Zugleich erwarten sie vom Staat und seinen Institutionen, deren Verwaltung der „politischen Klasse“ übertragen ist, daß deren „Technologie“ dem Prinzip der formalen

99 Ders. Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität (2), a. a. O., S. 11/12.

100 Einer der bedeutendsten frühbürgerlichen Staatstheoretiker, Jean Bodin, hat diesen Gedanken sehr prägnant formuliert: „Wenn das Familienoberhaupt die Familie und die häuslichen Angelegenheiten hinter sich läßt, um auf den Markt hinauszutreten und öffentliche Belange zu erörtern, so ist es nicht mehr Herr, sondern nennt sich Bürger.“ Ders., Über den Staat (1583), Stuttgart 1976, S. 14/15.

Rationalität entspricht. Gesetze, Bürokratie und Parlamentarismus sind diese spezifischen „Technologien“ des bürgerlichen Rechtsstaates.¹⁰¹ Dabei wird ein doppelter Zweck verfolgt: Auf der einen Seite muß die institutionelle Struktur des politischen Willensbildungsprozesses der politischen Kontrolle der Besitzbürger unterliegen sowie die Konkurrenz fraktioneller bürgerlicher Interessen ermöglichen (bürgerliche Öffentlichkeit). Auf der anderen Seite müssen die Volksmassen von der Politik ferngehalten aus dem politischen Raum ausgeschaltet werden. Als „Passivbürger“ — so die Formulierung der französischen Verfassung von 1791 — sind sie durch das Zensuswahlrecht von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Darüber hinaus muß ihnen durch Koalitionsverbote der Zugang zur Bildung politischer Machtinstrumente verwehrt sein. Schließlich muß der Staat stark genug sein, um innere und äußere Bedrohungen des Gemeinwesens abzuwehren. Im Innern haben die staatlichen Zwangsapparate (Polizei, Militär, Justiz) gegebenenfalls spontane Einbrüche der Volksbewegungen in den politischen Raum, in denen sich lang aufgestaute Entbehrung und Unterdrückung entladen, zu unterdrücken. Franz Neumann hat in der Kritik der Metapher vom liberalen „Nachtwächter-Staat“ diesen Interessenzusammenhang von Bürgern und Staat unterstrichen: „Der liberale Staat war immer so stark wie die politische und soziale Situation und die bürgerlichen Interessen es erforderten. Er führte Kriege und schlug Streiks nieder, er schützte seine Investitionen mit starken Flotten, er verteidigte und erweiterte seine Grenzen mit starken Heeren, er stellt mit der Polizei ‚Ruhe und Ordnung‘ her. Er war stark genau in den Sphären, in denen er stark sein mußte und wollte“.¹⁰²

Im politischen Alltag einer jeden historischen Periode gehören jedoch Streiks, Rebellionen, Massenbewegungen und Revolutionen, die stets Zäsuren zwischen Epochen bilden, eher zur Ausnahme.¹⁰³ Zumal in den „normalen Ruhelagen“ tritt die Ausübung direkter, außerökonomischer Gewalt durch den Staat — auch aus der unmittelbaren Lebenserfahrung — zurück. Die Trennung des Politischen und der alltäglichen Gesellschaftlichkeit (Arbeit, Familie, Wohnen, Konsumtion, Kommunikation, Alltagskultur) wird unter diesen Voraussetzungen auch zur vorherrschenden, durchschnittlichen Erfahrung.¹⁰⁴

101 Vgl. G. Therborn, *What does the ruling class . . .*, a. a. O., S. 51.

102 F. Neumann, *Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft*, in: ders., *Demokratischer und autoritärer Staat*, a. a. O., S. 31.

103 Vgl. J. Kuczynski, *Prolegomena zu einer Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*, Berlin (DDR) 1980; als kritischen Literaturbericht zur aktuellen Diskussion über „Alltag“ und „Lebensweise“ vgl. K. Maase, *Zwischen „Verbürgerlichung“ und „Klasse für sich“*, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF, 3/1980, S. 149 ff.

104 Diese Normalität analysiert K. Ottomeyer, *Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen*, Reinbek bei Hamburg 1977.

Die Formen bürgerlicher Politik bleiben den „Passivbürgern“ weitgehend äußerlich. Die Politisierung der Praxisformen des Alltags, von denen wir wissen, daß sie immer auch Klassenerfahrung implizieren, erfolgt im wesentlichen „von oben“, durch die ideologischen Instanzen und Apparate der herrschenden Ordnung. Als politisch-ideologische Sozialisationsinstanzen vermitteln sie Normen des Verhaltens wie der Sinndeutung im Alltag. Die herrschenden Moralvorstellungen sollen so zum Kitt disparater Alltagserfahrungen werden. Elemente der gegenwärtigen Klassenerfahrung werden überlagert durch zukünftige, außerweltlich-religiöse Heilserwartungen. Die Erfahrung von Abhängigkeit und Unterordnung wird gedämpft durch die Identifikation mit der „Größe“ der Nation und ihrer politischen Führung.¹⁰⁵ Diese Aufgaben werden von den herrschenden ideologischen Apparaten wahrgenommen, zu denen in der von uns betrachteten Epoche vor allem die Kirche, die Schule und das Militär, aber auch die Fabrik mit ihrer Disziplin und Hierarchie, die Familie als Sozialisationsagentur sowie andere sinnvermittelnde Institutionen (z. B. die Massensliteratur) gehören.

Ihre Tätigkeit zielt auf die beständige Isolierung der Klassenerfahrung von der kollektiven Klassenpraxis. Als ideologische Staatsapparate verfügen sie dabei über ein System von materiellen und immateriellen Sanktionen und Gratifikationen. Wer sich anpaßt, dem wird nicht nur sozialer Aufstieg als reale Utopie verheißen, er braucht auch keine Angst davor zu haben, mit den staatlichen Sanktionen und ihrem Zwangscharakter Bekanntschaft zu machen oder Gottes Zorn gegen die Sünder zu erfahren. Im Kern handelt es sich dabei um den Versuch der Partikularisierung und Atomisierung von Klassenerfahrung, die in neue Formen der klassenneutralen „illusorischen Gemeinschaftlichkeit“ (die Nation, die Volksgemeinschaft, die christliche Gemeinschaft etc.) überführt wird. Erst in dem Maße, wie diese ideologischen Vermittlungen als Stabilisierung bürgerlicher Hegemonie wirken, gewinnen sie auch im wirklichen Leben konkrete Gestalt — eben in jenen politischen Organisationen, die sich der „sozialen Frage“ oder der „Arbeiterschaft“ annehmen, um diese vor den Klassenorganisationen und besonders vor dem Klassenkampf zu schützen. Die Perspektive individueller Lebensbewältigung, abgeschnitten von kollektiver Praxis der Veränderung der obwaltenden Lebensbedingungen, wird hier demzufolge zum Feld von Klassenpraxis — und zwar: der bewußten Integration

105 Vgl. dazu W. K. Blessing, Der monarchische Kult, politische Loyalität und die Arbeiterbewegung im deutschen Kaiserreich, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 185 ff. Hier wird am Beispiel des Königreichs Bayern der „monarchische Kult“ als „symbolische Verdichtung“ des offiziellen politischen Ordnungsbildes charakterisiert, gleichzeitig aber nachgewiesen, daß dieser „Loyalitätsappell“ offenkundig in der Arbeiterbewegung auf eine nur geringe Resonanz stieß.

„von oben“. Soweit die Trennung des Politischen von der alltäglichen Lebenspraxis also dieser Trennung von Klassenerfahrung und kollektiver Klassenpraxis korrespondiert, wirkt sie innerhalb der Arbeiterklasse als ein enormes Spaltungs- und Differenzierungspotential, dessen Ursprung weniger auf die klasseninternen, sozialökonomischen Differenzierungen als vielmehr auf die innere Struktur und Wirksamkeit des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft, seine hegemonialen Struktur, zurückzuführen ist.¹⁰⁶

In der klassengespaltenen Gesellschaft vollziehen sich diese Prozesse freilich nie in reiner Form, sondern stets im Medium eines bestimmten Kräfteverhältnisses der Klassen und des Klassenkampfes. Das Politikverständnis der sozialistischen Arbeiterbewegung ist — auch als theoretische und praktische Kritik der herrschenden Ordnung — dem bürgerlichen Politikverständnis radikal entgegengesetzt. Dies resultiert nicht nur aus dem Bestreben, die diskriminierenden Maßregeln, die die Arbeiterklasse und deren Organisationen aus der Politik fernhalten sollen, aufzuheben und die formale politische Gleichheit durchzusetzen (allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit). Vielmehr konstituiert sich mit der Arbeiterbewegung — und insbesondere mit den politischen Parteien der Arbeiterbewegung — ein neues Typus von Politik, der seinerseits nachhaltige Veränderungen im politischen System der bürgerlichen Gesellschaft hervorruft, die Bedingungen der Ausübung bürgerlicher Hegemonie verändert und die herrschenden Klassen bzw. Klassenfraktionen zu neuen Strategien der Anpassung wie zu neuen Techniken der politisch-ideologischen Machtausübung zwingt.¹⁰⁷ „Die Partei im modernen Sinn . . . entsteht mit der Arbeiterbewegung.“¹⁰⁸ Nach ihrem Selbstverständnis ist sie Instrument der Mobilisierung von Klassenbewegung, in der sich die Verteidigung unmittelbarer Interessen mit der Perspektive einer revolutionären Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verbindet. Ihr Bestreben ist es, Massenorganisation zu werden, die einerseits fest in der Arbeiterklasse verwurzelt ist, andererseits sich dadurch in die Lage versetzt, Massenbewegungen zu organisieren und zu führen. Für die hier zu diskutierenden

106 Daß dieser Zusammenhang von Alltagserfahrung und Hegemonie übersehen wird, zeichnet zahlreiche, ansonsten anregende Studien aus, vgl. z. B. A. Lüdke, *Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnisartikulation*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, 11, Frankfurt a. M. 1978, S. 311 ff. (mit ausführlichem Literaturverzeichnis); ders., *Erfahrung von Industriearbeitern*, in: W. Conze/U. Engelhardt (Hrsg.), *Arbeiter im Industrialisierungsprozeß*, Stuttgart 1979, S. 494 ff.

107 Vgl. dazu H. Asseln/F. Deppe, *Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung*, in: F. Deppe u. a., *Probleme der materialistischen Staatstheorie. Staat und Monopole (II)*, Argument-Sonderband, 16, Westberlin 1977, S. 84 ff., bes. S. 110 ff.

108 L. Gruppi, *La teoria del partito rivoluzionario*, Roma 1980, S. 16.

Fragen ist es nun entscheidend, daß dieses Politikkonzept auf die Überwindung jener bürgerlichen Trennung von Ökonomie und Politik, von privater und öffentlicher Sphäre zielt. Sozialistische Politik ist Auflösung dieses realen „Scheins“, d. h. Politisierung der sozialen und der ökonomischen Frage und der in sie eingeschlossenen Widersprüche. Was auf der theoretisch-programmatischen Ebene sich als das Ziel der „Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft“ artikuliert, transformiert sich in der konkreten politischen Auseinandersetzung von Anfang an in die Politisierung des Privaten¹⁰⁹, damit auch der alltäglichen Klassenerfahrung.

Aus dem bisher Entwickelten ergibt sich schon, daß eine solche Politik mit mannigfachen Widerständen konfrontiert wird, daß der politische Prozeß selbst sich im Austrag dieser Widerspruchskonstellationen vollzieht. Die verschiedenen Sphären der Lebensbewältigung und -gestaltung — von der alltäglichen Reproduktion, über den Produktionsprozeß, bis hin zur allgemeinen, politischen Artikulation von Interessen „in der Öffentlichkeit“ — sind nicht nur formal und illusorisch voneinander getrennt. Natürlich gehen sie — als Formen von Klassenerfahrung und -praxis — im wirklichen Leben vielfältige Verbindungen ein. Dennoch besitzen sie eine materiale Wirklichkeit und eine relative Selbständigkeit. Die innere Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung selbst, die oftmals im Bilde von den „drei Säulen“ gefaßt wird, ist dafür ein Beleg. Die Vielzahl der genossenschaftlichen Organisationen und Vereine umspannen gleich einem Netzwerk den konkreten proletarischen Lebenszusammenhang. Sie dienen der materiellen und kulturellen Bedürfnisbefriedigung und fungieren zugleich als politische Sozialisationsinstanzen, d. h. in ihnen artikuliert sich proletarisches Solidaritätsbewußtsein und die Fähigkeit der Lebensbewältigung.

R. Balluff hat in einer Lokalstudie über die „Arbeiterbewegung in Leverkusen in der Weimarer Republik“ dieses Netz von „Massenorganisationen“ dargestellt. Neben der Konsum- und Baugenossenschaft finden wir die Kleingartenbewegung, die Bildungsvereine, sozialpolitische Organisationen (wie den Erwerbslosenausschuß, den Mieterschutzbund und den Bund der Kinderreichen), die Arbeitergesangs- und Musikvereine, den Arbeiter-Theater-Verein, die Vielzahl der Arbeitersportvereine, die Frauenbewegung (u. a. Ko-

109 G. Therborn, What does the ruling class . . . , a. a. O., S. 69, sieht darin ein wesentliches Merkmal sozialistischer Gesellschaften: „In a socialist society, private life is made public by a number of proletarian and popular mass organizations apart from the state apparatus itself. In this way, the sharp delimitation of the state as an apparatus with special task and personnel tends to be eroded — which is essentially what is involved in the notion of the withering away of the state.“

mittee für werktätige Frauen, Einheitsverband für proletarische Sexualreform und Mutterschutz), den Touristikverein „Naturfreunde“ und den Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.¹¹⁰ Gerade am Beispiel des zuletzt genannten Verbandes verdeutlicht Balluff, wie dessen Aktivität in die praktische Lebensgestaltung, zugleich aber in die alltägliche Realität der Klassen Erfahrung und des Klassenkampfes einbezogen ist. Neben dem Bestreben, die Arbeiterschaft dem kirchlichen Einfluß zu entziehen, widmete sich diese Organisation den folgenden Aufgaben: eine strikte Trennung von Schule und Kirche (Unterstützung der Freien Schulbewegung, Jugendweihe); Betreuung von Jugendlichen und deren Erholung (z. B. Kinderferientransporte nach Thüringen); Kampf für die Beseitigung des § 218 StGB, aktive Mitwirkung in der Frauenbewegung (z. B. durch Sexualaufklärung); Einsatz für die Feuerbestattung und den Bau eines Krematoriums.¹¹¹ Die Bezeichnung „Massenorganisation“ scheint in diesem Fall durchaus angebracht; denn die Mitgliederzahl all dieser Organisationen überstieg bei weitem die Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften. Sie erreichte fast die Zahl der Stimmen, die für die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD bei den Wahlen abgegeben wurden.

Auch die Gewerkschaftsbewegung — als die zweite Säule — entwickelt sich zunächst als genossenschaftliche Solidargemeinschaft, zentriert um das Arbeitsverhältnis und den Arbeitsplatz. Mit dem Wachstum der Mitgliederzahlen, der allmählichen Überwindung des Lokalismus, der Schaffung nationaler Berufsverbände und einer „Generalkommission“, mit den ersten Ansätzen von Industrieverbänden verallgemeinert und vereinheitlicht sich die gewerkschaftliche Arbeit und Organisation.¹¹² In seiner berühmten Rede vor dem Kieler Parteitag der SPD (1927) hat Rudolf Hilferding die These von der „Politisierung“ der Gewerkschaften als Element der Konzeption vom „organisierten Kapitalismus“ vorgetragen: „In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern führen um die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohns. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften selbst immer mehr andere Aufgaben, nicht mehr nur Beeinflussung des Staates auf sozialpolitischem Gebiet, sondern jetzt sind die beherrschenden Prinzipien in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kampf um die Betriebsdemokratie und der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie.“¹¹³ Diese Bemerkung enthält gravierende Fehltritte. So

110 R. Balluff (Schulze), Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Leverkusen in der Weimarer Republik, Diplomarbeit, Marburg 1979, S. 185 ff.

111 Ebd., S. 186.

112 Vgl. zu Diskussion dieser Tendenz F. Deppe, Autonomie und Integration, a. a. O.

113 Sozialdemokratischer Parteitag, 1927, Kiel, Protokoll, Berlin 1927, S. 165 ff., hier S. 171.

waren — wie zuvor gezeigt werden konnte — auch die frühen Gewerkschaften politischen Organisationen, die sich nicht nur um Lohn und Arbeitszeit kümmerten. Ebenso falsch ist die zugrunde gelegte These vom „politischen Lohn“, die gleichsam die Abkoppelung der Gewerkschaften von ihrer fundamentalen Aufgaben beinhaltet. Allerdings illustriert die Konzeption Hilferdings ein Problem, mit dem die Gewerkschaften seit dem Durchbruch zur Massenorganisation sowie mit der politischen Anerkennung ihrer Wirkungsmöglichkeiten konfrontiert sind. Sie müssen in ihrer praktischen Arbeit eine ständige Vermittlung zwischen der konkreten sozialökonomischen Interessenvertretung und ihren politischen Aufgaben und Möglichkeiten herstellen. Damit ergibt sich gleichzeitig die Aufgabe, den Stellenwert des gewerkschaftlichen Kampfes im Gesamtzusammenhang des Kampfes der Arbeiterbewegung zu definieren. Dabei gilt: ihre Fähigkeit zur Durchsetzung allgemein politischer Ziele hängt direkt von der Kraft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung an der „Basis“, am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Branche, ab. Wann immer diese Basis ihrer allgemeinen Macht zugunsten einer Inkorporierung in den Staat, zugunsten einer Lösung „von oben“ (und das ist der Kerngedanke der Hilferding'schen Argumentation) vernachlässigt oder sogar bewußt gebändigt wurde, mußten die Gewerkschaften dies in Perioden ökonomischer und politischer Krisen des kapitalistischen System mit Orientierungsverlust und Handlungsunfähigkeit bezahlen.¹¹⁴

Noch schärfer stellt sich dieses Problem der Vermittlungsarbeit für die politische Partei. Ihrer Politik ist — wie W. Streek in bezug auf die moderne Industriegewerkschaft formuliert — „das Resultat der Aggregation unterschiedlicher Teilinteressen und ihrer Transformation in ein einheitliches Gesamtinteresse, das gegenüber den in es eingegangenen Partikularinteressen in spezifischer Weise abgehoben ist“.¹¹⁵ Dabei wird proletarische Klassenerfahrung in doppelter Weise organisiert: Auf der einen Seite ist die Partei Ausdruck dieser Erfahrung, politisches Instrument, um die Massenerfahrung in die politische Auseinandersetzung zu übersetzen, um das politische Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern, kurzum: um Veränderungen bzw. die Aufhebung dieser Klassenerfahrung im Kampf um politische Macht herbeizuführen. Auf der anderen Seite wirkt die Partei durch ihre Propaganda, ihre Erziehungsarbeit, vor allem aber durch den politischen Kampf selbst (in dem der politisch-ideologische Apparat der herrschenden Klasse sie als den Hauptgegner identifiziert) auf diesen Erfahrungszusammenhang beständig

114 Vgl. dazu F. Deppe, Hätten die Gewerkschaften die Weimarer Republik retten können? (Korreferat), in: H. O. Vetter (Hrsg.), Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten, Köln 1980, S. 152 ff.

115 W. Streek, Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1979, S. 721 ff., hier S. 723.

zurück. Sie wird zu einem konstitutiven Element der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse, ihrer Handlungsfähigkeit; durch ihre Presse, ihre Versammlungen, ihre Kampagnen der Massenmobilisierung vermittelt sie zugleich allgemeines Wissen über den Charakter der herrschenden Gesellschaftsordnung und ihres Staates, der bürgerlichen Hegemonie, der Bedingungen und Ziele des Klassenkampfes. Ohne diese Fähigkeit, sich in den breitesten Massen zu verankern, sich mit den wirklichen Bewegungen der Arbeiterklasse zu verbinden, und: ohne die Fähigkeit zu führen, d. h. diese Komplexität der Erfahrungen und der Kampffelder im Hinblick auf die Veränderung des politischen Kräftefeldes der politischen Machtverhältnisse zu strukturieren, ohne diese Fähigkeit zu entwickeln, bleibt die Partei eine bedeutungslose Sekte. Allerdings wäre es eine reichlich idealistische Vorstellung, die Herstellung von Klasseneinheit als direktes Resultat der Konstitution der revolutionären Partei und der — über sie vermittelten — Anwendung der „richtigen“ Weltanschauung und Theorie auf die Praxis des Klassenkampfes anzusehen. Die Organisationen der Arbeiterbewegung wirken in einem fundamental fremdbestimmten Raum, in ihrem sozialökonomischen wie in ihrem politischen und ideologischen Kampf, in der Bewältigung des Lebensalltages ebenso wie im politischen Kampf, der auf die Eroberung der Staatsmacht zielt. Die Grenzen ihres Einflusses, die Widerstände gegen ihn, werden durch das System bürgerlicher Hegemonie und seine Funktionsweise bestimmt. Der „Prozeß der individuellen Durchsetzung . . . bürgerlicher Hegemonie“ umschließt daher nicht nur die Markierung „der von den Herrschenden zugestandenen Handlungsspielräume“, sondern zugleich — durch psychische Konfliktabwehr und -verarbeitung — deren Umformung in „negative Emotionen und Angst.“ „Bei der psychischen Konfliktabwehr gewinnt die Angst vor der realen oder antizipierten Existenzgefährdung die Oberhand und führt zunächst zur Handlungsunfähigkeit“. Soziale Integration, „individueller Opportunismus“ als Aufstiegsorientierung, Rückzug in die „Freizeit“ sind diejenigen Formen des Bewußtseins und Verhaltens, vermittle derer verhindert wird, „daß die Konfliktangst und Konfliktscheu durch eingehende kognitive und emotionale Durcharbeitung sowohl der objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen als auch der subjektiven Möglichkeiten insgesamt überwunden wird und somit eine positive emotionale Gesamtstimmung, also eine Handlungsbereitschaft zur Verwirklichung der erkannten Ziele entsteht“.¹¹⁶

Auf der anderen Seite reproduziert sich die bürgerliche Hegemonie eben durch den Staat, der „innerhalb einer Struktur mit verschiedenen Ebenen ungleich-

116 K. H. Braun, Subjektive Bedingungen politischen Handelns in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1980, S. 448 ff., hier S. 448—453.

zeitigen Entwicklungsstandes die besondere Funktion hat, Kohäsionsfaktor der verschiedenen Ebenen einer Gesellschaftsformation zu sein . . . In der Tat hat die politische Praxis entweder die Aufrechterhaltung der Einheit einer Gesellschaftsformation in einem ihrer Stadien oder einer ihrer Phasen zum Ergebnis . . . , oder die politische Praxis erzeugt Veränderungen, wobei sie sich den Staat als Ansatzpunkt zum Aufbrechen dieser Einheit zum Ziel nimmt, eben weil er deren Kohäsionsfaktor ist: in diesem Sinn kann der Staat auch anvisiert werden als Faktor, der eine neue Einheit und neue Produktionsverhältnisse herbeiführt.“¹¹⁷ Die organisierte Präsenz der Klassenbewegung in diesem politischen Raum, die „Verarbeitung“ und Synthetisierung partikularer Erfahrungen zu einem allgemeinen, politischen Willen, zu einer realen Kraft, ist daher ebenso notwendig wie ihre Verwurzelung in der Klasse und ihren alltäglichen Praxisformen. In dem um den Staat zentrierten politischen Feld kann sich die Partei jedoch nicht darauf beschränken, „Basisinteressen“ gleichsam von unten nach oben zu leiten. Da der bürgerliche Staat, seine Institutionen und Apparate, die Parteien etc. ihrerseits Formen darstellen, in denen konkurrierende bürgerliche Interessen synthetisiert und verallgemeinert werden, da auf dieser Ebene nicht nur die Zentren politischer Macht, sondern auch die Zentralen der ideologisch-politischen „Hegemonieapparate“ lokalisiert sind, wäre es — wie P. Togliatti einmal formuliert hat — ein schwerer Fehler, wenn sich die Politik der Partei darauf beschränken würde, die „Klassengegensätze starr und schematisch als politische Gegensätze“ aufzufassen.¹¹⁸ Sie hat sich vielmehr mit Klassenstrategien auseinanderzusetzen, die keineswegs in reiner Form sozialökonomische „Basisinteressen“ des Kapitals widerspiegeln. Deren endgültige Formulierung und Präsentation wird vielmehr durch einen Block fraktioneller Bündniskonstellationen (sei's innerhalb der Bourgeoisie, sei's zwischen Resten der Feudalklasse, der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum) gefiltert und durch die ideologischen Hegemonieapparate gleichsam „modelliert“. Erinnert sei nur an das Gebiet der Außenpolitik, auf dem diese Mechanismen besonders deutlich zur Geltung kommen. Im Konzept der Strategien der herrschenden Klassen wird sie oftmals zum zentralen Feld einer ideologisch-politischen Gegenmobilisierung gegen die Arbeiterbewegung.

In der Verknüpfung dieser beiden Pole des politischen Praxisfeldes, der individuellen wie der allgemein politischen Ebene des Kampfes um Hegemonie, liegt eben die Kunst oder die Wissenschaft der Führung, die sich die Arbeiterbewegung aneignen muß. Man findet diesen Gedanken durchgängig bei W. I.

117 N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, a. a. O., S. 43.

118 P. Togliatti, Die Bildung der führenden Gruppe der IKP in den Jahren 1923/1924, (1962), in: ders., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Frankfurt a. M. 1977, S. 17 ff., hier S. 25.

Lenin, für den das revolutionäre Wissen aus dem Gebiet der „Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung“, den „Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen“ geschöpft werden muß.¹¹⁹ Schärfer noch hat A. Gramsci die „Organizität“ in der Verbindung von Massen und Intellektuellen, von Alltagskultur, Leidenschaften und theoretischem Wissen als den Inhalt der Bildung eines „geschichtlichen Blockes“ hervorgehoben. Dabei begreift er die Partei, den „kollektiven Intellektuellen“ und „neuen Fürsten“ (*moderno Principe*), als die Mittlerin dieses Prozesses. So wird die Politik zu einer „autonomen Wissenschaft“, zu Führungswissen im Kampf um die Begründung eines neuen „kollektiven Willens“, der Hegemonie des Proletariats und der Schaffung eines neuen Staates.¹²⁰

Die relative Selbständigkeit der Partei ergibt sich aus diesen ihren Wirkungsbedingungen. Sie kann niemals allein Instrument der Widerspiegelung und Verlängerung des Komplexes spontaner, proletarischer Basisinteressen sein. Da sie unabdingbares Instrument der Synthetisierung dieser Interessen im Felde des politischen System der bürgerlichen Gesellschaft, in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Hegemonie ist, und da sie zugleich die proletarische Klassenpolitik nicht nur aus der direkten Klassenerfahrung, sondern aus der Gesamtheit der Wechselbeziehungen und Kampffronten der Klassen ableitet, kann nur über diese Organisation die Aneignung des notwendigen Wissens sowie dessen Verbindung mit der Klassenpraxis erfolgen. Daß ein solches politisches Konzept — wie Alf Lütke unterstellt — dazu führe, die „Interessen der Betroffenen . . . durch abstrakte Zugriffe (zu) enteigenen“¹²¹, erscheint kaum überzeugend; denn strategisches Handeln, einfacher gesagt: politisches Handeln ist stets nur in allgemeiner, gesellschaftlicher Form möglich und kann sich zugleich dem Determinationszusammenhang durch die materiellen und politisch-ideologischen Vergesellschaftungsformen der herrschenden Ordnung nicht entziehen. Strategisches Handeln als organisierte Kollektivität wird niemals — im Sinne einer rigiden stellvertretenden Repräsentanz — das Element der Alltagserfahrung und der Spontaneität, auch des kollektiven Handelns und der Aktion, ersetzen können.¹²² Der wesentliche Gesichtspunkt

119 W. I. Lenin, Was tun? in: ders., *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Berlin 1964, hier: Band 1, S. 139 ff., hier S. 211.

120 Vgl. zu Gramsci ausführlicher weiter unten.

121 A. Lütke, *Erfahrung von Industriearbeitern*, a. a. O., S. 500.

122 E. J. Hobsbawm, *Labouring Men*, a. a. O., S. 146, sieht die Bedeutung von „bodies of agitators, propagandists and organizers“ für die spontanen, sozialen Arbeiterbewegungen seit 1800 in folgendem: „The new leadership helped to give the ‚explosions‘ . . . a historic individuality . . . they helped to weld a mass of discrete local, regional and sectoral movements into a larger whole . . . they provided the larger unifying force of common aims and slogans“.

für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ist daher die Überwindung der Trennung, der Verselbständigung dieser Felder und Ebenen der Klassenwirklichkeit, die — wie wir gezeigt haben — eine relativ eigenständige und materiale Realität aufweisen und deshalb auch relativ selbständige Segmente proletarischer Klassenerfahrung konstituieren.

6. Kampfzyklen in der Geschichte der Arbeiterbewegung

„Man muß das Problem der Beziehungen zwischen Basis und Überbau exakt untersuchen und lösen, um zu einer richtigen Analyse der Kräfte zu gelangen, die in der Geschichte in einer bestimmten Periode operieren, und ihre Beziehungen untereinander bestimmen.“¹²³ Diese Bemerkung von A. Gramsci zur Analyse politischer Situationen reflektiert schon die Einsicht, daß sich jede Periode der Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenauseinandersetzungen durch eine spezifische Konstellation der politisch-ideologischen Kräfte auszeichnet, die ihrerseits auf einer bestimmten Konstellation der Beziehungen von Basis und Überbau („historischer Block“) beruht. Das Ausmaß der Spaltung, der sozialen, ideologischen und politischen Segmentierung in der Klasse, oder der Vereinheitlichung der Klassenerfahrung und der Klassenpraxis bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser jeweiligen Kräftekonstellation. Deren konkrete Analyse kann sich nicht auf die oberflächliche, bloß empirische Nachzeichnung dieser Spaltungsphänomene (politische Spaltung, gewerkschaftlicher Korporativismus, Spaltungen zwischen Organisierten und Nichtorganisierten usw.) beschränken. Ihre Erklärung verlangt in erster Linie, eine genaue Analyse des Zusammenhangs von bürgerlicher Hegemonie und Spaltungstendenzen vorzunehmen. Diese selbst kann wiederum nicht ohne den theoretischen Begriff der „Beziehungen von Basis und Überbau“, insbesondere aber ohne eine theoretische Konzeption des Zusammenhangs von ökonomischen und sozialen Strukturen, der klasseninternen Differenzierungen mit der widersprüchlichen Funktionsweise des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft erfolgen.

C. Mazauric sagt von der Französischen Revolution (1789), sie habe „den Bereich des ‚Politischen‘ ungeheuer ausgedehnt, auf breite Massen von vor allem jungen Individuen männlichen Geschlechts, für die Politik zu einer wesentlichen Dimension ihrer sozialen Praxis geworden ist“. Es ließe sich sogar behaupten, „daß die Französische Revolution, indem sie das Ancien Régime niederschlug, die Politik als objektive Realität erfunden hat, als unumgängli-

123 A. Gramsci, Quaderni del Carcere, Bd. 3, Torino 1975, S. 1579.

che Problematik, welche alle Mitglieder der nationalen Gemeinschaft anspricht, auch wenn nicht alle ihr antworten oder nicht alle in der Lage sind, dies zu tun“.¹²⁴ Soziale Praxis wird politisiert, indem soziale Massenbewegungen (Bauernbewegung, städtische Volksbewegungen, die „Revolutionen in der Revolution“) ineinsfallen mit einer schweren ökonomischen und politischen Krise des Ancien Régime, die diese Bewegungen — gleichsam als Explosion lange aufgestauter Unterdrückung von Bedürfnissen und Interessen — freisetzt. Auf diese Weise werden diese Bewegungen mit dem Sturz des Ancien Régime einbezogen in den Kampf um die politische Macht, um den Aufbau eines neuen Staates.¹²⁵ Sie verbinden sich daher mit intellektuellen Avantgardegruppen (vorwiegend von kleinbürgerlicher Herkunft), deren Aufgabe vor allem darin besteht, vermittels ihrer Ideologie (politische Programmatik), ihrer Organisation (Clubs) sowie der politischen und ideologischen Machtinstrumente, über die sie verfügen (z. B. Fraktion in der Konstituante, Sektionen in den Kommunen, Presse etc.) den Zusammenhang zwischen diesen sozialen Bewegungen und dem Ziel der Konstitution eines neuen Staates (damit verbunden: der Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution mit sozialen, politisch-militärischen und ideologischen Waffen) herzustellen — genauer gesagt: die soziale Bewegung und den politischen Kampf zu vereinen. Die Nation ist die politische Kategorie, in der sich dieser universelle Anspruch ebenso wie die „gelebte Geschichtlichkeit“¹²⁶ dieser Epoche artikuliert.

Für die marxistische Historiographie ist die Frage nach der Klassenbasis des „revolutionären Blocks“ (Mazaauric), nach der Beziehung zwischen den sozialökonomischen Triebkräften dieser Volksbewegungen und der objektiven Möglichkeit ihrer politischen Einheit (konzentriert im Staat), namentlich bei der Analyse des Jakobinerstaats, von zentraler Bedeutung. Die Jakobiner sind „weder der Interessenausdruck einer homogenen Klasse noch eine Organisation im modernen Sinn“.¹²⁷ Auch die Pariser Sansculotten, die „linke Mas-

124 C. Mazaauric, Einige neue Wege für eine politische Geschichte der französischen Revolution, in: E. Schmitt (Hrsg.), Die französische Revolution, Köln 1976, S. 88 ff., hier S. 111.

125 Dieses Problem untersucht T. Skocpol in ihrer historisch-vergleichenden Analyse dreier Revolutionen (Frankreich, Rußland, China): States and Social Revolutions, Cambridge 1979.

126 Henri Lefebvre charakterisiert so das „revolutionäre Klima“ des 19. Jahrhunderts: „In diesem Klima gelebter Geschichtlichkeit partizipieren die Menschen unmittelbar an der Geschichte. Sie ist für sie nicht äußerliches Objekt, noch weniger Schauspiel und Zeugnis. Individuen und Gruppen begreifen sich als Faktoren und Autoren von Geschichte . . . Die Ideologien und Ideen bieten sich ihnen nicht als Abstraktionen dar, sondern als Momente von Praxis selbst, deren Eingreifen und Wirken sie glauben verfolgen zu können“. Ders., La Proclamation de la Commune, Paris 1965, S. 100.

127 W. Markov, Grenzen des Jakobinerstaats, in: W. Krauss/H. Mayer (Hrsg.), Grundpositionen der französischen Aufklärung, Berlin (DDR) 1955, S. 211 ff., hier S. 215.

senbasis“ der Jakobiner seit Ende 1792, waren nach A. Soboul ein „Klassenkonglomerat . . . , das kein Klassenbewußtsein entwickeln (konnte) und ebenso wenig ein einheitliches soziales Programm; seine Bestrebungen mußten verschwommen und manchmal sogar in sich widersprüchlich bleiben“. ¹²⁸ Daß gerade die Unterschichten der städtischen Volksbewegung (Arbeiter, Tagelöhner, Dienstboten, die Armen) — aufgrund der fehlenden Möglichkeit, ihre Interessen als Klasseninteressen zu formulieren und eben darin das Prinzip einer revolutionären gesellschaftlichen Umwälzung zu wissen — sehr stark dem Einfluß traditionaler Ideologien unterlagen, erwähnt W. Markov: „Bewußtseinsverzüge lasten gerade auf diesen Elementen des vierten Standes; sie unterliegen infolgedessen einer intensiven Beeinflussung durch die Kirche, die Dorfsitte, die alter Herrschaft und — weniger der Absicht als der Wirkung nach — durch den täglichen Kontakt mit dem angrenzenden Kleinbürgertum. Generationenlage, hoffnungslos scheinende Ausweglosigkeit bei härtester Unterdrückung selbst der Gedanken erzeugt eine demoralisierende Apathie, die auch der Elan der Revolution nicht von einem Jahr zum andern aufbricht“. ¹²⁹ Diese inneren Widersprüche mußten in der politischen Praxis nach außen treten. Sie erschienen in einer von den „Ideologen“ betriebenen idealistischen „Überpolitisierung“. Revolutionäre Moral, ihre Symbolik, die neue Religion („Kult der Vernunft“), ja selbst Kriegsbegeisterung und Terreur waren Elemente einer über die Diktatur vermittelten Ethik, die das Konglomerat divergierender sozialer Interessen vereinheitlichen, im Kampf gegen die Konterrevolution immer von neuem zusammenschweißen mußte und schließlich die politischen Organisationsformen dieser disparaten Interessen ersetzen sollte. In der Situation der höchsten Bedrohung der Revolution konnte diese politische Vereinheitlichung in der Tat realisiert werden. Sie blieb jedoch notwendig von kurzer Dauer. Sie zerbrach, als die „rigide Struktur“ der Diktatur die „sozialen Abstufungen innerhalb der revolutionären Kräfte nicht berücksichtigte“, als die „Kräfte, die ihre eigenen Ziele, Organisationen und Formen demokratischer Praxis besaßen“, gewaltsam in die jakobinischen Strukturen integriert wurden. ¹³⁰

Die Arbeiterbewegung des frühen 19. Jahrhunderts hatte die Traditionen der Volksbewegungen in der französischen Revolution in sich aufgenommen. Sie begriff sich auch als Vollstreckerin jener Botschaft des Gacchus Babeuf, der die Revolution von 1789 als „Vorboten einer anderen, noch viel größeren, viel

128 A. Soboul, Französische Revolution und Volksbewegung: die Sansculotten, Frankfurt a. M. 1976, S. 87.

129 W. Markov, Grenzen des Jakobinerstaats, a. a. O., S. 226.

130 A. Soboul, Der revolutionäre Staat 1789—1796, in: IMSF (Hrsg.), Bürgerliche Revolutionen, Frankfurt a. M. 1979, S. 214 ff., hier S. 227.

feierlicheren Revolution“ bezeichnet hatte. Ihr Selbstbewußtsein gründete sich auf das Wissen, daß mit dem Wachstum der Arbeiterklasse „Klarheit“ in den Klassenverhältnissen geschaffen wurde, daß sie deshalb die Zielsetzung der Befreiung durch die soziale Revolution vom Zentrum der Gesellschaft, von der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums und von der Eigentumsfrage her, zu begründen vermochte. Zugleich war durch die Jakobinerdiktatur und ihr Scheitern nicht nur die Bedeutung der Organisation, sondern auch des Staates (in der Form der „Übergangsdiktatur“) für die Vereinheitlichung der Interessen und des Handelns derjenigen sozialen Kräfte erkannt, die als Subjekte der gesellschaftlichen und politischen Transformation agierten. Wo immer die kapitalistische Industrialisierung und damit die Herausarbeitung des Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital ein gewisses Niveau erreicht hatte, war die „soziale Frage“ objektive politische Realität geworden. E. J. Hobsbawm macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiterbewegung in England nach 1815 noch keine im strengen Sinn „proletarische Bewegung“, sondern „. . . eine gemeinsame Front aller Kräfte und Tendenzen (war), die die — vorwiegend städtischen — werktätigen Armen repräsentierte — . . . Das Neue an der Situation nach 1815 war, daß diese gemeinsame Front zunehmend gegen die liberale Mittelklasse und gegen Könige und Aristokraten gerichtet war. Das Programm und die Ideologie des Proletariats vermittelte ihre Einheit, obwohl die industrielle Arbeiterklasse, das Fabrikproletariat, noch kaum existierte und politisch viel weniger reif war als die anderen Sektionen der Masse der werktätigen Armen.“¹³¹

Betrachtet man die langen Kampfzyklen in der Geschichte der Klassenkämpfe (und die Konstitutionsperiode bildet zweifellos einen der ersten dieser Zyklen), so ist relativ leicht auszumachen, daß — wie der sowjetische Sozialpsychologe G. G. Diligenski formuliert — „die Fähigkeit einer Klasse, ihre Bedürfnisse in zielgerichtetem bewußten Handeln auszudrücken, . . . größtenteils von dem Maß der Entsprechungen zwischen ihrer spontan-psychologischen Entwicklung, in der sich die neuen Erfahrungen der Klasse widerspiegeln, und der Entwicklung der diese Erfahrungen verallgemeinernden Klassenideologie ab(hängt).“¹³² Diese Entsprechungen werden zunächst objektiv determiniert: durch Kapitalakkumulation und Produktivkraftentwicklung,

131 E. J. Hobsbawm, *The Age of Revolution*, London 1977, S. 258/259.

132 G. G. Diligenski, *Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 1978, S. 21. Die Kategorie „Klassenpsychologie“ scheint nicht ganz eindeutig. Diligenski will darunter die „gesellschaftlichen Erfahrungen“ verstanden wissen, „die von der Klasse gesammelt und in ihrer Psychologie widergespiegelt werden“ (S. 16.).

ihre regionale und sektorale Gliederung, durch Wachstum und innere Strukturveränderungen der Arbeiterklasse sowie durch die zyklische Bewegung der kapitalistischen Produktion (Erfahrung von Konjunktur und Krise). Außerdem werden sie durch das politisch-ideologische Herrschaftssystem beeinflusst: die Form des Staates, die herrschenden Ideologien, die hegemonialen Apparate, der Grad der politischen Organisierung der Interessen der herrschenden Klassen, die Hegemonie als Konstellation des Bündnisses von Kräften unter der Führung einer Klasse bzw. Klassenfraktion, die Rolle der Intellektuellen. Diese objektiven Bedingungen sind jedoch keineswegs statisch. Die Veränderung dieser „Entsprechungen“ hängt vor allem von der Entwicklung des Widerspruchscharakters der kapitalistischen Produktion, von Krisen, der erweiterten Reproduktion des Gegensatzes von Armut und Reichtum ab. Indem sich diese Gegensätze politisieren, d. h. Konflikte und Kämpfe an die Oberfläche treten, verändern sich zugleich die Klassenstrategien und damit die politisch-ideologische Kräftekonstellation.

Ein wesentliches Element bildet dabei die Klassenerfahrung, in der sich die Übersetzung dieser gesellschaftlichen Determinationszusammenhänge in die individuelle und alltägliche Erfahrung der Arbeiter vermittelt und hier verarbeitet wird. Nach Diligenski durchläuft die Klassenpsychologie in ihrer historischen Entwicklung die folgenden Hauptphasen:

- „1. Spontane Entwicklung von Bedürfnissen einer Klasse;
2. Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Bedürfnissen und Wertorientierungen und Zielen, die die früheren Erfahrungen einer Klasse und ihre ideologischen Traditionen spiegeln und die Entstehung von Widersprüchen im Prozeß dieser Wechselwirkung;
3. Die ‚Suche‘ nach neuen Werten und Zielen, die desto mehr Erfolg hat, je voller und konsequenter sich eine eigenständige Klassenideologie entwickelt und je aktiver diese gegen den Einfluß von Ideologien kämpft, die den fundamentalen Interessen der Klasse fremd sind.“¹³³

Es wäre jedoch ganz falsch, diese Phasen nur in ihrer historischen Kontinuität, gleichsam als naturwüchsigen Formierungsprozeß des Klassenbewußtseins, im Aufsteigen vom Konkreten zum Abstrakten, zu sehen. In jedem großen Kampfzyklus der Klasse bestehen sie nicht nur nebeneinander, wirken aufeinander ein und überlagern sich. Sie koexistieren auch mit Formen des bürgerlichen Bewußtseins in der Arbeiterklasse. Es ist gerade diese komplexe Struktur divergierender Bedürfnisse, Interessen, Bewußtseins- und Verhaltensorientierungen, die der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung zugrunde liegt.

133 Ebd., S. 27.

Es muß die Aufgabe konkret historischer Forschungen bleiben, diese Zyklen sowie die sich verändernde Dynamik in ihnen genau zu analysieren. Wir beschränken uns daher auf einige sehr vorläufige und allgemeine Bestimmungen.

In der Konstitutionsperiode des Kapitalismus sind die Lohnarbeiter den Wirkungen der Kapitalakkumulation und der Ausbeutung unmittelbar und schutzlos ausgeliefert. Ihr Lebensschicksal — beginnend mit der „Entwurzelung“ aus dem vorkapitalistischen Sozialmilieu, das noch weitgehend ihre Sozialorientierungen bestimmt — reflektiert direkt die Schwankungen der Produktion, die Mobilität des Kapitals, die Unterordnung der Arbeitskraft unter das Diktat der Maschine. Elend, Krankheit, miserable Wohnverhältnisse, geringe Bildung etc. bestimmen ihre alltägliche Klassenerfahrung. Dazu kommt, daß ihnen jedweder politische Einfluß verwehrt bleibt. Wann immer sie ihre Interessen offen artikulieren, sehen sie sich nicht nur der gesellschaftlichen Macht des Kapitals, sondern auch mit der außerökonomischen Gewalt der repressiven Staatsapparate konfrontiert. Schließlich lassen Umfang und innere Struktur der Klasse ein hohes Maß an sozialer Fragmentierung (der eine geringe Dichte der Kommunikation entspricht) erkennen. Der Grad an lokaler und regionaler Zersplitterung ist hoch und prägt zugleich die Netze der Kommunikation und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen und politischen Realität. Spontaneität ist unter diesen Voraussetzungen die dominante Triebkraft der Interessenartikulation. Wo der Druck der täglichen Lebensbewältigung als auswegloses Schicksal erscheint, wo in der alltäglichen Klassenerfahrung überhaupt keine Kraft wahrnehmbar wird, die ihrerseits als Potential einer Veränderung wirken könnte und zugleich die Möglichkeit eigener Aktivität aufzeigt, da wird Apathie und Resignation (verbunden mit kompensatorischen Formen der „Flucht“ und des individuellen Aufstiegs, von Alkohol- und Drogenkonsum bis zur religiösen Unterwerfung) weit verbreitet sein. Die Unerträglichkeit dieser Lebensweise, das Aufstauen von Verzweiflung, Wut und Aggressivität — der, wie E. Labrousse formuliert, „Massenfaktor der Leidens- und Elenderfahrung der Vielen“¹³⁴ — schlägt in die spontane Aktion, den Aufruhr, die Rebellion um, die sich mit Gewalt unmittelbar gegen jene Instanzen gesellschaftlicher Macht richtet, die als die Quelle des eigenen Elends wahrgenommen werden (der Fabrikant oder Verleger, der Wucherer, Steuereintreiber oder Polizist, oder schließlich: die Maschine selbst). Der Übergang von der Vereinzelung zur sozialen Identifikation, zur Herausbildung eines Gruppenbewußtseins und zur Solidarität (die schon gemeinsames

134 E. Labrousse, 1848, 1830, 1789. Wie Revolutionen entstehen, in: I. A. Hartig (Hrsg.), Geburt der bürgerlichen Gesellschaft: 1789, Frankfurt a. M. 1979, S. 67 ff., hier S. 78.

Handeln im Namen von Gruppenzielen und Gruppeninteressen einschließt¹³⁵) vollzieht sich weitgehend unorganisiert. Die Explosivität der Aktion, ihrer Formen, ihrer emotionalen Triebkräfte widerspiegelt so selbst noch die Dominanz einer höchst partikularisierten Klassenerfahrung. Das utopisch-eschatologische Moment, das diesen Bewegungen oftmals eignet, erscheint hier zunächst als die unmittelbare Befreiung von dieser unerträglichen Lebenserfahrung. Darüber hinaus verkörpert es in der Regel die durchweg widersprüchliche Kombination des Einflusses traditionaler Wertorientierungen mit der sozialistischen Programmatik von Führerpersönlichkeiten oder von Organisationen, die diese Bewegungen nicht „machen“, sondern in sie eintreten, um die Programmatik und die Ziele der Emanzipation der Arbeiterklasse gleichsam „von außen“ in sie hineinzutragen. Die Spaltung erscheint also hier vorab in der Besonderung von Organisationen und Klasse. Ihre Verbindung erfolgt meist im Klima der „direkten Aktion“ und unterliegt daher in hohem Maße den Schwankungen des spontanen Aktionismus. Damit diese Verbindung (sowohl der Einzelaktionen als auch der von Aktion und Programmatik) freilich eine gesamtgesellschaftliche, politische: eine nationale Dimension erreicht, dazu bedarf es in dieser Periode — wie E. Labrousse formuliert — der allgemeinen, außerökonomischen Gewalterfahrung: „Damit der Zündstoff, aus dem die Revolution hervorgeht, sich bilde, müssen andere Momente (als die Wirtschaftskrise) hinzutreten, vor allem muß die wirtschaftliche mit der politischen Krise zusammenfallen, einer politischen Krise, die sich in der Auflösung der Regierungsmacht, dem Zerfall der militärischen Macht, aber auch in der Erosion der parlamentarischen und Verwaltungsstruktur ausdrückt“.¹³⁶ Für den Übergang zum nächsten Kampfzyklus bedeuten diese Kämpfe, die Erfahrungen, die Teilsiege oder Niederlagen vermitteln, oftmals wichtige Weichenstellungen, die ihrerseits die Verarbeitung der neuen Stufe in der Entwicklung der Akkumulation und der Produktivkräfte, des Umfangs und der inneren Struktur der Klasse sowie der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen beeinflussen. Die Kämpfe selbst setzen die Einsicht in die Notwendigkeit der Organisation frei. In ihnen und in ihrer Deutung verdichtet sich gleichsam das Wissen wie die Handlungsorientierung der Organisation. An den großen Kämpfen jeder Epoche kristallisieren sich daher die frühen Erfahrungen einer Klasse und ihr ideologischer Traditionsbestand. Der „Durchbruch zur Massenorganisation“ vollzieht sich — wie wir gesehen haben — in der Folge sozialökonomischer und politisch-ideologischer Verän-

135 Vgl. diese Begriffe bei G. G. Diligenski, *Sozialpsychologie . . .*, a. a. O., S. 26.

136 E. Labrousse, 1848, 1830, 1789, a. a. O., S. 78.

derungen im Kapitalismus, die in die Periode des Übergangs zum Imperialismus fallen. Die tendenzielle Vereinheitlichung der Klasse durch die Wirkungen des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses vermittelt sich nicht nur über die großindustrielle Produktion sondern auch über ein soziales und politisches Klassenmilieu, dessen Erfahrungsstruktur, Kommunikationsnetze und Identifikationsmöglichkeiten die Verarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte prägen und daher wesentlich auf den Inhalt des proletarischen Klassenbewußtseins einwirken. Die proletarischen Organisationen und ihre Programmatik verstärken diese Vereinheitlichung insofern, als sie als Instanzen der allgemeinen Interessenwahrnehmung, aber auch vermittelt der Interpretation von Klassenerfahrung, der Verknüpfung mit den Zielen der sozialen Emanzipation, fungieren. Der Kampf, der diesen „Durchbruch“ herbeiführt, steht jedoch selbst noch im Zusammenhang von Veränderungen des politisch-ideologischen Herrschaftssystems, des bürgerlichen Hegemonietyps. Reformen, die zumindest einem Teil der Arbeiterklasse das Wahlrecht zugestehen, erste soziale Reformen auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch veränderte Strategien der herrschenden Klasse, die sich selbst Organisationen für die Wahrnehmung ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Interessen schafft, Konstellationen der Machtbildung, in denen die Monopolbourgeoisie eine hegemoniale Position einzunehmen beginnt und diese für die unmittelbare Beeinflussung des staatlichen Handelns zu nutzen beginnt, Strategien mit dem Ziel der Einbindung des Kleinbürgertums oder auch von Teilen der Arbeiterklasse in den „Block an der Macht“ — alle diese Elemente charakterisieren Veränderungen im Herrschaftssystem, die den „Durchbruch“ zur Massenorganisation begleiten und zugleich die Wechselwirkung zwischen dem Klassenkampf und der Entwicklung der Kräftekonstellationen, der politischen Strategien und des Hegemonietyps veranschaulichen. Der Konservative Hans Freyer hat später einmal vom „Hinkämpfen“ des Proletariats in das „System der industriellen Gesellschaft“ gesprochen. Die Arbeit an den Reformen im System, die eine tatsächliche Verbesserung der Lebensverhältnisse wie der politischen Einwirkungsmöglichkeiten verspricht, verselbständigt sich gegenüber der Perspektive der revolutionären Veränderung des Systems, dem Kampf für die Aufhebung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse und des Staates. Die Reformpolitik beginnt, eine eigene soziale und politische Logik zu entwickeln. Sie findet in der „Neutralität“ der Gewerkschaften, in der „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaften, in den ersten Formen bürgerlicher Bündnispolitik ihren Ausdruck, um schließlich in der theoretischen „Revision“ Eduard Bernsteins begründet zu werden, die in ihrem Kern auf die Revision der Marxschen Revolutionstheorie zielt.

Die Stärke des Reformismus liegt zweifellos in seiner „Basisorientierung“.¹³⁷ Gleichwohl bleibt die Erfahrung einer graduellen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aufs engste mit den Akkumulationsbedingungen des Kapitals verbunden, die z. B. eine schrittweise Erhöhung der Reallöhne sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit zulassen. Der Reformismus kann damit auch mit den Funktionen jenes Netzes proletarischer Einrichtung verschmelzen, die auf die Lebensbewältigung innerhalb der Klassengesellschaft zielen und die zugleich eine wesentliche Instanz zur Festigung der proletarischen Klassenidentität bilden. Sein Erfolg wird mit jedem Schritt identifiziert, der das Elend vermindert, das alltägliche Leben erleichtert, das Selbstgefühl und den Stolz der Arbeiter hebt. Hinzu kommt, daß solche Erfolge nicht gratis bewilligt, sondern im harten Kampf errungen werden müssen. Da in ihnen aber der Klassengegensatz offen zutage tritt, die Interessen der Arbeiter gegen den hartnäckigen und immer wieder auf staatliche Gewaltmittel zurückgreifenden Widerstand der Kapitalisten und des „Blocks an der Macht“ durchgesetzt werden müssen, kann und muß der Reformismus immer wieder auf eine revolutionäre Programmatik und Phraseologie zurückgreifen. Das heißt: Reformismus und revolutionäre „Endzielmythologie“, die ihrerseits zum Derivat einer theoretischen Objektivierung der Dialektik im Sinne einer quasi-naturgeschichtlichen Evolutionskonzeption geworden ist, können durchaus über längere Etappen des Kampfzyklus funktional koexistieren, ohne daß deren Widerspruch im Massenbewußtsein nachvollzogen wird. Diese Tendenz dürfte noch verstärkt werden, wenn der Abschluß des vorangehenden Kampfzyklus mit einer Periode harten Klassenkampfes zusammenfällt, dessen Traditionen maßgeblich das ideologische Selbstverständnis der Arbeiterbewegung prägen.

Diese Trennung von Reform und Revolution, von Tagesarbeit und „Endziel“, wirkt jedoch selbst als Spaltungspotential in die Arbeiterbewegung. Die Verselbständigung der verschiedenen Praxisfelder der Arbeiterbewegung („Arbeitsteilung“ von Ökonomie, Politik und Kultur), die in der Bewältigung der „hier und heute“ aufgeht, verwandelt sich in einen Faktor, der die instrumentelle Orientierung der Klassenindividuen zwangsläufig verstärkt. Damit wird im proletarischen Lebens- und Erfahrungszusammenhang zugleich jene Tendenz zur Partikularisierung gefördert, die wir zuvor als jene Form entdeckt haben, in der sich die bürgerliche Trennung von Ökonomie (Produktion/Reproduktion) und Politik auch in der proletarischen Lebensweise Geltung verschafft. Der reale Widerspruch zwischen individueller Lebensbewälti-

137 In diesem Sinne sah auch W. I. Lenin den Zusammenhang von Spontaneität und Ökonomismus bzw. „Trade-Unionismus“.

gung und kollektiver Einwirkung auf die Lebensumstände wird zugunsten einer Fragmentierung aufgelöst, die die Klassenerfahrung aus ihren gesamtgesellschaftlichen und -politischen Bezügen herausbricht und auf den Raum wie die Geschichtlichkeit der konkret erfahrbaren Lebensumstände reduziert.¹³⁸ Das Leben *in* der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird zur vorherrschenden Lebensperspektive. Das bedeutet nicht, daß die Erfahrung von Klassendichotomie, des „Oben“ und „Unten“, verschwunden sei. Das Klassenbewußtsein, das die eigene Lebenspraxis mit der Aufhebung dieser Spaltung verknüpft, weicht jedoch einem Bewußtsein der Gruppensolidarität, in dem diese Perspektive durch die stillschweigende Anerkennung der Klassenspaltung bei gleichzeitiger Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen verdrängt ist.¹³⁹ Dem kann durchaus eine relativ geschlossene Weltanschauung korrespondieren, in der sich diese „Seßhaftigkeit“ der „proletarischen Nationen“ in der „bürgerlichen Nation“ reflektiert.¹⁴⁰ Ihr Inhalt ergibt sich aus den Deutungsmustern des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens, die den Arbeitern durch ihre Organisationen, deren Presse und Propaganda, durch das Vorbild ihrer Führungspersonlichkeiten vorgegeben werden. Damit wird jedoch die Spaltung in einer vertikale Dimension gedreht: Die Trennung von Alltag und „großer Politik“ konkretisiert und institutionalisiert sich in der „Stellenvertreterpolitik“ der Organisationsspitzen der Gewerkschaften wie der Partei. Das Parlament ist dabei die zentrale Institution des politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft, über die diese Verselbständigung verstärkt wird.

Je mehr sich dieser Typ von Politik konsolidiert, sich auf materielle Erfolge zu berufen vermag und zugleich die Verschiebung der Kräftekonstellationen durch erste Schritte einer Bündnispolitik mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften in Gang setzt, um so mehr muß sich die Spaltung zwischen den besser gestellten Schichten der Arbeiterklasse, die von den Erfolgen des Sozialreformismus profitieren und daher seine Organisationsbasis bilden, und denjenigen Schichten der Arbeiterklasse vertiefen, die nicht nur materiell, sondern auch politisch außerhalb dieser relativ festgefügtten politischen Struktur stehen, die sich mit dem Durchbruch zur Massenorganisation etabliert. Diese Schichten werden kaum von jener Weltanschauung und jenen Verhal-

138 Vgl. zu diesen Formen der „Fragmentierung“ im Alltagsbewußtsein auch R. Hoggart. *The Uses of Literacy*, Harmondsworth 1968, bes. S. 194 ff.

139 In der „klassischen“ Untersuchung von H. Popitz u. a., *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957, wird dieser Orientierungstyp mit einem Gesellschaftsbild identifiziert, das die Dichotomie als „progressive Ordnung“ oder als unabwendbares, „kollektives Schicksal“ begreift (S. 197 ff.).

140 Vgl. dazu für England E. J. Hobsbawm, *Industrie und Empire*, I, Frankfurt a. M., S. 156 ff.

tensorientierungen durchdrungen, die aus dem Selbstbewußtsein der Organisation, der Proklamation des „ruhigen, aber unaufhaltsamen Vorwärtsschreitens“, das eiserne Disziplin und Unterordnung unter den politischen „Generalstab“ der Partei verlangt, abgeleitet sind. Vielmehr dominiert hier noch weitgehend jenes alte Muster der Spontaneität, das sich in Rebellion ebenso wie in Apathie und Resignation zu verwirklichen vermag. Das Eintreten dieser Schichten in den Klassenkampf wird so zu einem ganz entscheidenden Faktor, der die Strukturen und Kräftekonstellationen, die sich in diesem Kampfzyklus herausgebildet haben, in Frage stellt und deren Veränderung beschleunigt. Allerdings — und darin liegt die Differenz zur vorangegangenen Etappe — trifft diese Bewegung nun auf die bereits festgefügte Struktur eines politischen Systems der Arbeiterbewegung. Über die Krise eines Hegemonietyps, der bereits den Sozialreformismus zur Voraussetzung hat, wird damit eine politische Spaltungslinie produziert, die dann auch an der Oberfläche als die offene Konfrontation zwischen verschiedenen Tendenzen in der Arbeiterbewegung erscheint. Da jedoch diese Politisierung eingebettet ist in die Erfahrung großer politischer Kämpfe, löst sich die Spaltung von ihrer sozialen, fraktionellen Basis in der Arbeiterklasse selbst ab; denn jetzt beschränkt sich die Erfahrung nicht mehr auf das Klassenmilieu des Produktions- und Reproduktionsprozesses. Die Klasseninteressen und -gegensätze erscheinen vielmehr unmittelbar in der Wirklichkeit außerökonomischer Gewalt.

Natürlich lassen sich diese allgemeinen Hypothesen nicht bruchlos und schematisch auf die Entwicklung in den einzelnen, kapitalistischen Ländern und ihrer Arbeiterbewegungen übertragen. Gleichwohl soll mit den folgenden knappen Hinweisen verdeutlicht werden, daß sich trotz der je nationalen Besonderheiten in der Arbeiterbewegung immer auch allgemeine Strukturelemente dieses Kampfzyklus widerspiegeln und in den theoretisch-strategischen Debatten aufgegriffen werden.

In *England* steht dabei der Niedergang des Chartismus, der selbst noch durch die Niederlage radikal-demokratischer und sozialistischer Strömungen in den europäischen Revolutionen des Jahres 1848 beschleunigt wurde, im Vordergrund. Die massive Entpolitisierung der britischen Arbeiterklasse nach 1848 hat darüber hinaus den „glanzvollen Aufstieg“ des britischen Kapitalismus zur Grundlage. Die Arbeiterklasse ist — auch sozialökonomisch — gespalten in eine „politisch gemäßigte Arbeiteraristokratie, die bereit war, den Kapitalismus gutzuheißen, und in ein politisch einflußloses, da unorganisiertes und führerloses Proletariat, von dem keine Gefahr ausging“. ¹⁴¹ Die herrschenden Klassen verfolgten (auch unter dem Eindruck der chartistischen Kampftradi-

141 Ebd., S. 128.

tionen) eine Reformpolitik des sozialen Kompromisses, die — neben ersten sozialpolitischen Maßnahmen — auf eine Anerkennung der berufsständischen Facharbeitergewerkschaften zielte, die sich mehr und mehr auf die Regelung von Lohnfragen beschränkten, während sie die politische Interessenvertretung dem linken Flügel der bürgerlichen, liberalen Partei überließen.

Erste Ansätze zur Überwindung dieser Spaltung und des ihr korrespondierenden Hegemonietyps entwickelten sich in den achtziger Jahren mit dem — wie F. Engels formulierte — „Wiedererwachen des Londoner Ostends . . . Das Ostend hat seine starre Verzweiflung abgeschüttelt; es ist dem Leben wiedergegeben und ist die Heimat des ‚Neuen Unionismus‘ geworden, d. h. der Organisation der großen Masse ‚ungelernter‘ Arbeiter.“¹⁴² Auslösender Faktor dieser Bewegungen ist die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen dieser Arbeiterschichten, in der sich schon der Niedergang des englischen Industriemonopols auf dem Weltmarkt, vor allem aber die „Große Depression“ geltend macht. Die Krise der alten Gewerkschaftsstrukturen, in die sie hineinstoßen, geht einher mit einer „Verlagerung des Gravitationszentrums innerhalb der Arbeiteraristokratie von den alten, vor-industriellen Handwerkszweigen zu den neuen Metallindustrien“.¹⁴³ Zugleich hatte sich jedoch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in den englischen Industriezentren eine quasi-abgeschlossene, hoch integrierte proletarische „Lebenskultur“ herausgebildet (mit ihren Clubs, dem Sport und den Brass Bands), die ihrerseits stark als ein integrativer Faktor in der Klassengesellschaft, auch als Entpolitisierung der neuen sozialen Bewegungen an der Basis gewirkt haben dürfte. Die Netze der sozialen Kommunikation und Identifikation waren bereits so eng geknüpft, daß sie dazu beitrugen, eine — gewiß für die englischen Verhältnisse spezifische — Trennung von Alltag und Politik zu reproduzieren.¹⁴⁴

142 F. Engels, Lage der arbeitenden Klasse. Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892. MEW, 2, S. 637 ff., hier S. 648; vgl. diesen Text auch zur Spaltung der Arbeiterklasse sowie zur Kompromißstrategie der Bourgeoisie.

143 E. J. Hobsbawm, *Labouring Men*, a. a. O., S. 284; vgl. dazu auch die von E. J. Hobsbawm herausgegebene Dokumentation „*Labour's Turning Point*“ (1880—1900), London 1974.

144 Da Hobsbawm darauf hinweist, daß dieses Leben sich „tatsächlich bis in die 1950er Jahre hinein nicht mehr sonderlich veränderte“ (*Industrie und Empire*, I, a. a. O., S. 166), kann für die Beschreibung einer solchen „Arbeiterkommune“ verwiesen werden auf B. Jackson, *Working Class Community*, Harmondsworth 1972; ebenfalls M. Young/P. Willmott, *Family and Kinship in East London*, Harmondsworth 1962.

G. S. Jones zeigt in seiner Untersuchung von „Kultur und Politik der Arbeiterklasse in London 1870—1900“ (in: E. P. Thompson u. a., *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1979, S. 317 ff.), „daß sich die Kultur der Arbeiterklasse seit den 50 Jahren allmählich herausbildete, und daß sie sich im Grunde gegenüber allen fremden Versuchen, ihren Charakter oder ihre Richtung zu bestimmen, als resistent erwies. Aber es wurde auch gezeigt, daß im späten

Im *Deutschen Reich* vollzieht sich der „Durchbruch zur Massenorganisation“ später. Seine ökonomische Grundlage bildet der konjunkturelle Aufschwung sowie der Industrialisierungsschub nach dem Ende der „großen Depression“ in den 90er Jahren. Für das politische Selbstverständnis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wird jedoch — und hier in deutlichem Gegensatz zur englischen Entwicklung nach 1848 — entscheidend, daß sie sich im „Fegefeuer“ großer politischer Wendepunkte und Auseinandersetzungen konstituiert hat. Die Reichsgründung (1871) als die Bismarck'sche „Revolution von oben“ und vor allem die Periode des „Sozialistengesetzes“ (1878—1890), des „Heroenzeitalters“ des deutschen Sozialismus (F. Mehring), bestimmen zunächst das Selbstverständnis einer politischen Arbeiterbewegung, die sich gegen den spätabsolutistischen Obrigkeitsstaat behauptet und zur stärksten Oppositionskraft entwickelt. Diese Politisierung wird immer wieder durch die geringe Kompromißbereitschaft des „Blocks an der Macht“ erneuert, dessen feudal-junkerliche Fraktion zugleich die staatlichen Repressionsapparate beherrscht.

Da der Zusammenhang von Konstitution der Arbeiterbewegung und bürgerlicher Hegemonie, von Vereinheitlichungs- und Spaltungstendenzen in dieser Periode bereits ausführlich diskutiert wurde (vgl. w. o. die Abschnitte 5. und 6.), können wir uns hier darauf beschränken, einige Aspekte der theoretisch-strategischen Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und revolutionären Marxisten zu pointieren, die sich wesentlich auf die hier zu behandelnde Problematik beziehen. In der programmatischen „Revisions“-schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1898) ist Eduard Bernstein u. a. der Frage „Wer ist das moderne Proletariat?“ nachgegangen.¹⁴⁵ Er konzediert, daß die Proletarier, „solange die jetzigen Eigentumsverhältnisse bestehen, mehr gemeinsame oder doch wenigstens gleichartige als gegensätzliche Interessen haben“. Für entscheidend hält er jedoch

19. Jahrhundert diese Resistenz nicht länger einen Klassenkampf widerspiegelte. Denn die bedeutendste Entwicklung im Leben der Arbeiterklasse der späten viktorianischen und der edwardischen Ära in London waren der Rückgang des Handwerkeradikalismus, die marginale Wirkung der Sozialisten, die, freilich meist passive, Billigung des Imperialismus und der Krone sowie die Auflösung der politischen Bildungsinteressen durch einen Lebensstil, der rund um die Kneipe, die Rennbahn und die Music Hall konzentriert war. Insgesamt war die Abschottung dieser Kultur gegenüber den oberen Klassen für diese weder bedrohlich und subversiv, sondern konservativ und defensiv“. (S. 343). Vgl. dazu auch R. Gray, *Bourgeois Hegemony in Victorian Britain*, in: J. Bloomfield (Ed.), *The Communist University of London. Papers on class, hegemony and party*, London 1977, S. 73 ff.

145 E. Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, (1898), Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 135 ff. Die im Text folgenden Zitate sind diesem Abschnitt entnommen.

den Tatbestand, „daß die moderne Lohnarbeiterschaft nicht die gleichgear-tete, in Bezug auf Eigentum, Familie usw. gleich ungebundene Masse sei, die das ‚Kommunistische Manifest‘ voraussieht, daß sich gerade in den vorge-schrittensten Fabrikindustrien eine ganze Hierarchie differenzierter Arbeiter findet, zwischen deren Gruppen nur ein mäßiges Solidaritätsgefühl bestehe“. Die Gewerkschaftsbewegung ist ihm (nicht nur in England, sondern auch in Deutschland) Ausdruck dieser Differenzierung; denn: „Es kann gar nicht anders ein, als daß wesentliche Unterschiede in Beschäftigungsweise und Ein-kommenshöhe schließlich auch andere Lebensführung und andere Lebensan-sprüche erzeugen“. Wiederum räumt er ein, daß die durch den Kampf er-zehrte Erfahrung der gemeinsamen Klassenlage gegenüber dem Kapital „eine lebhaft gegenseitige Sympathie“ zu erzeugen vermag, um dann jedoch — mit dem Blick auf jene Lohnarbeitergruppen, die nicht Industriearbeiter sind — zu warnen: „Überhaupt ist nichts irreführender, als aufgrund einer gewissen formellen Ähnlichkeit der Situation auf eine wirkliche Gleichartigkeit des Ver-haltens zu folgern“.

Bernstein betrachtet es nicht als Aufgabe der Sozialdemokratie, auf eine sol-che „Gleichartigkeit des Verhaltens“ — schon gar nicht als revolutionäres Verhalten — hinzuwirken. Die Vielfalt der Organisationen der Arbeiterbewe-gung und ihrer Praxisfelder ist ihm schon Ausdruck einer „zivilisatorischen Tendenz“ in der modernen Gesellschaft, in der — auf der Grundlage der poli-tischen Demokratie — „die negativen (zerstörenden, F. D.) Aufgaben der poli-tischen Aktion zurücktreten hinter den positiven (aufbauenden, F. D.)“.¹⁴⁶ „Organisation und Gesetz“ sind die Mittel des sozialen Fortschritts der „or-ganisch schaffenden Revolution“.¹⁴⁷

Rosa Luxemburg hingegen verknüpft immer wieder die Betrachtung der sozia-len und politischen Spaltung der Arbeiterklasse mit der Bedeutung der revolu-tionären Massenaktion für die Herstellung der Klasseneinheit. So unterscheidet sie zwischen dem „normalen Gang“ der kapitalistischen Entwicklung und der „revolutionären Situation“, in der sich — über spontane Massenaktionen — die Einheit der Klasse politisch konstituiert — und: in der sich zugleich praktisch die Frage entscheidet, ob die Partei über die Fähigkeit verfügt, revolu-tionäre „Vorhut“ der Arbeiterklasse zu sein. Den Reformisten in Partei und Gewerkschaft wirft sie vor, daß sie den „ruhigen Gang“ verabsolutieren und damit letztlich die revolutionäre Perspektive des Klassenkampfes liquidieren. Am Beispiel der Massenstreikbewegung in der russischen Revolution von 1905 will sie zeigen, wie in ihr die Einheit von ökonomischem und politischem

146 Ebd., S. 251.

147 Ebd., S. 273.

Kampf und die Einheit der Arbeiterklasse als historisches Subjekt sich herstellt hat. „Um aber irgendeine direkte politische Aktion als Masse auszuführen, muß das Proletariat erst aus Fabriken, Werkstätten, aus Schächten und Hütten heraustreten, muß es die Pluverisierung und Zerbröckelung in den Einzelwerkstätten überwinden, zu der es im täglichen Joch des Kapitals verurteilt ist“.¹⁴⁸

Den Führungsanspruch der reformistischen Gewerkschafter weist sie mit dem Hinweis zurück, daß diese — wie in England — nur eine „Minderheit der besser situierten Schichten des Proletariats zu organisieren“ vermögen: „Die Verhältnisse, die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des bürgerlichen Staates bringen es aber mit sich, daß bei dem ‚normalen‘ Verlauf der Dinge, ohne stürmische Klassenkämpfe, bestimmte Schichten — und zwar gerade das Gros, die tiefstehenden, die vom Kapital und vom Staate am meisten gedrückten Schichten des Proletariats — eben gar nicht organisiert werden können“.¹⁴⁹ Auch für Deutschland verschiebt sich daher das Bild, „wenn wir den Blick von der Tabelle der gewerkschaftlich organisierten Industrie- und Handwerksbranchen auf jene großen Gruppen des Proletariats richten, die ganz außerhalb des gewerkschaftlichen Kampfes stehen . . .“¹⁵⁰ Sie meint damit u. a. die Bergarbeiter, die Textilarbeiter, die Heimarbeiter, die Eisenbahn- und Postangestellten und vor allem das Landproletariat. Deren Eintritt in den Klassenkampf wird — so die Überzeugung von R. Luxemburg — zu einer grundlegenden Veränderung der politisch-ideologischen Kräftekonstellationen, auch und vor allem in der Arbeiterbewegung, führen. Die „steife, mechanisch-bürokratische Auffassung“, die den „Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten“ läßt¹⁵¹, erscheint ihr als Ausdruck der Erstarrung und der tiefgreifenden Spaltung in der Arbeiterbewegung. Die Überwindung der korporativistischen Gruppeninteressen relativ privilegierter Arbeiterschichten, die die Gewerkschaften zu dieser Zeit repräsentieren, kann nur in der realhistorischen Dialektik politischer Massenkämpfe erfolgen.

Antonio Gramsci hat die Geschichte *Italiens* seit dem „Risorgimento“ immer wieder im Hinblick auf die politischen „Blockbildungen“ sowie die Verschiebungen in den Kräftekonstellationen und Klassenstrategien analysiert. Dabei ging es ihm in erster Linie um die Frage nach einer revolutionären Politik des Proletariats, die ihrerseits den spezifischen Bedingungen und Traditionen Ita-

148 R. Luxemburg, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906), in: dies., *Politische Schriften*, I, hrsgg. v. O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien 1966, S. 135 ff., hier S. 201.

149 Ebd., S. 193.

150 Ebd., S. 190.

151 Ebd., S. 194.

liens Rechnung trug. In dem Manuskript „Die Süditalienische Frage“ (1926) charakterisiert er die Veränderung in der politischen Strategie der herrschenden Klasse, die sowohl auf die Konstitution der sozialistischen Arbeiterbewegung als auch auf die Notwendigkeit einer forcierten Akkumulation in der Periode des Übergangs zum Imperialismus reagierte, wie folgt: „Im neuen Jahrhundert leitete die herrschende Klasse eine neue Politik ein, eine Politik der Klassenbündnisse, der politischen Blockbildungen unter den Klassen, das heißt, die Politik der bürgerlichen Demokratie. Sie hatte die Wahl: entweder eine auf das flache Land orientierte Demokratie, das heißt, ein Bündnis mit den Bauern des Südens, eine Politik der Zollfreiheit, des allgemeinen Wahlrechts, der Dezentralisierung der Verwaltung, der niedrigen Preise für Industrieprodukte, oder einen Industrieblock der Kapitalisten und der Arbeiterklasse, ohne allgemeines Wahlrecht, mit Schutzzöllen, mit Beibehaltung der Zentralisation des Staates (was die Herrschaft der Bourgeoisie über die Bauern, speziell im Süden und auf den Inseln ausdrückte), mit einer Politik der Reformen in Bezug auf die Löhne und die gewerkschaftlichen Freiheiten. Sie entschied sich nicht zufällig für diese zweite Lösung; Giolitti verkörpert die Herrschaft der Bourgeoisie, die Sozialistische Partei wurde zum Instrument seiner Politik“.¹⁵² Die spontane Gegenbewegung in der Arbeiterklasse gegen diese Politik sah Gramsci im Syndikalismus, „der der instinktive, elementare, primitive, aber gesunde Ausdruck der Reaktion der Arbeiterschaft gegen den Block mit der Bourgeoisie und für einen Block mit den Bauern, in erster Linie mit den Bauern des Südens, ist“.¹⁵³ Die Stabilisierung des „korporativen Reformismus“, des „Klassenzünftertums“, erscheint Gramsci als eine wesentliche Bedingung bürgerlicher Hegemonie, die die innere Spaltung in der Arbeiterklasse sowie die zwischen Arbeitern und Bauern zu ihren Gunsten instrumentalisiert: das Industrieproletariat „würde den Massen der ärmsten Arbeiter als privilegiert und den Bauern als ein Ausbeuter vom gleichen Schlage wie die Bourgeoisie erscheinen, weil die Bourgeoisie, wie sie es immer getan hat, den Bauernmassen die privilegierten Arbeitergruppen als die einzige Ursache ihrer Leiden und ihres Elends darstellen würde.“¹⁵⁴

Damit das Proletariat zur hegemonialen Kraft werden kann, — so der Leitgedanke, der das gesamte Werk von Gramsci durchzieht — „muß es alle zünftlerischen Überreste, alle Vorurteile oder Einschläge syndikalistischer Art abstreifen . . . Der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter usw. müssen nicht mehr nur als Proletarier, als Metallarbeiter, als Holzarbeiter, als

152 A. Gramsci, Die süditalienische Frage, Berlin (DDR) 1955, S. 16.

153 Ebd.

154 Ebd., S. 19.

Bauarbeiter usw. denken, sondern sie müssen noch einen Schritt weitergehen. Sie müssen als Mitglieder einer Klasse denken, die die Bauern und die Intellektuellen führen will, einer Klasse, die nur dann siegen und den Sozialismus aufbauen kann, wenn die große Mehrheit dieser sozialen Schichten sie unterstützt und ihr folgt. Wenn das nicht erreicht wird, wird das Proletariat nicht die führende Klasse und diese Schichten, die in Italien die Mehrheit der Bevölkerung bilden, bleiben unter bürgerlicher Führung und ermöglichen es dem Staat, dem Ansturm des Proletariats standzuhalten und ihn zu brechen“.¹⁵⁵ Später notiert er als die beiden wichtigsten Punkte seines Arbeitsprogramms: „Formierung eines nationalen, kollektiven Volkswillens, dessen Organisator und zugleich aktiver, wirkender Ausdruck der moderne ‚Fürst‘ (i. e., die Partei, F. D.) ist, sowie die intellektuelle und moralische Reform“.¹⁵⁶ Alle Überlegungen Gramsci's — ob zur Basis-Überbau-Problematik, zur Staatstheorie, zur Intellektuellenfrage oder schließlich zur Frage der Hegemonie — kreisen um diesen Fixpunkt seiner politischen Theorie, die Karin Priester wie folgt zusammenfaßt: „Die Ausbildung hegemonialer Kompetenz setzt die Überwindung eines partikularistischen und korporativen (aus den materiellen Lebensbedingungen direkt ableitbaren) Bewußtseins und die Entwicklung eines universalen, politischen Bewußtseins voraus, das nicht direkt aus der Basis ableitbar ist. Mit anderen Worten: Die ökonomische Problematik . . . muß in eine politische Fragestellung übersetzt werden. Das eigentliche Problem liegt also in einer genauen Analyse des Übergangs von der ökonomisch-korporativen (oder auch: egoistisch-leidenschaftlichen) Phase in die universalistisch-politische (oder auch ethisch-politische) Phase, von der Basis (Ökonomie) zum Überbau (Staat)“.¹⁵⁷

Gramsci hat wie kaum ein anderer marxistischer Politiker und Theoretiker seiner Zeit das Problem der Einheit der Arbeiterbewegung „von oben“, d. h. als politisches Problem angesehen (was nicht ausschließt, daß er wie kaum ein anderer die „konkrete Analyse der konkreten Situation“ sowie eine außergewöhnliche Sensibilität für die „Alltagsformen des Bewußtseins“ entwickelt hat). Führungsfähigkeit heißt für ihn: Überwindung des Partikularismus und Ökonomismus, den er — wie R. Luxemburg und W. I. Lenin — in den klassischen Facharbeitergewerkschaften verkörpert sieht; Herstellung der Einheit der Klasse und von Klassenbündnissen, die auf den Staat bezogen ist. So greift er die „Gründung einer herrschenden Klasse“ als die „eines Staates“

155 Ebd., S. 14/15.

156 A. Gramsci, *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Frankfurt a. M. 1980, S. 256.

157 K. Priester, *Die Bedeutung von Gramsci's „erweitertem Staatsbegriff“*, in: *Eurokommunismus und Theorie der Politik*, Argument-Sonderband, 44, Westberlin 1979, S. 30 ff., hier S. 34.

und den Marxismus als die „Theorie einer Klasse, . . . die zum Staat werden sollte“.¹⁵⁸

7. Sozialökonomische und politische Spaltung nach dem Ersten Weltkrieg

Die Kritik der revolutionären Linken (R. Luxemburg, W. I. Lenin, A. Gramsci u. a.) gegenüber den vor 1914 in der II. Internationale vorherrschenden reformistischen Positionen antizipiert schon einige der wesentlichen Veränderungen, die zum folgenden Kampfzyklus überleiten. Der synchrone Aufschwung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Hauptländern etwa seit 1910/11 ist bereits Ausdruck der sich in und zwischen diesen Ländern zuspitzenden sozialökonomischen und politischen Auseinandersetzungen.¹⁵⁹ Es beginnt nun eine „lange Welle“ des verlangsamten ökonomischen Wachstums, die bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges andauert, endgültig jedoch erst durch den langen Aufschwung nach 1948 abgelöst wird.¹⁶⁰ Die Krise der Kapitalverwertung, die in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 zu einem tiefen Einschnitt in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung führt, bildet die materielle Basis einer strukturellen Krise der bürgerlichen Gesellschaft, die im politischen Raum in einer gesteigerten inneren und äußeren Aggressivität sowie in einem fundamentalen Wandel der Klassenstrategien und der diese legitimierenden Ideologien erscheint.

Die Erfahrung von Instabilität und Gewalt, von ökonomischen Krisen und Kriegen und Revolutionen wird zur Massen- und Alltagserfahrung. Sie konstituiert damit auch eine neue Verbindung von Ökonomie und Politik, die sich nicht nur in der intervenierenden Rolle des Staates, der universellen Politisierung ökonomischer und sozialer Probleme, sondern vor allem auch in den Veränderungen in der alltäglichen Lebensbewältigung der Menschen (z. B. durch die Teilhabe an Krieg und Revolution) durchsetzt. Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft spitzt sich — mit unterschiedlicher Intensität in den verschiedenen Ländern — zur politischen Krise zu, in der sich die ökonomischen und politischen Widersprüche verdichten. Nach J. Hirsch entsteht sie dann, „wenn aufgrund der strukturellen Widersprüche des bürgerlichen Herrschaftsapparates die ideologische Integration der Massen zusammenzubrechen

158 A. Gramsci, Zu Politik . . . , a. a. O., S. 221; vgl. dazu auch L. Gruppi, La teoria del partito rivoluzionario, a. a. O., S. 100 ff.

159 Besonders scharf hatte K. Kaustky in seiner Schrift „Der Weg zur Macht“ (1909) den Übergang zu einem neuen Kampfzyklus analysiert.

160 Vgl. dazu E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1972, S. 102 ff.

droht und/oder die Herstellung des ‚Kompromißgleichgewichtes‘ des Blocks an der Macht nicht mehr gelingt, d. h. hegemoniale Fraktionskämpfe offen ausbrechen“.¹⁶¹ Der Zerfall des alten hegemonialen Blocks unter dem Druck von proletarischen Massenbewegungen, die Umgruppierung der politischen Kräfte und Bündnisse sowie die Auseinandersetzungen um den Aufbau eines neuen, „integralen Staates“ (Gramsci) charakterisieren eine solche politische Krise, die in eine revolutionäre Situation übergeht.¹⁶² Auf jeden Fall sind alle diese Veränderungen „überdeterminiert“ durch die welthistorische Zäsur der russischen Oktoberrevolution (1917), die eine revolutionäre Epoche einleitet, in der die „imperialistische Kette“ zerrißt, die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus letztlich zur Systemauseinandersetzung wird, die ihrerseits ins Zentrum der politischen Strategie aller sozialen Kräfte und der ideologischen Spaltungsprozesse in der Arbeiterbewegung rückt.

Im politischen Raum kommen diese strukturellen Widersprüche, die mit der allgemeinen Krise der bürgerlichen Gesellschaft verbunden sind, zunächst in einer qualitativen Verschiebung der Kräftekonstellationen zum Vorschein. Die Umgruppierung der Klassenkräfte vollzieht sich im Versuch neuer „Blockbildungen“. Fundierung einer neuen Hegemonie bedarf der Erweiterung der Herrschaft über den engen Rahmen der eigenen Klassenbasis hinaus. Die Differenzierungslinien in der Auseinandersetzung um die Schaffung eines neuen „Blocks“, der zur Hegemonie fähig ist, verlaufen jedoch nicht eindeutig zwischen den Klassen, sondern gleichsam quer durch die gesellschaftlichen Hauptklassen (Bourgeoisie — Arbeiterklasse) und das Kleinbürgertum (mit den beiden Hauptfraktionen des städtischen und des ländlichen Kleinbürger-

161 J. Hirsch, Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, 8/9, Frankfurt a. M., 1976, S. 99 ff., hier S. 142.

162 W. I. Lenin (Der „linke Radikalismus“ . . . in: K. Marx u. a., Über die Partei der Arbeiterklasse, a. a. O., S. 307 ff., hier S. 328) bestimmt die „revolutionäre Situation“ wie folgt: „Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Avantgarde der revolutionären Kräfte überzeugt haben, sondern außerdem auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt, ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft, so gruppiert sind, daß die Entscheidungsschlacht bereits vollauf herangereift ist, nämlich daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, genügend untereinander in Fehde liegen, sich durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt haben; daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, sich vor dem Volke genügend entlarvt haben, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend bloßgestellt sind; daß 3. im Proletariat die Massenstimmung zugunsten der entschiedensten, grenzenlos kühnen, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie begonnen hat und machtvoll ansteigt. Ist das der Fall, dann ist die Zeit für die Revolution reif . . .“.

tums). Ohne daß schon im einzelnen die sozialökonomischen Interessenkonstellationen genannt sind, die in diesen Strategien einer klassenübergreifenden Blockbildung zum Ausdruck kommen, kann schon an dieser Stelle angedeutet werden, daß Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung mit diesen Reorganisationsprozessen des politischen Herrschaftssystems aufs engste verbunden sind.

In den Blockbildungen realisiert sich mithin die politische „Übersetzung“ von allgemeinen Klasseninteressen und deren Differenzierung. Sie repräsentieren den jeweiligen Versuch der Lösung der Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Dabei formulieren sie strategische Antworten auf die Krise des Staates und der bislang dominanten Ideologien, auf die Krise der Kapitalverwertung, auf den Klassenkampf und den wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung und schließlich auf die Krise im System der internationalen Beziehungen. Die Spaltung der bürgerlichen Interessen erscheint im sozialliberalen, im konservativen und im „faschistischen Block“. Der Sozialliberalismus konstituiert sich als Bündnis von reformistischer Arbeiterbewegung und einem Teil der bürgerlichen Kräfte, die dessen wesentlichen Zweck in der Verhinderung der sozialen Revolution sehen.¹⁶³ Der rechte Flügel der Arbeiterbewegung (d. h., Spitzenvertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie) wird „gouvernementalisiert.“ Seine Repräsentanten treten in Koalitionsregierungen ein, deren Massenbasis vorwiegend Teile der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums bilden. Der konservative Block entsteht aus einem Bündnis bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte, die eine parlamentarische Mehrheit erringen — er schließt die Arbeiterbewegung, auch deren sozialintegrationistischen Flügel, aus und versteht sich als Verteidiger der bürgerlichen Ordnung gegen den „Ansturm des Bolschewismus“ (z. B. im Frankreich der 20er Jahre). Der „faschistische Block“ dagegen zeichnet sich durch die Fähigkeit aus, alle reaktionären Kräfte zu vereinigen und eine vorwiegend kleinbürgerliche und bäuerliche Massenbasis zu mobilisieren. Er gruppiert sich um das Programm der Rettung der kapitalistischen Eigentumsordnung durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, namentlich ihres revolutionären Flügels. Die Krise des bürgerlichen Systems, der Desintegrationsprozeß jenes Typs bürgerlicher Hegemonie, der dem Konkurrenzkapitalismus entspricht, soll im Zeitalter des Monopolkapitalismus und der proletarischen Revolution durch die Etablierung des „totalen Staates“ in der Form einer terroristischen Diktatur, also auch durch die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie sowie durch den Kampf

163 Zum Begriff „Sozialliberalismus“ vgl. R. Opitz, *Der deutsche Sozialliberalismus 1917—1933*, Köln 1973; G. Füllberth/J. Harrer, *Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933*, Darmstadt und Neuwied 1974.

gegen die traditionellen Ideologien des Liberalismus überwunden werden, um auf diese Weise die Einheit der Bourgeoisie auch mit Gewalt herzustellen. Daran wird schon deutlich, daß die Formierung des „faschistischen Blocks“ die brutalste politische Form darstellt, in der sich das bürgerliche Interesse der Abwehr des „sozialrevolutionären Blocks“ artikuliert. Dieser wiederum gruppiert sich um den revolutionären Teil der Arbeiterklasse und dessen Organisationen. Sein Bildungsprozeß ist sowohl mit der politischen Krise des alten, bürgerlichen Hegemonietyps als auch mit der Krise der Hegemonie des Sozialreformismus in der Arbeiterbewegung verbunden. In seiner Strategie verfolgt er das Ziel, einen „Block der Subalternen“ (Gramsci) zu schaffen, in dem die Arbeiterklasse die Fähigkeit zur Führung anderer Klassen und Schichten (vor allem der armen Bauernmassen, von Teilen des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz) entwickelt. Die Gewinnung der Mehrheit wird so selbst zu einem Moment der revolutionären Massenaktion. Deren erstes Ziel ist die Eroberung der Staatsmacht, die Etablierung eines neuen Staatstyps, der als Hebel für die Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse dienen soll.

Es bleibt Aufgabe der konkret-historischen Analyse, die jeweiligen Bedingungen und Formen der „Blockbildung“ im gesamten Feld der gesellschaftlichen und politischen Klassenbeziehungen genau zu bestimmen. Die Frontverschiebungen zwischen den Blöcken lassen sich kaum nach Maßgabe allgemeiner Gesetzesmäßigkeiten fixieren. In ihnen reflektieren sich die „Sprünge“ in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ebenso wie die je nationalen Besonderheiten und Traditionen. Der Erste Weltkrieg wirkte zunächst als der große Katalysator eines Politisierungs- und Radikalisierungsprozesses in der Arbeiterklasse. Die Kriegsbegeisterung, die noch das Bild der Augusttage des Jahres 1914 zu bestimmen schien, wich — spätestens ab 1916 — einer wachsenden Friedenssehnsucht und Anti-Kriegsstimmung. Darüber hinaus „schuf der Krieg für die Arbeiterklasse eine Knappheits-, Verelendungs- und Ausbeutungssituation, wie sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr existiert hatte“. ¹⁶⁴ Die Erfahrung der direkten, politischen Gewaltverhältnisse des Krieges sowie der „Bedingungen feudal geprägter Ungleichheit an der Front“ ¹⁶⁵, der Protest gegen den Hunger und die sichtbare Bereicherung der herrschenden Klassen im Krieg schuf die Voraussetzungen dafür, daß die Propaganda der — zunächst aus einer extremen Minderheitsposition operierenden — linken Opposition in der Arbeiterbewegung, die den Krieg als imperia-

164 Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus, mit Beiträgen von H. Drüke u. a., Hamburg 1980, S. 102.

165 U. Stolle, Arbeiterpolitik im Betrieb, Frankfurt a. M./New York 1980, S. 243.

listische Auseinandersetzung charakterisierte, die für die Beendigung des Krieges und zugleich für eine Transformation der Anti-Kriegsbewegung in eine Kraft der politischen und sozialen Veränderungen „im eigenen Lande“ eintrat, mehr und mehr auf fruchtbaren Boden fiel. Diese Bewegung beschleunigte den Zusammenbruch des alten Hegemonietyps, zumal in solchen Ländern, in denen durch die militärische Niederlage bzw. durch schwere sozialökonomische und politische Krisenerscheinungen im Gefolge des Krieges die Handlungsunfähigkeit sowie die fehlende Integrationskraft der traditionellen Herrschaftsstrukturen und -ideologien offenbar wurde. Dazu kam, daß in den meisten am Krieg beteiligten Ländern die reformistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung mit Staat und Kapital, vor allem auch mit der militärischen Führung, (im Deutschen Reich z. B. bis zum bitteren Ende im Jahre 1918) zusammengearbeitet hatten. Durch den Aufschwung der Massenbewegungen, die sich für den Frieden einsetzten, die Beendigung des Hungers forderten und immer mehr den Charakter sozialrevolutionärer Bewegungen annahmen, die zugleich für den Sturz der alten politischen Ordnung (z. B. der Monarchie in Deutschland) und für qualitative soziale Veränderungen kämpften, wurde der Sozialreformismus notwendig in diese Krise mit einbezogen.

Für die Nachkriegskrise ist charakteristisch, daß — in den meisten Ländern Westeuropas — keine der sozialen Hauptkräfte stark genug und fähig war, einen neuen „integralen Staat“ („Hegemonie gepanzert mit Zwang“, A. Gramsci) aufzubauen und zu stabilisieren.¹⁶⁶ Die Machtkonstellationen zwischen den verschiedenen Klassen werden gebrochen durch die Spaltungsprozesse und die politisch-ideologische Zerrissenheit in ihnen selbst. Die Bourgeoisie ist durch die Krise der alten Ordnung sowie durch den Aufschwung der Klassenauseinandersetzungen zunächst enorm geschwächt. Sie ist jetzt — wie Otto Bauer formulierte — „zu schwach, um ihren Willen noch mit jenen geistigen, ideologischen Mitteln, durch die sie in der bürgerlichen

166 Nur am Rande sei erwähnt, daß zu dieser Zeit am Rande bzw. außerhalb Europas die Konstruktion zweier antagonistischer, „integraler Staaten“ erfolgt, deren Einfluß vor allem nach 1945 auch in Europa dominant wurde. In den USA bildet sich zu dieser Zeit auf der Basis des voll ausgebildeten Monopolkapitalismus, der Anwendung von produktionssteigernden Technologien (Fließbandfertigung) und von „Humantechnologien“ (Taylorismus, human relations) ein neuer Typus von sozialer und politischer Integration heraus, der einerseits durch die Ausweitung des Massenkonsums, durch konsumorientierte Ideologien, andererseits durch ein hohes Maß an privater und öffentlicher Gewalt gegen jedwede Form sozialistischer Opposition charakterisiert ist. In der UdSSR wird auf der Basis der sozialistischen Umwälzung (die zunächst die Notwendigkeit der Industrialisierung einschließt) ein neuer Staatstyp aufgebaut, der einerseits einen neuen Typ des Massenkonsensus und der Massenmobilisierung hervorbringt, andererseits dazu tendiert, die eigenen Entwicklungsziele mit einem hohen Maß an Gewaltanwendung (die in der Periode des Stalinismus ihren Höhepunkt erreicht) zu realisieren.

Demokratie die Wählermassen beherrscht, durchzusetzen.“¹⁶⁷ Die innere strategische und taktische Spaltung der Bourgeoisie orientiert sich einerseits an der Notwendigkeit des politischen und sozialen Kompromisses mit dem reformistischen Sozialismus, um die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu sichern und um die Wiederherstellung normaler kapitalistischer Akkumulationsbedingungen (durch Demobilisierung, Rekonstruktion der Positionen des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt etc.) zu gewährleisten. Andererseits handelt es sich dabei um einen Kompromiß auf Zeit; denn das „Überleben“ in der Nachkriegskrise erscheint zumal dem reaktionären Flügel des Großkapitals (in Deutschland um die Schwerindustrie gruppiert) als eine Voraussetzung für die Restauration der unumschränkten Hegemonie der Bourgeoisie, die den Machtzugewinn der Arbeiterbewegung wiederum zu liquidieren vermag.

Die Arbeiterklasse war zu schwach, um hegemoniale Kraft zu werden. Ein Element ihrer Schwäche bildete die politische Spaltung, wie sie in der Vielzahl der politisch-ideologischen Strömungen und Tendenzen zum Ausdruck kam. Diese zentrieren sich wesentlich um die beiden Pole: reformistische Klassenszusammenarbeit und revolutionärer Sturz der kapitalistischen Ordnung. In der Wirklichkeit freilich existierte eine breite Palette von Tendenzen und Organisationen: von der extrem integrationistischen Position, wie sie vom rechten Flügel der Sozialdemokratie und von nicht-sozialistischen Organisationen (z. B. den christlichen Gewerkschaften) vertreten wurden, über den maximalistischen Attentismus und die sich auf die Kommunistische Internationale (KI) beziehende Strömung bis hin zum putschistischen Aktionismus und zur anarcho-syndikalistischen „direkten Aktion“.

Das Kleinbürgertum schwankte zwischen der Hinwendung zu sozialliberalen Positionen und der Unterstützung extrem reaktionärer Positionen. Während des Krieges vollzog sich auch bei bedeutenden Teilen des städtischen Kleinbürgertums sowie der lohnabhängigen Mittelschichten (Teile der Angestellten und der Beamten) ein Desillusionierungsprozeß. Dieser begünstigte zunächst ihre „Annäherung an parlamentarische, demokratische, ja sozialdemokratische Vorstellungen“.¹⁶⁸ In dem Maße jedoch, wie sie durch Inflation und Wirtschaftskrise vom Ruin bedroht wurden, und zugleich die Macht der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sowie sozialstaatliche Eingriffe fürchten mußten, wurden sie zum Potential reaktionärer Bewegungen und zur Rekrutierungsbasis des Faschismus. Wenn „das Versagen . . . aller Instrumente der monopolkapitalistischen Integration . . . die akut faschismusträchtige Situa-

167 O. Bauer, Der Faschismus, in: W. Abendroth (Hrsg.), Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt a. M./Wien 1967, S. 143 ff., hier S. 155.

168 Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus, a. a. O., S. 104.

tion“ ausmacht¹⁶⁹, so gehört dazu auch — zumindest für die Zwischenkriegsperiode — eine Gleichgewichtskonstellation der politischen Klassenkräfte, „in der weder die Bourgeoisie dem Proletariat ihren Willen mit den alten gesetzlichen Methoden aufzwingen, noch das Proletariat sich von der Herrschaft der Bourgeoisie befreien konnte. . .“¹⁷⁰. In der faschistischen Diktatur wird daher der „Einigungsprozeß der reaktionären Kräfte“ mit Gewalt hergestellt, durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Institutionen der bürgerlichen Demokratie. Im Blick auf den italienischen Faschismus stellt daher A. Gramsci fest, daß er „an die Stelle der Taktik der Abmachungen und der Kompromisse . . . die Entschlossenheit (setzt), die organische Vereinigung aller Kräfte der Bourgeoisie in einem einzigen Organismus unter der Kontrolle einer einzigen Zentrale zu verwirklichen, die zugleich die Partei, die Regierung und den Staat leiten soll.“¹⁷¹

In der politischen Theorie dieser Zeit reflektiert sich diese Problematik der gesellschaftlichen und politischen Desintegration und Spaltung. J. Blau weist nach, „daß die gesamte Staatslehre der Weimarer Republik mehr oder weniger bewußt der Frage nachgeht, ob und gegebenenfalls wie Staatlichkeit (besonders in der Form der Demokratie) in der antagonistisch strukturierten, klassengespaltenen bürgerlichen Gesellschaft möglich ist“. Die unterschiedlichen Positionen gruppieren sich um die „Haltung zur Frage, ob Demokratie gesellschaftliche Homogenität voraussetzt oder etwa gerade die Form der Organisation gesellschaftlicher Heterogenität ist, die individuellen Freiheits- und Gleichheitsbedürfnissen am weitesten entgegenkommt“.¹⁷² Besonders deutlich findet sich die konservative — schließlich zum Faschismus tendierende — Lösung dieses Widerspruchs im Werk von Carl Schmitt. Er geht schon früh vom Versagen integrationistischer Herrschaftsmethoden aus. Mit der Herausbildung der modernen Massendemokratie geht die Homogenität des Volkes, die Möglichkeit einer einheitlichen politischen Willensbildung verloren. Klassenauseinandersetzungen und der Konflikt pluralistischer Gruppeninteressen haben den „Ausnahmestand“ herbeigeführt, der nur durch eine „kommissarische Diktatur“ (anstelle des Parlamentarismus), die sich ihrerseits auf neue Formen der plebiszitären Akklamation stützt, ausgefüllt werden kann.¹⁷³ Die verselbständigte Staatsgewalt wird so wieder „die maßgebende politische

169 R. Opitz, Über die Entwicklung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument, 87/1974, S. 543 ff., hier S. 588.

170 O. Bauer, Der Faschismus, a. a. O., S. 156.

171 A. Gramsci, Zu Politik . . . , a. a. O., S. 153 (aus den Thesen des III. Parteitages der IKP, Lyon 1926).

172 J. Blau, Sozialdemokratische Staatslehre in der Weimarer Republik, Marburg 1980, S. 29/30.

173 Vgl. ebd., S. 32 ff.

Einheit“. Diese Re-Politisierung befreit den Staat vom zersetzenden Einfluß des Liberalismus (Primat des Individuums und der Ökonomie) und versetzt ihn zugleich in die Lage, den „inneren Feind“ klar zu definieren (i. e., die sozialistische Arbeiterbewegung) und den „Krieg gegen ihn erfolgreich zu führen“, um innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedigung herbeizuführen, ‚Recht, Sicherheit und Ordnung‘ herzustellen und dadurch die normale Situation zu schaffen, welche die Voraussetzung dafür ist, daß Rechtsnormen überhaupt gelten können“. ¹⁷⁴

Auch für die sozialintegrationistische Staatslehre von Hermann Heller bezeichnet es J. Blau als charakteristisch, „daß ein Ausgleich oder sogar die Aufhebung gesellschaftlicher Heterogenität als Voraussetzung einheitlicher Staatlichkeit unter den Bedingungen der Demokratie gesehen wird“. ¹⁷⁵ Freilich sollen die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse in der Form von Interessenpluralismus und Klassenkampf nicht diktatorisch eingegeben werden. Ihnen soll vielmehr durch ein Bündel von Reformen begegnet werden, die die ökonomischen Verhältnisse zur „Wirtschaftsdemokratie“ und den Staat zum „Sozialstaat“ vervollkommen. Damit wäre sowohl der faschistischen Gegenrevolution als auch dem Umschlag des Klassenkampfes in eine soziale Revolution unter kommunistischer Führung der Boden entzogen. Die größte Gefahr für die „nationale Homogenität“ sieht Heller also in der ökonomischen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Klassenspaltung. Die „Harmonisierung der Klassengegensätze“ wird demzufolge zur wesentlichen Voraussetzung von Staatlichkeit. Der Widerspruch zwischen der formalen Legitimation und der sozialen Funktion des „demokratischen Staates“ soll durch Mitbestimmung, d. h. für Heller: Integration der Arbeiterschaft in den Staat, aufgelöst werden. Damit erhebt sich der „Sozialstaat“ über den Klassengegensatz. Er ist ein starker Staat, dessen Autonomie als Vergegenständlichung der „sittlichen Vernunftsidee“, als „nationaler Sozialismus“ bestimmt wird, und zeichnet sich letztlich durch die „Ausdehnung des materiellen Rechtsstaatsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung“ aus. ¹⁷⁶

„Kräftegleichgewicht der Klassen“, das der Bourgeoisie den Kompromiß der Demokratie aufzwingt, und „Integration über den Staat“ — das sind die zentralen Begriffe der politischen Theorie der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegsperiode (auch ihrer verschiedenen Richtungen). Die Herstellung eines einheitlichen, politischen Willens — sowohl zwischen den Klassen als auch innerhalb der Arbeiterklasse — erfolgt „von oben“, über den Staat. Damit wird

174 C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (1932), Berlin (West) 1963, S. 46.

175 J. Blau, *Sozialdemokratische Staatslehre*, a. a. O., S. 56.

176 Vgl. ebd., bes. 181 ff.

zugleich die Konzeption der Partei, sowie die Beziehung Partei — Klasse — Staat, radikal umdefiniert. Die Partei ist nicht länger als die zentrale Institution eines weit gefächerten, politischen Systems der Arbeiterklasse, das den gesellschaftlichen Klassenantagonismus organisiert, begriffen. Die Partei versteht sich nunmehr als Instanz der Vermittlung politischer Interessens- und Willensverhältnisse zum Staat. Gouvernentalisierung in diesem Sinne heißt daher, daß sich die Partei als „Transmissionsriemen“ zwischen Klasse und Staat (dem Staat der sozialen und Wirtschaftsdemokratie) versteht. Dieser hat jedoch die Aufgabe, das „Kräftegleichgewicht der Klassen“ — genauer: die Klassenzusammenarbeit auf dem Boden der „Parität“ von Kapital und Arbeit — zu stabilisieren.¹⁷⁷ Diese Konzeption impliziert zum einen eine Entpolitisierung der autonomen Klassenaktion; denn die Autonomie von Basisbewegungen und deren Politisierung gegen den Staat bzw. außerhalb des institutionalisierten und legalisierten Rahmens der Klassenzusammenarbeit tendiert eo ipso dazu, diesen Rahmen selbst in Frage zu stellen bzw. zu sprengen. Zum anderen ergibt sich hieraus als Konsequenz, daß die Bewertung der gesellschaftlichen und politischen Situation als „revolutionär“ energisch zurückgewiesen werden muß. Hatte schon Eduard Bernstein die Revolutionstheorie von Marx als blanquistisch abgelehnt und statt dessen den organischen Prozeß der schrittweisen Verwirklichung des Sozialismus durch den „zivilisatorischen“ Einfluß der Arbeiterbewegung in den Vordergrund gerückt, so setzt sich nunmehr als Auffassung durch, daß mit der Etablierung des „demokratischen Staates“ revolutionäre Gewalt und Klassenaktion überflüssig geworden sind, mehr noch: einen gefährlichen Rückfall in die vorbürgerliche „Barbarei“ und zugleich eine Bedrohung der sozialen Errungenschaften der Weimarer Republik darstellen.

Hier nun lag eine der wesentlichen Differenzen zur kommunistischen Bewegung und deren Strategie; denn diese gründete sich auf die Lenin'sche Auffassung, (die durch die russische Oktoberrevolution in der Praxis bestätigt worden war), daß mit dem Übergang zum Imperialismus und insbesondere mit dem Weltkrieg und der Nachkriegskrise eine revolutionäre Krise herangereift sei. Zwar gab es auch in der KI und in ihren nationalen Sektionen heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob in einzelnen Ländern — z. B. in Italien oder Deutschland in den Jahren 1920/21 — tatsächlich eine revolutionäre Situation bestehe, die ihrerseits eine „offensive Taktik“ der kommunistischen

177 Linkssozialdemokratische Theoretiker wie z. B. Otto Kirchheimer (der seinerseits durch den „Austromarxismus“ beeinflußt ist) haben freilich diese Funktion anders interpretiert. Sie greifen den sozialen und verfassungsrechtlichen Kompromiß der Demokratie als Übergangsform zum Sozialismus und schreiben dabei dem Klassenkampf die entscheidende Rolle zu, vgl. ebd., S. 339 ff.

Kräfte erfordere.¹⁷⁸ Dennoch konzentrierte sich die kommunistische Strategie bis zum VII. Weltkongreß der KI (1935) auf eine solche Situation, sei's durch eine „revolutionäre Offensivpolitik“ (z. B. nach 1928/29), die fälschlicherweise vom Umschlag der Krise des kapitalistischen Systems in eine revolutionäre Krise ausging, sei's durch die „Einheitsfrontpolitik“ (z. B. nach dem III.-KI-Kongreß), die von einer kurzfristigen Stabilisierung der gegenrevolutionären Kräfte ausging. Die kommunistische Politik ließ sich dabei von der Überlegung leiten, daß in dieser Krise die bürgerlichen wie die sozialreformistischen Ideologien ihre Integrationskraft — insbesondere gegenüber der Arbeiterklasse — einbüßen, daß durch entschlossenes Handeln der kommunistischen Avantgarde die Massen mitgerissen werden und sich mit dem „revolutionären Block“ ein neuer Typ der Hegemonie etabliert, der seinerseits den neuen Staat der „Diktatur des Proletariats“ als wesentliche Instanz zur Vereinigung und zum Zusammenhalten dieses Blocks begreift. Daß diese — auch gewaltsame — revolutionäre Integration über den Staat zu erfolgen habe, wurde aus der fortdauernden Auseinandersetzung mit der Konterrevolution, aber auch aus der Notwendigkeit der Realisierung allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungsziele sowie der bewußten Herstellung eines einheitlichen politischen Willens begründet.

Nachdem soweit der Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen und politischen Krise der alten Ordnung mit den Klassenstrategien und den Kämpfen um die Hegemonie „von oben“ betrachtet wurde, soll nunmehr der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Neugruppierungs-, Differenzierungs- und Spaltungsprozesse in der Arbeiterbewegung ihrerseits als Ausdrucksformen von klasseninternen Entwicklungen gelten können. Wir beschränken uns dabei auf einige wesentliche Tendenzen, die die Klassenerfahrung selbst strukturieren. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich kein grundlegender Wandel in der Klassenstruktur in Deutschland vollzogen. Die Anzahl der zur Arbeiterklasse gehörenden Erwerbspersonen hatte sich um fast 3 Millionen erhöht. Der Anteil der Unselbständigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen war aber nur von 65,2 Prozent (1907) auf 66,5 Prozent (1925) geringfügig angestiegen. Während der Anteil der Arbeiter zurückgegangen war, stieg der Anteil sowohl der mithelfenden Familienangehörigen als auch der der Beamten und Angestellten an. Darin reflektieren sich zwei Tendenzen, die auch für die Politik der Arbeiterbewegung dieser Periode große Bedeutung haben. Auf der ei-

178 Bis in die Gegenwart hält z. B. in der IKP die Kontroverse über diese Frage an; vgl. z. B. G. Amendola, *Intervista sul'antifascismo*, a. a. O., S. 21, S. 47 ff.; U. Terracini, *Intervista sul comunismo difficile*, Roma-Bari 1978, S. 21 ff.; P. Spriano, *Intervista sulla storia del PCI*, Roma-Bari 1979, S. 33 ff.; F. Andreucci/M. Sylvers, *The Italian Communists write their History*, in: *Science and Society*, Vol. XI, No. 1, Spring 1976, S. 28—56.

nen Seite drückt sich darin die Beständigkeit der traditionellen Mittelklasse, der Bauern wie des Kleinbürgertums, aus. Damit ist zugleich die materielle Basis eines „konservativen Milieus“ charakterisiert, das zum Adressaten konservativer bzw. faschistischer Politik wird, die das Großkapital, den „Sozialstaat“ und die Arbeiterbewegung („Gewerkschaftsstaat“) als Verursacher des drohenden Ruins und der Verelendung des „Mittelstandes“ denunzieren. Auf der anderen Seite beginnt jetzt der Anstieg des Anteils der Angestellten¹⁷⁹, die in ihrer Mehrzahl ein der Arbeiterbewegung entgegengesetztes Standesbewußtsein entwickeln und die — als Reaktion auf die Bedrohung ihrer sozialen Existenzbedingungen sowie die Infragestellung ihrer scheinbaren Privilegien durch die Weltwirtschaftskrise — ebenfalls ein Potential für den Faschismus bilden.

Während also „gerade die zwischen den beiden Hauptklassen fluktuierende Schichtensammlung des Kleinbürgertums absolut und relativ zugenommen hat“¹⁸⁰, sind es darüber hinaus die Veränderungen in der inneren Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die die Entwicklung der Bewußtseinsformen sowie die Handlungsbedingungen der Arbeiterbewegung beeinflussen. Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Rationalisierung, Staatseingriff und Verstädterung, aber auch die Erfahrung von politischen und ökonomischen Krisen größten Ausmaßes wirken als Triebkräfte einer Homogenisierung der Arbeiterklasse. Der Anteil der Industriearbeiter, des Kerns der Arbeiterklasse, stieg beträchtlich an. Im Jahre 1925 waren schon 65 Prozent der abhängig Beschäftigten in Industrie und Handwerk in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten tätig, 20 Prozent in Großbetrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten.¹⁸¹ Zugleich erhöhte sich der Anteil der in Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) lebenden Bevölkerung. Diese Verschiebung vollzog sich in erster Linie zu Lasten der Landarbeiter sowie der Arbeiter in handwerklichen Kleinbetrieben.

Zugleich wurden Nivellierungstendenzen in der Arbeiterklasse verstärkt. Die Krise der „aristokratischen“, handwerklich qualifizierten Facharbeiter ging einher mit dem Wachstum des Anteils der sog. „Massenarbeiter“, der An- und Ungelernten. Hier ist vor allem die Bedeutung der Frauenarbeit in Produktion und Verwaltung zu erwähnen. Während des Krieges hatte die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Rüstungsproduktion enorm zugenommen.¹⁸² Ob-

179 Vgl. Daten bei H. Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus*, Berlin (DDR) 1967, S. 31; *Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus*, a. a. O., S. 59.

180 J. Kuczynski, *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33*, Berlin (DDR) 1944, S. 47.

181 Vgl. *Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus*, a. a. O., S. 189.

182 S. Bajohr, *Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914—1945*, Marburg 1979, S. 119 ff.

wohl nach Kriegsende durch die Demobilisierungsverordnungen die Zahl der Lohnarbeiterinnen wieder reduziert wurde, so „hatten sie es aber nicht vermocht, die Frauen aus den ihnen während des Ersten Weltkrieges zugefallenen Arbeitsfeldern gänzlich zu verdrängen und den status quo ante wieder herzustellen.“¹⁸³ Dazu kam — beginnend im Kriege — eine Verringerung der Lohn Differenz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Besonders in der Inflationsperiode 1922/1923 hat „eine unglaubliche, in der ganzen Geschichte des Kapitalismus einzigartige Nivellierung der Löhne . . . stattgefunden.“¹⁸⁴ In der nachfolgenden Periode der „relativen Stabilisierung“ festigt sich die Position der Facharbeiter erneut; die Lohndifferenz erreicht jedoch nicht mehr den Stand von 1913. Diese Nivellierung war zum einen Ergebnis der Tatsache, daß die „Massenarbeiter“ ihre Marktposition durch gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe nach 1918 gestärkt hatten. Zum anderen hatten jedoch der Abbau der Arbeitslosigkeit ab Mitte 1919, die Inflation sowie staatliche Eingriffe in die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft diesen Prozeß wesentlich gefördert. Dieser Angleichung von Klassenerfahrung wirkte jedoch ab 1925 eine — auch im Vergleich zur Zeit vor 1914 — neue Spaltungstendenz entgegen: die Massenarbeitslosigkeit, die schon 1926 10 Prozent erreichte, zwischen 1927 und 1929 nicht unter 6 Prozent absank und dann in der Krise von 14 Prozent (1930) auf knapp 30 Prozent (1932) hochschnellte.¹⁸⁵ Die Spaltung der Lohnarbeiter in Beschäftigte und Beschäftigungslose, die sich aus allen Berufsgruppen rekrutierten, durch die Dauerarbeitslosigkeit muß daher als ein entscheidender Faktor gelten, der die Lage und Erfahrung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik bestimmte. „Die deutsche Arbeiterschaft wurde wie nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus in den Produktionsprozeß geschleudert und wieder abgestoßen.“¹⁸⁶ In der Gewerkschaftsbewegung übersetzten sich diese sozialökonomischen Prozesse vorab in einer organisatorischen Aufspaltung der Interessenvertretung. Dabei ist nicht nur an das Fortbestehen der politischen Richtungsgewerkschaften zu denken, sondern an die Besonderung der Angestelltenverbände der verschiedenen Richtungen (wobei der freigewerkschaftliche AFA-Bund nur eine Minderheit der organisierten Angestellten repräsentierte). Dieses ständische Prinzip wirkt seinerseits als Verstärkung der typischen „Angestelltenmentalität“, die in der Abgrenzung gegenüber der Arbeiterschaft ihre

183 Ebd., S. 168.

184 J. Kuczynski, *Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD*, Frankfurt a. M. 1972, S. 131.

185 Vgl. *Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus*, a. a. O., S. 183.

186 E. C. Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920—1928*, Frankfurt a. M./New York 1977, S. 166.

Identität gewinnt. Darüber hinaus reflektiert sich die — durch die Rationalisierung verstärkte — „Gefährdung des Industriehandwerkers alten Typs“¹⁸⁷ in der Krise der alten Fachverbände. F. Neumann hat darauf aufmerksam gemacht, daß schon durch die Ausweitung der staatlichen Funktionen (z. B. im Bereich der Sozialpolitik, besonders eklatant aber durch das Zwangsschlichtungswesen, das der gewerkschaftlichen Tarifpolitik praktisch den Boden entzieht) die politische und soziale Bedeutung der Gewerkschaften zurückgedrängt wurde. „Hinzu kam, daß die ökonomischen Strukturwandlungen, die Rationalisierung und Mechanisierung der Wirtschaft, innerhalb der Arbeiterklasse die Entscheidung von den in den alten Berufsverbänden organisierten Facharbeitern auf die aufsichtsführenden Arbeitnehmer einerseits und auf die großen Massen der ungelernten oder angelernten Arbeiter andererseits verschoben, die nur schwer organisierbar waren, und damit die Bedeutung der Gewerkschaften schwächten.“¹⁸⁸ Im „Behemoth“ ergänzt F. Neumann: „The increasing percentage of unskilled and semi-skilled workers (and particularly of women workers); the steady increase in foremen and supervisory personnel; the rise in the number of salaried employees in office positions and in the growing distribution apparatus, many organized in nonsocialist unions with a middle-class ideology — all these factors weakened the trade-union movement“¹⁸⁹. Eine Antwort auf diese Widersprüche, die besonders in der Metallarbeitergewerkschaft (DMV) diskutiert wurde, gab die Forderung nach der Schaffung von Industriegewerkschaften („Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“). Ihre Verwirklichung scheiterte in der Weimarer Republik jedoch vor allem am Widerstand der Führungen der alten Berufsverbände, die eine Schmälerung ihres Organisationspotentials und damit ihres politischen Einflusses im ADGB fürchteten.

Die Differenzierung zwischen Un- und Angelernten und den Facharbeitern sowie das Fortbestehen des berufsständischen Organisationsprinzips der Gewerkschaften erleichterte zugleich die „Spaltungstechniken“ des Kapitals im Betrieb. Am Beispiel der chemischen Großindustrie hat U. Stolle nachgewiesen, daß dies vermittels eines „individualisierten Lohnsystems, dem System (freiwilliger) betrieblicher Sozialleistungen (Urlaub, Prämien, Renten usw.)“ wirksam waren. „Bei Bayer geschah dies über die Wiedereinführung der Leistungslöhne, die Erhöhung der Lohnspanne zwischen Fach- und ungelernten Arbeitern, Männern und Frauen, durch die innerbetriebliche Akkordfestset-

187 Ebd., S. 169.

188 F. Neumann, Der Funktionswandel des Gesetzes . . . , a. a. O., S. 57/58.

189 Ders., Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933—1944, New York 1963, S. 17.

zung, das betriebliche Spar-, Versicherungs- und Rentenwesen und auch über den Freizeitverein.“¹⁹⁰ Schließlich mußte die Orientierungsschwäche der Gewerkschaften durch das Arbeitslosenproblem noch vertieft werden; denn sie waren traditionell auf die Interessenvertretung von Arbeitsplatzbesitzern fixiert.

In den vorangehenden Abschnitten sollte nachgewiesen werden, daß die Formen der sozialen Segmentierung und Fraktionierung in der Arbeiterklasse nicht als der einzige Erklärungsgrund für die politischen Spaltungsprozesse in der Arbeiterbewegung herangezogen werden können. Die Formen des politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse sind stets auch durch die allgemeine Klassenerfahrung bestimmt. Ihr Inhalt ist stets schon Ausdruck der Verarbeitung und Interpretation der gesellschaftlichen Realität. Diese Interpretation nimmt die jeweiligen Konstellationen der ideologischen Klassenauseinsetzung in sich auf, der Konfrontation der herrschenden Ideologien mit der „Weltanschauung“ und der Programmatik der Arbeiterbewegung. Damit wirkt sie sowohl auf die Verarbeitung der je individuellen Lebenserfahrung als auch auf die Handlungsdisposition der Menschen im politischen Raum ein. Um freilich die Dichotomie von individueller Lebensbewältigung und kollektivem politischen Handeln, das — indem es auf Klassenorganisation, auf gesellschaftliche und politische Veränderungen zielt — die individualistische Lebensperspektive transzendiert, in der Form politischer und sozialer Massenbewegungen zu überwinden, dazu bedarf es einer Massenerfahrung, der die Negativität der herrschenden Ordnung und ihre Krise unmittelbar sinnlich konkret geworden ist. Und dazu bedarf es eines Interpretationsangebotes durch Organisationen und Strategien der Arbeiterbewegung, in denen der Zusammenhang der aktuellen Erfahrungen und Kämpfe gegen die Erscheinungen der herrschenden Negation von einfachen Lebensbedürfnissen sich mit der Perspektive der Aufhebung dieser Negativität verbindet. In diesem Sinne formuliert A. Gramsci, daß die Arbeiterklasse nur zur führenden Klasse werden kann, „wenn sie diese Kombination (objektiver und subjektiver, nationaler und internationaler Kampfbedingungen, F. D), deren Bestandteil sie selbst ist, exakt interpretiert und kraft dessen gerade sie auch der Bewegung eine bestimmte Richtung mit bestimmten Perspektiven geben kann.“¹⁹¹

Für den Kampfzyklus nach 1910/1911 ist vor allem charakteristisch, daß die Verallgemeinerung und Politisierung von Klassenerfahrung nicht durch ab-

190 U. Stolle, Arbeiterpolitik im Betrieb, a. a. O., S. 227/228.

191 A. Gramsci, zit. n. P. Togliatti, Der Leninismus im Denken und Handeln von Antonio Gramsci, in: H. H. Holz/H. J. Sandkühler (Hrsg.): Betr.: Gramsci, Köln 1980, S. 71 ff., hier S. 82.

strakte Propaganda „von außen“ an die Lebenserfahrung herangetragen wurde, sondern diese selbst unmittelbar durch die Klassenstrategien, durch den Staat und Verhältnisse außerökonomischer Gewalt, durch die Konstellation der Klassenkräfte strukturiert wurde. Darin lag ein wesentlicher Grund für die Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Politik, von individueller Lebensbewältigung und „abstrakter Allgemeinheit“ (Politik), von Alltäglichkeit und „großer Politik“ (unter Einschluß der internationalen Entwicklungen). Insofern war die Politisierung, die während des Krieges — besonders nach 1916 — begann, keineswegs ausschließliches Resultat der verschärften Ausbeutung, der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der homogenisierenden Neuzusammensetzung der Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben. Der Protest gegen diese Verhältnisse verband sich vielmehr mit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit. Die repressiven Maßnahmen von Seiten des Staatsapparates förderten noch den Umschlag dieser Stimmung in den aktiven Protest gegen den Krieg. So war denn auch das Bewußtsein eines großen Teils der Arbeiterklasse zum Ende des Krieges weniger durch die Auseinandersetzungen im Produktionsprozeß, als vielmehr durch die Erfahrung unmittelbarer Gewalt im Kriege, durch die Erfahrungen der Klassengegensätze in der Armee und der Schrecken und Leiden des Krieges bestimmt.¹⁹² In den revolutionären Nachkriegsereignissen wird dieser enge Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik noch verstärkt. Für die Massen war die Frage der Versorgung mit Lebensmitteln, der Beschäftigung, der Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften direkt mit allgemeinen politischen Fragen, der politischen Krise der alten Ordnung, der Konfrontation mit den staatlichen Repressionsorganen (Armee, Polizei, Justiz) und daher substantiell mit der Frage des Aufbaus einer neuen staatlichen Ordnung verbunden. Die Ausstrahlungskraft der russischen Revolution des Jahres 1917, aber auch der nachfolgenden Interventionskriege gegen Sowjetrußland, die über die Grenzen mobilisierende Wirkung der Klassenkämpfe z. B. in Deutschland, Italien und Frankreich (1919—1921), verdeutlicht noch einmal diese spezifische Kombination von Massenerfahrungen und -hoffnungen, die die Bewegungen dieser Zeit entzündeten und leiteten. G. Fiori hat in seinem „Leben des Antonio Gramsci“ dieses Klima, wie es in Turin im August 1917 herrschte, anschaulich

192 R. Vetterli hat in einer sozialgeschichtlichen Betriebsuntersuchung (Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation, Göttingen 1978) diesen Politisierungsprozeß der Arbeiter einer Schweizer Fabrik nachgewiesen (vgl. S. 190 ff.). Obwohl die Schweiz nicht am Krieg beteiligt war, verband sich auch hier wachsende Unzufriedenheit über die Arbeits- und Lebensbedingungen mit dem Protest gegen den Krieg. Dazu kam die Hoffnung eines Teils der Arbeiter, nach dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution und der revolutionären Bewegungen in Deutschland auch in der Schweiz eine „allgemeine Umwälzung“ herbeizuführen (ebd., S. 200/201).

beschrieben: „Der Kampf entbrannte, als in den Geschäften das Brot ausging. Aber er mußte tiefere Gründe haben; denn der Kampf brach unerhört heftig aus. Seit Monaten war die Kampagne gegen den Krieg stärker geworden. In der Volksmeinung hatte die Ansicht Fuß gefaßt, daß es besser sei, fünfhundert aus den eigenen Reihen für die Sache der Arbeiterschaft zu verlieren, statt zehntausend im Kampf gegen die Deutschen und für die Interessen der Bourgeoisie. Und in den Fabriken, wo Kriegsrecht herrschte und das Militär für Ordnung sorgte, wuchs der Unmut der Arbeiter von Tag zu Tag. Diese Situation war der richtige Nährboden für den Gedanken, ‚es den Russen nachzumachen‘, und es mußte früher oder später zum Aufstand kommen.“¹⁹³

In Deutschland war die Periode 1918/19 bis 1923/24 durch vielfältige Formen und Konstellationen der offenen, außerökonomischen Gewalt charakterisiert — von den Freikorpsbanden, über die Noske-Truppen bis hin zu den bewaffneten Reaktionen der Arbeiter. Die kleinbürgerliche Angst vor der „bolschewistischen Revolution“, aber auch vor dem sozialdemokratischen „Gewerkschaftsstaat“ (die dann von den Deutschnationalen und später den Nazis in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gerückt wurde), die typische sozialdemokratische Identifikation mit dem Staat der Weimarer Republik (und das daran gekoppelte, spezifische Ordnungsbewußtsein) und schließlich die kommunistische Orientierung auf die befreiende Tat der proletarischen Revolution nach dem Vorbild Sowjetrußlands — alle diese Bewußtseinsformen existierten natürlich nicht abgelöst von den sozialen Existenzbedingungen der Klassen und Klassenfraktionen sowie von den jeweiligen ökonomischen Entwicklungsbedingungen. Gleichwohl vollzog sich deren Konkretisierung in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung, in einem Klima offener politischer Gewalt. Insofern kann die Nachkriegsperiode in gewisser Weise als Verlängerung des Krieges betrachtet werden. Die gesellschaftliche Realität wurde vielfach als „Kriegszustand“ empfunden. Auch die Rhetorik und Symbolik der Arbeiterbewegung spiegelte diese Erfahrung.

Diese Tendenz zur Politisierung von Klassenerfahrung wurde noch verstärkt durch eine „Angleichung der Kampfbedingungen“ der verschiedenen „Strukturgruppen“ der Arbeiterklasse. Zwischen 1918/19 und 1923/24 zentriert sich der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wesentlich um die „Errungenschaf-

193 G. Fiori, *Das Leben des Antonio Gramsci*, Berlin (West) 1979, S. 101/102. Für Deutschland stellt J. Braunthal (*Geschichte der Internationale*, Band 2, Berlin (West)-Bonn 1978, S. 234) fest: „Die Probleme der Revolution verliehen der Spaltung ein neues Element. Es zog seine Kraft aus der triumphierenden bolschewistischen Revolution in Rußland. Der radikale Flügel der Arbeiterbewegung, enttäuscht über den Verlauf der Revolution, warf die Frage auf, ob nicht die deutsche Arbeiterklasse das russische Vorbild nachahmen, die Demokratie sprengen und die Diktatur des Proletariats errichten sollte“.

ten“ der Novemberrevolution. Diese beinhalten den 8-Stunden-Tag, die teilweise Abschaffung der Leistungslöhne, Kündigungsschutz u. a. m. Hinzu kam die Vollbeschäftigung als Folge enormer Steigerungsraten des Wirtschaftswachstums und der staatlichen Demobilisierungsverordnungen. Die Strategie des Kapitals zielte darauf ab, diese „Errungenschaften“ zu liquidieren, die Arbeiterbewegung insgesamt zu schwächen und eine umfassende Reallohnsenkung durchzusetzen, um die Bedingungen sowohl für Neuinvestitionen (Rationalisierung) als auch für die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt zu schaffen. Uta Stolle hat am Beispiel großer Streikkämpfe dieser Periode zeigen können, „daß (durch diese Bedingungen) die Unterschiede innerhalb der Klasse nivelliert wurden, daß die Arbeiter gemeinsame Zielvorstellungen entwickelten und daß ihre allgemeine Widerstandskraft durch ihre relative Stärke am Arbeitsmarkt stieg.“¹⁹⁴ Zugleich weist sie nach, wie insbesondere die Gewerkschaften mehr und mehr in die Defensive gedrängt wurden: die Inflation ruinierte die Gewerkschaften funktional (Lohnkämpfe) und finanziell. Hinzu kam jedoch schon ab 1922 der „Massenexodus“ der Mitglieder, in dem sich eine massive Enttäuschung und Verbitterung über die Passivität und Ohnmacht der Gewerkschaftsführungen reflektierte. Obwohl U. Stolle den Einfluß der allgemeinen, politischen Kämpfe der Arbeiterklasse auf das Bewußtsein wie auf die betrieblichen Auseinandersetzungen vernachlässigt, so kann sie doch wesentliche Bedingungen der Auflösung dieser Nivellierung der Kampfbedingungen und der schließlichen Niederlage der Arbeiterbewegung (bis 1924) konkretisieren. Mit der monetären Stabilisierung und dem ökonomischen Aufschwung (1924/25), der politischen Niederlage der Arbeiterklasse in den Kämpfen des Jahre 1923, mit der Beseitigung des 8-Stunden-Tages und der Einführung der staatlichen Zwangsschlichtung wurden die Weichen zugunsten des Erfolges der Unternehmer gestellt. E. C. Schöck sieht darin zugleich eine entscheidende Weichenstellung für die Entwicklung der Kräftekonstellationen nach 1928: „Die Niederlage 1924, die den Unternehmern erneut die zeitlich ungehemmte Verfügungsgewalt über die Ware Arbeitskraft verschaffte sowie die Krisenphase 1925/26 und die sie begleitende Arbeitslosigkeit, die es den Unternehmern ermöglichte, die Schwäche der Arbeiterbewegung nun auch innerbetrieblich für eine ungeheuer gesteigerte Arbeitsintensität auszunutzen, müssen als entscheidende Einschnitte und Voraussetzungen für das Kräfteverhältnis ab 1928 gewertet werden.“¹⁹⁵

Die bisherigen, wenn auch sehr knappen Bemerkungen lassen eines deutlich erkennen: Die bloße Zurechnung von Klassenfraktionierungen und politi-

194 U. Stolle, Arbeiterpolitik im Betrieb, a. a. O., S. 254.

195 E. C. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, a. a. O., S. 175.

schen Spaltungsvorgängen in der Arbeiterklasse stellt eine verfälschende Vereinfachung dar. Die Konfrontation von SPD und KPD (bis Ende 1920: vorwiegend dem linken Flügel der USPD) ist kein bloßer politischer Reflex der Interessen- und Bewußtseinsdifferenz zwischen „aristokratischen“, reformistisch orientierten Facharbeitern und spontaneistischen, zum Putschismus neigenden, undisziplinierten „Massenarbeitern“. Empirische Analysen bestätigen zwar die Annahme, daß ein erheblicher Teil des alten Mitglieder- und Wählerpotentials der SPD nach 1919 zur USPD (und dann zur KPD) übergegangen war und „daß es der SPD gelang, sich durch die Übernahme staatlicher Funktionen auf allen Ebenen und die offizielle Gleichberechtigung gegenüber den bürgerlichen Parteien ein neues Mitgliederpotential bei ehemals relativ unpolitischen Schichten zu erschließen“.¹⁹⁶ Daher waren hier handwerkliche Arbeiter sowie Angestellte und Beamte (vor allem aus den sozialdemokratisch regierten Kommunen und Ländern) überrepräsentiert. Auf der anderen Seite waren die Kommunisten unter den Metallarbeitern — vor allem bei den Maschinenbauarbeitern, dem „wirklichen Kern des klassenbewußten Proletariats“ (Schöck) — verankert.¹⁹⁷ Das schloß nicht aus, daß Kommunisten bis etwa 1924 Kämpfe der vorwiegend ungelerten Chemiarbeiter führten¹⁹⁸, daß später die kommunistische RGO bei den Bergarbeitern die größte Resonanz erzielte¹⁹⁹ und daß die KPD die einzige Kraft der Arbeiterbewegung war, die den Versuch unternahm, in der Weltwirtschaftskrise eine Erwerbslosenbewegung zu organisieren.²⁰⁰ Daß die Mitglieder der KPD seit der Mitte der zwanziger Jahre in überdurchschnittlichem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, kann ebenfalls kaum als Beweis für ihre „lumpenproletarische“ soziale Basis gelten; denn erstens erfaßte die Arbeitslosigkeit alle Berufs- und Qualifikationsgruppen und zweitens wurden seit den frühen zwanziger Jahren Kommunisten aus politischen Gründen aus den Betrieben „gesäubert“. Alle diese Aktionsfelder können als Beleg dafür gelten, daß die KPD — als revolutionäre Partei — den ökonomischen Verteidigungskampf und den politischen Kampf als eine Einheit auffaßte. Ihr Ziel war es, den ökonomischen Kämpfen einen politischen, revolutionären Inhalt zu geben. So gelang es ihr oftmals, die Stimmungen gerade der — wie R. Luxemburg formu-

196 G. Fülberth/H. Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, a. a. O., S. 175.

197 Vgl. H. Wunderer, Materialien zur Mitgliedschaft . . . , a. a. O., S. 264.

198 Vgl. U. Stolle, Arbeiterpolitik im Betrieb, a. a. O., pass.

199 E. C. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, a. a. O., S. 177.

200 R. M. Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, 10, Frankfurt a. M. 1977, S. 89 ff.

liert hatte — „tiefstehenden . . . vom Kapital und vom Staate am meisten gedrückten Schichten des Proletariats“ zu artikulieren, zumal deren Aktionen nicht nur mit der gesellschaftlichen Macht des Kapitals konfrontiert wurden, sondern regelmäßig die politische Gewalt des Kapitals und des Staates (in Gestalt von Justiz, Polizei und Armee) erfuhren. Daß der KPD dabei strukturelle Fehleinschätzungen unterliefen, wird noch zu zeigen sein.

Worin bestehen nun — für diese Periode — wesentliche Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Kampfzyklen der Arbeiterbewegung?

— Im Unterschied zur Konstitutionsperiode ist die Arbeiterbewegung nunmehr eine fest etablierte Struktur innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems. Die politische Sozialisation des einzelnen Arbeiters wird in hohem Maße dadurch bestimmt, daß er in diese Struktur des proletarischen Lebens- und Reproduktionszusammenhanges gleichsam „hineingeboren“ wird. Er bewegt sich im Netzwerk der zahlreichen Organisationen, der kulturellen Institutionen, der kommunalen Einrichtungen, die z. T. in den „roten Kommunen“ beispielhaft aufgebaut werden. Zu dieser politischen Sozialisation gehört aber auch, daß die Arbeiter — über den meist schon politisch bestimmten Sozialisationszusammenhang der Familie — bereits in den Zusammenhang der Spaltung der Arbeiterbewegung einbezogen werden: im Betrieb (wo sie bereits eine bestimmte Kräftekonstellation vorfinden), im Wohngebiet, in der Kommune.

— Diese weit höhere Strukturierung des politischen Erfahrungsraumes bezieht sich in dieser Periode natürlich auch und vor allem auf die Rolle des Staates. Zahlreiche Bereiche der proletarischen Lebenserfahrung werden direkt durch staatliche Interventionen geprägt. Die großen Auseinandersetzungen um den 8-Stunden-Tag, die Zwangsschlichtung und die Arbeitslosigkeit beziehen sich immer auch auf die Tätigkeit des Staates. Gerade hier vollzieht sich nun eine höchst relevante Spaltung der Klassenerfahrung. Auf der einen Seite werden die Führungen der SPD und des ADGB nicht müde, den Staat als „unseren Staat“ zu qualifizieren und zugleich die Lösung fast aller politischen und sozialökonomischen Probleme auf den Staat zu delegieren. Auf der anderen Seite konkretisiert sich bis zum Ende der Weimarer Republik für einen wachsenden Teil der Arbeiterklasse diese Erfahrung nicht nur in der Desillusionierung über den „Sozialstaat“ (vor allem im Zusammenhang der Krisenerfahrung nach 1929), sondern auch über die konkrete Erfahrung des — von Sozialdemokraten mitgetragenen — Staates als eines politischen Gewaltapparates, der mit äußerster Härte gegen sie selbst vorgeht.

— R. Luxemburg sagte schon in ihrer Bernstein-Kritik: „Die Weltpolitik und die Arbeiterbewegung . . . beherrschen . . . das gesamte politische Leben der heutigen Staaten.“²⁰¹ Damit deutet sie eine Entwicklung an, die für den Impe-

201 R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: dies., Politische Schriften, I, a. a. O., S. 109.

rialismus allgemein gilt: das höhere Ausmaß der Politisierung, das seinerseits Ausdruck der Zuspitzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus und der nationalen wie internationalen Verschärfung der Klassengegensätze ist. Die höhere Organisationsform des Kapitals (Monopolisierung), die neuen Momente in der Rolle des Staates, die Veränderungen im System der politischen Herrschaft sowie der Ideologien bestimmen wesentlich den Inhalt dieser Politisierung. Diese ist jedoch für die Arbeiter nicht nur theoretisch wahrnehmbar, sondern greift in die unmittelbare Lebenserfahrung ein. Wie schon gezeigt wurde, bilden Krieg, revolutionäre Massenbewegungen, politische und soziale Massenstreiks — d. h.: die Erfahrung außerökonomischer Gewalt — ein konstitutives Element des proletarischen Lebenszusammenhanges.

Diese Überlegungen unterstreichen noch einmal die Schlußfolgerung, daß die inneren Differenzierungen in der Arbeiterklasse zwar einen bedeutsamen Einfluß auf die politische und gewerkschaftliche Organisationsentwicklung der Arbeiterbewegung dieser Zeit ausüben, daß aber dieser Einfluß gegenüber den Wirkungen des Krisenzyklus und seiner sozialen Konsequenzen sowie gegenüber den politischen Kämpfen, die aus der Krise des alten Hegemonietyps hervorgehen, nicht überbewertet werden darf. Hieraus folgt weiterhin: die Politisierungsprozesse — und darin eingeschlossen: die Spaltungstendenzen verlaufen über das Zusammentreffen der individuellen, fraktionellen und lokalen Klassenerfahrung mit der allgemeinen Erfahrung der politischen Verfaßtheit von Klasseninteressen und Klassenkampfkonstellationen im politisch-ideologischen Raum. Gerade in der Verknüpfung dieser beiden Erfahrungsebenen spielen die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, ihre Programmatik und Agitation, ihre konkrete Politik eine wesentliche Rolle für die politische Interpretation, Rezeption und Gewichtung dieser Erfahrungen durch die Arbeiter selbst. Erst in dieser Verknüpfung realisiert sich jenes Zusammentreffen von spontaner Massenbewegung und der theoretisch-politischen Analyse der Strukturen, der Widersprüche und der Auflösungsbedingungen der herrschenden Ordnung, das Perioden gesellschaftlichen Wandels und des geschichtlichen Umbruchs auszeichnet.

Die strategischen Gedanken Rosa Luxemburgs hatten sich immer wieder auf die Unterscheidung zwischen dem „normalen Gang“ und der „revolutionären Situation“ bezogen. Diese Unterscheidung existiert nunmehr real im Gegensatz von SPD und KPD. Für die SPD bedeutet „normaler Gang“: Anerkennung, Beteiligung der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft im Staat. Die Überwindung von Krisensituationen (vor allem nach 1930) heißt daher: Rückkehr zum „normalen Gang“, Verhinderung revolutionärer Situationen und Entwicklungen. Damit gewinnt die Kategorie Einheit einen neuen Inhalt für die sozialdemokratische Politik. Sie wird nicht mehr als proletarische Klasseneinheit (ihrerseits der Kern eines Klassenbündnisses) definiert, sondern als —

über den Staat vermittelter — klassenübergreifender Kompromiß (bei der Regierungsbildung, in der Arbeitsgemeinschaftspolitik, in den Absprachen mit der OHL, in der Koalitions- und Tolerierungspolitik). Indem aber SPD- und ADGB-Politik wesentlich auf den Staat orientiert wird, befördert sie massiv den Mechanismus der Atomisierung, Individualisierung und Resignation in der Arbeiterklasse. Einheit wird abgelöst von wirklich autonomer Klassenaktion. Sie erscheint nur noch symbolisch (als Integrationsideologie) in den Stellvertreter-Aktionen von Partei- und Gewerkschaftsführung.

Die KPD-Politik betrachtet demgegenüber die Frage der Einheit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Klasseneinheit und eines revolutionären Klassenbündnisses. Nur gelegentlich gelingt es der KPD, die Entwicklung von Klasseneinheit als einen Prozeß zu begreifen und voranzutreiben, der sich auf die Ebene gleichsam unterhalb des revolutionären Entscheidungskampfes bezieht. Diese „Überpolitisierung“²⁰² läßt die Widersprüchlichkeit einer Politik (und der sie begründeten strategisch-theoretischen Konzeption) erkennen, für die sich in letzter Instanz die Herstellung der Klasseneinheit im „Fegefeuer“ der revolutionären Entscheidungsschlacht vollzieht, in der dann die Einheitlichkeit und Disziplin der organisierten, revolutionären Kräfte zu einem wesentlichen Faktor wird. „Überpolitisierung“ heißt dann auch, daß Erfahrungsbereiche und Bewußtseinsformen, die mit dem Arbeitsreich, der Kommune, der alltäglichen Reproduktion des proletarischen Lebenszusammenhanges verbunden sind, abgeschnitten werden. Vielmehr wird eine direkte Hinwendung zum revolutionären Befreiungskampf gefordert, die z. T. die existierende Spaltung vertieft, andererseits die Partei letztlich schwächt, wenn diese Politik — zumal in Perioden des Aufkommens gegenrevolutionärer Massenbewegungen — eine lähmende Disparität zwischen der „Alltagserfahrung“ und der allgemeinen, politischen Massenmobilisierung hervorruft.

Es bedurfte der brutalen Lektion des Faschismus und des aufopferungsvollen, antifaschistischen Widerstandskampfes, um am Ende des Zweiten Weltkrieges — zumindest für eine kurze Zeit — die für diesen Kampfzyklus charakteristischen Spaltungskonstellationen zu überwinden und dabei auch Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Mit der Schaffung eines „antifaschistischen Blocks“, dessen soziale Basis sich nicht allein auf die Arbeiterklasse beschränkte, sondern kleinbürgerliche und bürgerliche Kräfte mit einbezog, realisierte sich zugleich eine neue Konzeption der politischen Einheit. Sie beinhaltete die wechselseitige Anerkennung verschiedener politischer Organisationen der Arbeiterbewegung und der gesamten demokratischen Bewegung und die

202 Vgl. diesen Begriff auch bei N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, a. a. O., S. 37.

Anerkennung von politischen Formen, in deren Rahmen die gemeinsamen, aber auch die divergierenden Interessen dieser Kräfte ausgetragen werden sollten („antifaschistisch-demokratische Neuordnung“). Aus diesen Erfahrungen erwuchs in der Arbeiterbewegung jedoch auch die Einsicht, daß die Einheit nicht auf die politischen Organisationen und den politisch-staatlichen Raum begrenzt werden kann, sondern vielmehr um die Einheit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung an der betrieblichen Basis ergänzt werden muß. Die Einheitsgewerkschaften, die in vielen Ländern aus dem antifaschistischen Widerstand entstanden, waren ein konkretes Ergebnis dieser Einsicht.

8. Warum politische Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung?

E. Altwater hat in der Diskussion über Gramscis' Konzept der Hegemonie mit Recht Positionen kritisiert, die dazu tendieren, die „Autonomie des Politischen“ aus einer Entkoppelung von Ökonomie und Politik, von ökonomischen Entwicklungsbedingungen und politischen Strategien und Kämpfen herzuleiten: „Die Gewinnung hegemonialer Positionen durch die Arbeiterklasse und ihre politischen Organisationen bleiben von der Entwicklung der Kapitalakkumulation abhängig. Ebenso wie die politische Macht, so ist auch die Hegemonie nicht nur an die Bewegung des ‚Überbaus‘ und seiner Institutionen gebunden, sondern an ihre ökonomischen Reproduktionsbedingungen . . . Die Ökonomie, als ‚in letzter Instanz‘ verantwortlich für die gesellschaftliche Entwicklung in allen Bereichen, ist somit selbst ein ganz wesentliches Moment im System der Reproduktion von Hegemonie des Bürgertums.“²⁰³ Für die Aneignung der Geschichte der Arbeiterbewegung folgt daraus nicht, daß sich die Politik in die Ökonomie und deren Entwicklungsgesetze auflöst. Vielmehr hat sie den Zusammenhang dieser Gesetzmäßigkeiten mit der „ganze(n) Komplexität der Herrschaftsmechanismen bürgerlicher Vergesellschaftung“ zu verfolgen.²⁰⁴ Diese Komplexität wiederum geht nicht in der arbeitsteiligen Analyse des gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses und seiner inneren Struktur auf. So unabdingbar die Analyse der ökonomischen Entwicklung, der Klassenverhältnisse und des Staates für das Verständnis jeder historischen Periode ist, so unvollkommen muß jeder Versuch bleiben, aus dieser Strukturanalyse gleichsam mechanisch auf die historischen Akteure, auf den konkret

203 E. Altwater, Die bürgerliche Hegemonie, die „Logik der ökonomischen Sachzwänge“ und die Alternative der Arbeiterbewegung, in: Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, a. a. O., S. 65 ff., hier S. 73.

204 Ebd.

historischen Verlauf von Klassenauseinandersetzungen, auf die „Ereignisgeschichte“ zu schließen. Der sozialgeschichtlichen Forschung kommt — soweit sie unser Wissen über die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen, über die Alltagsformen des Bewußtseins, über die proletarische Lebensweise und Kultur und schließlich über die klasseninternen Differenzierungsprozesse erweitert — daher zweifellos das Verdienst zu, Wirklichkeitsbereiche „zwischen Wirtschaft und Politik“ zu erschließen, „in denen sich ein sehr großer Teil des Lebens der vielen abgespielt hat“. ²⁰⁵ Die italienischen Historiker Agosti und Bravo benennen jedoch einige Schwächen dieses Ansatzes, der neuerdings in der Historiographie der Arbeiterbewegung als „Klassengeschichte“ firmiert: „Er hat die Untersuchung der Lage der Arbeiterschaft gegenüber der organisierten Bewegung überbewertet; er hat das Interesse für die spontanen Kämpfe gegenüber dem Interesse für die institutionellen Strukturen und Organisationen der Arbeiterbewegung, der zeitlichen Kontinuität sowohl der Organisationen als auch der Kämpfe selbst akzentuiert; es ist ihm nicht gelungen, die politische und ideologische Avantgarde-Funktion der Arbeiterbewegung im komplexen Rahmen der Klassengeschichte zu begründen; insgesamt stellt er einen Versuch dar, die Geschichte dessen zu schreiben, was in Wahrheit nicht stattgefunden hat.“ ²⁰⁶

Es geht also nicht nur darum, die „verschiedenen Wirklichkeitsbereiche“ und ihre Wechselwirkung in der historischen Analyse zu berücksichtigen. ²⁰⁷ Der

205 J. Kocka, Sozialgeschichte: Begriff-Entwicklung-Probleme, in: ders., Sozialgeschichte, Göttingen 1977. S. 48 ff., hier S. 93.

206 A. Agosti/G. M. Bravo, Introduzione, in: dies. (Hrsg.), Storia del Movimento Operaio, del Socialismo e delle Lotte Sociali in Piemonte, Band 1, Bari 1979, S. 11 ff., hier S. 19. B. Trentin beschäftigt sich ebenfalls kritisch mit dieser Konzeption und bezieht dabei die politischen Auseinandersetzungen in der Phase des „heißen Herbstes“ zwischen Arbeiter- und Intellektuellenbewegung (1969) ein: Er kritisiert die „intellektuelle Faulheit und die Ideologiekraftigkeit einiger Forscher und Beobachter, die — koste es, was es wolle — in der Erfahrung der Delegierten und der Räte (consigli), die Bestätigung für ihr vorgefaßtes Modell wiederfinden wollten; oder auch die Bestätigung für ihre Interpretation der Geschichte der Arbeiterbewegung als „Parallelgeschichte“ der „Klasse“ und ihrer Organisationen. Und das mit dem Ziel, die Autonomie dieser Klasse im Verhältnis zu jeder Form der gewerkschaftlichen oder politischen Organisation zu hypostasieren, oder auch — genau umgekehrt — mit dem Ziel, den unabänderlich subalternen oder korporatistischen Charakter einer Klassenbewegung zu bekräftigen, die nicht „von außen“ geleitet wird, die nicht von der Führung und der Wissenschaft aufgeklärter Avantgarde-Gruppen erlöst wird“. B. Trentin, Il sindacato dei consigli, Intervista di Bruno Ugolini, Roma 1980, S. 25/26.

207 J. Kocka's Konzept der „Gesellschaftsgeschichte“ fordert die Einbeziehung dieser Wirklichkeitsbereiche „... von den materiellen Bedingungen, von den Bevölkerungsverhältnissen, vom wirtschaftlichen Wachstum und Wandel über die sozialen Klassen, Gruppen und Schichten, Allianzen, Proteste und Konflikte, Sozialisationsprozesse, Verhaltensmuster und kollektiven Mentalitäten bis hin zu den politischen Institutionen und Willensbildungsprozessen sowie den Veränderungen im Bereich der Kunst, Religion und Wissenschaft“. Ders. Sozialgeschichte, a. a. O., S. 99.

späte F. Engels betonte mehrfach, daß er und Marx bei der „Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und (der) durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen“ das Hauptgewicht auf die „ökonomischen Grundtatsachen“ gelegt und dabei „die formelle über der inhaltlichen Seite vernachlässigt“ haben.²⁰⁸ Er anerkannte ausdrücklich die relative Autonomie der Überbauelemente im historischen Prozeß: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus — politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate, Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. — Rechtsformen und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*. Es ist die Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten . . . als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichteperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“ Engels fügt hinzu: 1. „Wir machen unsere Geschichte selbst, aber . . . unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen“. 2. „Die Geschichte (macht sich) so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist.“²⁰⁹

Was Engels hier als Dialektik von — letztlich ökonomischer — Bestimmtheit und der konkreten Mannigfaltigkeit der Erscheinungen in der geschichtlichen Situation beschreibt, stellt sich für die Arbeiterbewegung konkret als Problem ihrer eigenen geschichtlichen Praxis. Als organisierte Macht eines kollektiven Interesses und Willens durchbricht sie die scheinbar naturwüchsige Zufälligkeit des historischen Prozesses. Sie greift in die Geschichte ein. Je größer ihre politische Kraft, um so größer die Möglichkeit, daß die Klasse, deren Ausdruck und Instrument sie ist, selbst zum Subjekt des Geschichtsprozesses wer-

208 F. Engels, an F. Mehring, (1893), MEW, 39, S. 96.

209 F. Engels, an J. Bloch, (1890), MEW, 37, S. 463/464.

den kann.²¹⁰ Die Einheit von Theorie und Praxis stellt sich nicht allein dadurch her, daß die Arbeiterbewegung ihre Praxis aus dem allgemeinen Wissen bestimmt, das sie über den Charakter der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der kapitalistischen Ordnung besitzt. Theoretisch geleitete Klassenpraxis, d. h. „Politik zu machen“, verlangt immer auch die „Fähigkeit, die Methode der differenzierten Analyse anzuwenden, die den spezifischen Charakter der Situation zu treffen, die (gemäß der Lehre von Lenin) die konkrete Analyse konkreter Situationen zu leisten vermag.“²¹¹ Politik ist daher kein dezisionistischer Willensakt. Zum einen bezeichnet sie das Feld der Klassenpraxis, von Klassenstrategien. In ihnen spiegeln sich nicht nur die Reproduktionsbedingungen und -interessen der Klassen, die Funktionsweise der institutionell gewonnenen Herrschaftsinteressen sowie der ideologischen Mächte und Apparate, sondern auch die Formen des scheinbar vorpolitischen, spontanen Bewußtseins und Verhaltens, die in der kapitalistischen Gesellschaft stets als Konstellation der Verknüpfung von individueller Atomisierung und kollektiver Bedürfnisartikulation existieren. Zum anderen beinhaltet Politik stets den bewußten Eingriff, Handlungsorientierung, die darauf zielt, die vorgegebenen Kräfteverhältnisse und ideologischen Konstellationen nicht nur zu begreifen, sondern sie zu verändern. Für die Arbeiterbewegung kann diese Veränderung nur bedeuten, hegemoniale Positionen zu erringen, das heißt: zu einer politischen Kraft zu werden, die die um den Staat zentrierte bürgerliche Macht infragezustellen vermag, und zugleich die Fähigkeit der „politischen und moralischen Führung“ der Arbeiterklasse und eines Klassenbündnisses zu entwickeln. In diesem Sinne zeichnet sich — wie N. Poulantzas hervorhebt — politische Praxis durch den Bezug auf eine „Gesamtsituation“, auf den „strategische(n) Punkt“ aus, „an dem die verschiedenen Widersprüche miteinander verschmelzen, insofern sie Ausdruck der Verknüpfung sind, die eine Struktur mit Dominanz spezifiziert. Der Gegenstand der politischen Praxis, wie ihn Lenin im Marxismus entwickelt, ist der Punkt, wo schließlich die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Widersprüchen, die für die Einheit der Struktur typisch sind, verschmelzen, der Ausgangspunkt, von dem aus man in einer konkreten Situation die Einheit der Struktur ermitteln und

210 Eine Schwäche des — ansonsten sehr instruktiven — Beitrages von E. Hennig, Lesehinweise für die Lektüre der ‚politischen Schriften‘ von Marx und Engels, in: ders. u. a. (Hrsg.), K. Marx/F. Engels: Staatstheorie, Frankfurt a. M./Berlin (West)-Wien 1974, S. LIX ff., sehe ich darin, daß er diesen Gesichtspunkt der geschichtlichen Praxis, der Klassenpraxis, nicht beachtet und statt dessen lediglich das Theorie-Empirie-Problem reflektiert.

211 L. Gruppi, La teoria del partito rivoluzionario, a. a. O., S. 140. Gruppi bezieht sich hier auf P. Togliatti.

auf sie einwirken kann, um sie zu verändern.“²¹²

F. Engels hat in der Einleitung zu K. Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ im Jahre 1895 darauf aufmerksam gemacht, daß die „Tagesgeschichte“, also: die aktuelle, aus den unmittelbaren, geschichtlichen Erfahrungen hervorgehende, politische Analyse, niemals „bis auf die letzten ökonomischen Ursachen“ zurückgehen kann. Daher müsse sich die „materialistische Methode“ hier nur zu oft darauf beschränken, „die politischen Konflikte auf Interessenkämpfe der durch die ökonomische Entwicklung gegebenen, vorgefundenen Gesellschaftsklassen und Klassenfraktionen zurückzuführen und die einzelnen politischen Parteien nachzuweisen als den mehr oder weniger adäquaten politischen Ausdruck dieser selben Klassen und Klassenfraktionen“. Er fährt fort: „Es ist selbstredend, daß diese unvermeidliche Vernachlässigung der gleichzeitigen Veränderungen der ökonomischen Lage, der eigentlichen Basis aller zu untersuchenden Vorgänge, eine Fehlerquelle sein muß. Aber alle Bedingungen einer zusammenfassenden Darstellung der Tagesgeschichte schließen unvermeidliche Fehlerquellen in sich . . .“²¹³

Ebenso wenig wie die „Tagesgeschichte“ kann die Tagespolitik, die Entscheidung in der „strategischen Situation“, alle Bedingungskonstellationen bis auf den letzten Grund verfolgen. Daher werden ihr ebenso unvermeidlich Fehler unterlaufen. Für die Klassenbewegung ist langfristig natürlich die post-festum-Analyse dieser Fehler notwendig. Sie bildet einen wesentlichen Bestandteil der Historiographie und damit des „Geschichtsbewußtseins“ der Arbeiterbewegung.²¹⁴ Gleichwohl kann die Erkenntnis und Überwindung solcher Fehler in der politischen Praxis letztlich nur durch Erfahrungen und Lernprozesse der Massen, die in den Kampf eintreten, erfolgen. Darin liegt eben eine Spezifik der proletarischen Klassenbewegung, daß das Spannungsverhältnis von Theorie und Erfahrung, von Klassenbewegung und Klassenorganisation, immer wieder in der Aktion, in den wirklichen Kämpfen aufgelöst werden muß. Rosa Luxemburg hat diese „gigantischen Aufgaben“ des modernen Proletariats eindrucksvoll formuliert: „Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigen ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermesslichen Leiden, son-

212 N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, a. a. O., S. 39.

213 F. Engels, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ (1895), MEW, 22, S. 509/510.

214 G. Haupt (Pourquoi l'histoire du mouvement ouvrier, in: ders. L'Historien et le Mouvement Social, Paris 1980, S. 17 ff.) hebt hervor: „Le mouvement ouvrier organisé est confronté à une double exigence qui commande une double utilisation de sa propre histoire: a) l'histoire du mouvement ouvrier en tant que praxis . . . b) l'histoire en tant que tradition.“ (ebd. S. 36 ff.).

dern auch mit unzähligen Irrtümern bepflanzt. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob es das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung²¹⁵. Wie bei allen politischen Texten, so muß auch hier der zeitgeschichtliche Bezug festgestellt werden: R. Luxemburg spricht von der „Krise der Sozialdemokratie“ im Ersten Weltkrieg (1916) und von der Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung der internationalen, sozialistischen Bewegung.

Lenin's bekannte Formulierung „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomie“ impliziert nun keineswegs die Auffassung, das Verhältnis von materiell-gesellschaftlichen Verhältnissen und Politik sei beliebig umkehrbar und daher dem subjektiven Willen unterworfen. Er bezieht sich einerseits auf den Stellenwert des politischen gegenüber dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse, andererseits — das scheint in der Tat ein für die sozialistische Gesellschaft neuer Gesichtspunkt — auf die kollektive und bewußte, über den sozialistischen Staat vermittelte, Aneignung, Regelung und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Denn „ohne die richtige politische Position kann sich eine Klasse nicht in der Herrschaft behaupten und infolgedessen auch nicht ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Produktion lösen.“²¹⁶

Dieser Gedanke Lenin's hat in hohem Maße das Denken von Antonio Gramsci beeinflußt. In einer bekannten Notiz aus den „Kerkerheften“ mit der Überschrift „Wie die Geschichte studieren?“ bemerkt er: „Die Geschichte interessiert uns nicht aus objektiven, sondern aus ‚politischen‘ Gründen.“²¹⁷ An anderer Stelle, wo er sich mit der idealistischen Machiavelli-Rezeption von B. Croce auseinandersetzt, entwickelt er diese Überlegung zum Begriff des „historischen Blocks“. „Man kann die Politik und die Geschichte identifizieren und folglich das ganze Leben und die Politik“. Die Politik wird zur „autonomen Wissenschaft“, sobald es ihr gelingt, „zwischen den Abstufungen des Überbaus“ zu unterscheiden, „die dialektische Position des politischen Handelns (und der entsprechenden Wissenschaft) als bestimmte Stufen des Überbaus festzustellen“. Politisches Handeln ist daher — nach einer durchaus vorläufigen Bestimmung — „erstes Moment oder erste Stufe, das Moment, in

215 R. Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre, 1916), in: dies., Politische Schriften, II, hrsg. v. O. K. Flechtheim, Frankfurt a. M./Wien 1966, S. 19 ff., hier S. 21.

216 W. I. Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, zit. nach N. Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klasse, a. a. O., S. 91.

217 A. Gramsci, Quaderni del Carcere, III, a. a. O., S. 1723.

dem der Überbau noch in der unmittelbaren Phase des bloß willenshaften, unbestimmten und elementaren Ausdrucks sich befindet“.²¹⁸ Gramsci betont mithin das „Primat der Politik als Motor der Dialektik von Basis und Überbau“.²¹⁹ Aufgabe politischer Theorie ist es, den jeweiligen Entwicklungsstand des „historischen Blocks“ — das heißt: „Einheit von Natur und Geist (Basis und Überbau); Einheit der Gegensätze und Unterschiede“²²⁰ — zu untersuchen. Politische Praxis, die von einer solchen Untersuchung sich leiten läßt, muß daher als die Übersetzung der „ökonomischen Problematik (Sicherung der materiellen Reproduktion der herrschenden Klasse) . . . in eine politische Fragestellung (Sicherung der politischen und ideologischen Vorherrschaft dieser Klasse innerhalb der Gesamtgesellschaft)“²²¹ aufgefaßt werden.

Sehr klar hat Palmiro Togliatti in seinem Beitrag „Der Leninismus im Denken und Handeln von A. Gramsci“ diesen Leitgedanken seines Werkes herausgearbeitet: „Gramsci war ein Theoretiker der Politik, vor allem aber war er ein praktischer Politiker, das heißt ein Kämpfer. Seine Auffassung von der Politik lehnt sowohl den Instrumentalismus als auch den abstrakten Moralismus oder die abstrakte Ausarbeitung von Theorien ab. Politik zu machen bedeutet, für die Umgestaltung der Welt zu wirken. In der Politik ist folglich die ganze wirkliche Philosophie eines jeden einzelnen enthalten, in der Politik findet sich die Substanz der Geschichte, und in ihr findet sich auch für den einzelnen, der zur kritischen Erkenntnis der Realität und zur kritischen Erkenntnis, die ihm im Kampf für die Veränderung der Realität zufällt, gelangt, die Substanz seines moralischen Lebens.“ Wenig später fügt er hinzu: „Die Politik wird Wissenschaft, wenn sie ihre Grundlagen in der konkreten Analyse der objektiven Verhältnisse auf den verschiedenen Stufen der Struktur der Gesellschaft hat sowie in der konkreten Analyse des Zusammenhangs zwischen diesen objektiven Verhältnissen und den geistigen und institutionellen Formen des Überbaus, sowie der Wechselwirkung, die sich zwischen der einen und der anderen herstellt und aus der der Verlauf der geschichtlichen Ereignisse hervorgeht. Der wirkliche Gehalt dieser Beziehung und der ganzen Bewegung zeigt sich aber nur über die Aktion, im Gegensatz zwischen den Klassen, im Kampf der herrschenden Gruppen für die Erhaltung der eigenen Diktatur und im Kampf der revolutionären Klassen für die Eroberung der Macht, das heißt

218 Ebd., S. 1569.

219 K. Priester, Die Bedeutung von Gramsci's „erweitertem Staatsbegriff“, a. a. O., S. 30.

220 A. Gramsci, Quaderni del Carcere, III, a. a. O., S. 1569. An anderer Stelle schreibt er: „Die Basis und der Überbau bilden einen ‚historischen Block‘, d. h. die komplexe und widersprüchliche Gesamtheit der Überbauten sind der Reflex der Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse“ (Ebd., II, S. 1051).

221 K. Priester, Die Bedeutung von Gramsci's „erweitertem Staatsbegriff“, a. a. O., S. 34.

im Kampf dafür, die Macht über ein System politischer Bündnisse zu erobern, deren Voraussetzung in der Struktur und in der Geschichte jeder Gesellschaft liegen, und dafür, sie vermittels des Aufbaus einer neuen Gesellschaft zu erhalten und zu festigen.“²²²

Die hier sehr allgemein skizzierte Konzeption einer Politisierung der Geschichte soll nunmehr kurz auf das Thema „Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung“ in der Zwischenkriegsperiode bezogen werden. Beschränkte sich die Analyse des Problems auf eine Betrachtung „von oben“, so würde diese in der Tat in einer Organisations- und Ideologiekritik aufgehen. Die Spaltung würde deskriptiv rekonstruiert aus dem strategischen und politischen Selbstverständnis von Organisationsführungen (und ihren „intellektuellen Stäben“) und möglicherweise noch auf das gleichsam überhistorische Wahrheitskriterium der Theorie der kapitalistischen Gesellschaft und des Klassenkampfes bezogen. Ein solcher Ansatz vermag die Bedingungen der Spaltung, soweit sie in der inneren Struktur der Klasse, den divergierenden Bewußtseinsformen sowie den Wirkungen der herrschenden, „ideologischen Apparate“ und Mächte begründet sind, nicht mehr zu erklären, und damit auch kaum mehr zum historischen Gegenstand eines politischen Lernprozesses zu machen. Demgegenüber eignet der sozialgeschichtlichen Betrachtung „von unten“ der Vorzug, daß sie Wirklichkeitsbereiche der Klassenlage und der Klassenauseinandersetzungen in den Blick nimmt, die sich in ihrer konkreten Gestalt zunächst dem abstrakten Zugriff der allgemeinen Programmatik wie der Aktionslösungen der Arbeiterbewegung zu entziehen scheinen. Solche Untersuchungen eröffnen eine neue Perspektive für das Verständnis der inneren sozialen, politischen und ideologischen Vielfalt in der Klasse. Sie können Bruchstellen in den Politisierungsprozessen „von unten“ (aus der Erfahrung des Klassenalltags in Betrieb, Kommune, Region) und denjenigen „von oben“ (aus der politischen Praxis der Organisationen und ihrer Führungsgruppen) verdeutlichen und dabei zugleich die Einsicht in die Bedingungen des Erfolgs bzw. des Scheiterns politischer Strategien in den Klassenauseinandersetzungen vertiefen.

Solche Untersuchungen tendieren jedoch gelegentlich zur Unterstellung einer strukturellen Diskrepanz zwischen konkreter Alltagserfahrung (und deren Identifikationsmechanismen) und der „Überpolitisierung“ durch das Wirken „bürokratisch verfaßter, politischer Apparate“, die dann nur durch die Aufhebung eines angeblich überkommenen — am Klassenkampf orientierten — Politikverständnisses in der Arbeiterbewegung überwunden werden kann (Wandel von der „Klassenpartei“ zur „Volkspartei“). Andere tendieren zu

222 P. Togliatti, *Der Leninismus im Denken und Handeln von A. Gramsci*, a. a. O., S. 71 und S. 74.

einer Überbewertung der sozialen und politischen Spaltungsprozesse „an der Basis“. Das führt sie zu der These, daß z. B. die Konfrontation von KPD und SPD in der Weimarer Republik letztlich der politische Ausdruck der unmittelbaren Erfahrung von Klassenfraktionen ist. Die schweren Fehler in der KPD-Politik, die im Sozialfaschismus-Verdikt gegenüber der SPD, in der RGO-Politik, auch in der zeitweiligen Unterschätzung der faschistischen Gefahr, insgesamt in der Bewertung der politisch-gesellschaftlichen Situation nach 1929 als „revolutionär“, enthalten sind, wären dann zu relativieren als der gleichsam spontane Ausdruck der sozialen und politischen Erfahrung des revolutionären Teils der Arbeiterklasse nach 1918/19.

So wichtig der Hinweis auf diesen realen Zusammenhang in der Auseinandersetzung mit denjenigen Analysen erscheint, die die Politik der KPD — spätestens ab 1925/26 — nur noch als Nachvollzug von inneren Fraktionskämpfen in der KPDSU sowie der außenpolitischen Interessendefinition der UdSSR denunzieren, so wenig vermag er doch dem Anspruch einer materialistischen Geschichtsanalyse gerecht zu werden. Er blendet nämlich — vermittelt der spontaneistischen Reduktion des Problems — die Möglichkeit und Notwendigkeit des bewußten, organisierten Verarbeitens dieser Erfahrung und des bewußten Eingreifens der Organisation in den historisch-politischen Prozeß aus. Dieses Eingreifen muß selbst Resultat einer „konkreten Analyse einer konkreten Situation“ sein. Vor allem negiert dieser Ansatz die Bedeutung der — theoretisch geleiteten — „strategischen Entscheidung“ als Faktor der ständigen Verknüpfung von Massenerfahrung und objektiven Bedingungskonstellationen des politischen Handelns, zu denen nicht nur die ökonomischen Prozesse und die hegemonialen Strukturen, sondern auch die Bewußtseinsformen verschiedener Klassenfraktionen gehören. L. Peter hat am Beispiel des RGO-Kurses der KPD daher mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß dessen Problematik nicht in der „Wirksamkeit des objektiven Bedingungsgefüges“ aufgeht: „Der Stellenwert, der einer Analyse der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und der durch sie vermittelten organisatorischen Entwicklungsformen der RGO im Rahmen einer marxistischen Untersuchung und zumal in der Auseinandersetzung mit nicht-marxistischen Interpretationen der RGO zukommt, darf nicht dadurch herabgesetzt werden, daß die relative Autonomie der Überbauprozesse, hier spezifisch der kommunistischen Gewerkschaftsstrategie am Ende der Weimarer Republik, in ihren Auswirkungen auf den Kampf der Arbeiterklasse bagatellisiert oder in den Mythos allmächtiger objektiver Umstände aufgelöst wird. Insofern ist der RGO-Kurs nicht nur das Resultat einer historischen Situation, die durch die Anpassung der Massengewerkschaften an das kapitalistische System gekennzeichnet war, sondern die RGO ist auch das Ergebnis eines durch die kommunistische Bewegung selbst hervorgerufenen, nicht vollständig auf die objektiven Verhältnisse reduzierba-

ren Bruchs mit eigenen Grundpositionen marxistischer Gewerkschaftstheorie, zu dem es . . . realistische Alternativen gegeben hätte.“²²³

Politische Geschichte — als die Hauptrichtung der bürgerlichen Historiographie seit dem 19. Jahrhundert — ist durch die Konzentration auf „die äußeren Beziehungen und inneren Tätigkeiten der Staaten, die Haltungen und Handlungen der Spitzenakteure, daneben die Institutionen, das Recht und die geistigen (auch religiösen) Strömungen“²²⁴, vor allem aber auch aufgrund ihrer apologetischen und legitimatorischen Funktion im Sinne einer konservativen „Staatsfrömmigkeit“ hinreichend diskreditiert. Schon F. Engels hatte im „Anti-Dühring“ diese Ideologie kritisiert: „Die Vorstellung, als wären die politischen Haupt- und Staatsaktionen das Entscheidende in der Geschichte, ist so alt, wie die Geschichtsschreibung selbst, und ist die Hauptursache davon, daß uns so wenig aufbewahrt worden ist über die sich im Hintergrund dieser lärmenden Auftritte still vollziehende und wirklich vorantreibende Entwicklung der Völker.“²²⁵ Wenn aber die „Geschichte aller bisherigen Gesellschaft“ — wie Marx und Engels im ersten Satz des „Kommunistischen Manifestes“ formulieren — als „Geschichte von Klassenkämpfen“ erfaßt wird, so ist damit schon eine wesentliche Bestimmung für die Berechtigung einer politischen Geschichte gegeben, soweit diese die „Übersetzung“ der objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Widersprüche in das Bewußtsein und Handeln der Menschen, die Konfrontation dieser Widerspruchskonstellationen im „politischen Raum“ zum Gegenstand hat. Der französische Historiker C. Mazauric schlägt in diesem Sinne eine — wie er sagt: „absichtlich breit gefaßte“ — Definition der politischen Geschichte vor: „Es wird die Untersuchung der Beziehungen zwischen sozialen Kräften, Gruppen und Individuen sein zur Ausübung und Erhaltung der Macht, die Erkenntnis der Kämpfe um die Kontrolle des Staates und der Institutionen auf den verschiedenen Stufen, auf denen sich kollektiver Zwang und ebenso vielfältiger Widerstand gegenüber diesem Zwang äußert. Schließlich ist es die Untersuchung der Modalitäten der morphologischen Transformationen von Institutionen und Staatsapparaten, durch welche eben die politischen Spannungen sich ausdrücken und die Ziele sich abzeichnen.“²²⁶

223 L. Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleichstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M., 1980, S. 40 ff., hier S. 52/53.

224 J. Kocka, Sozialgeschichte, a. a. O., S. 54.

225 F. Engels, Anti-Dühring, MEW, 20, S. 148.

226 C. Mazauric, Einige neue Wege für eine politische Geschichte der französischen Revolution, a. a. O., S. 90.

Es ist leicht einzusehen, daß der hier zugrunde gelegte Politik-Begriff nichts mit dem der konservativen Historiographie gemein hat. Während diese die Politik letztlich mit dem Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates identifiziert, wird bei Mazauric das Politische als eine bestimmte gesellschaftliche Form begriffen, in der die Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden und antagonistischen gesellschaftlichen Interessen sich vollzieht, wobei der „politische Raum“ in der Tat durch das System der Staatsapparate in der bürgerlichen Gesellschaft umrissen wird. Indem nun Mazauric die theoretischen Implikationen seiner Definition konkretisiert, wird zugleich deutlich, daß politische Geschichte weder auf die politische Ökonomie und die Klassenanalyse noch auf die Sozialgeschichte verzichten kann: „Die Grundlage der Politik (beruht) auf einer fundamentalen, wesentlichen *Spaltung* innerhalb der sozialen Organisationen . . . einer Klassenspaltung, wobei dem Staat und den Machtorganismen die Funktion zukommt, die Klassenhegemonie einer Klasse gegenüber der Gesamtgesellschaft zu sichern. Denn dies eben verleiht dem Staat seinen begründenden Status und der Politik ihre relative Autonomie gegenüber der Ökonomie, der Gesellschaft sowie den Ideologien und Strukturen des Staates selbst. So gesehen, ist die Untersuchung der Politik, die politische Geschichte von der Sozialgeschichte und ihren Grundlagen nicht zu trennen; sie ist ihr gegenüber nur ein besonderer Aspekt, ein wirksames Teilstück, eine determinierende Verlängerung. Die Politik wird zum aktiven Träger der Klassenkämpfe und der Veränderungen, die sie der gesellschaftlichen und internationalen Realität aufzwingen. Zudem läßt sich nur in Bezug auf dieses Ganze der Sinn der politischen Aktion, das Gewicht der politischen Initiative verstehen, läßt sich über eine politische Strategie urteilen, die Bedeutung einer taktischen Unternehmung präzisieren, die Entwicklung kurzfristig einordnen und die langfristige Wirkung absehen.“²²⁷

Geschichte der Arbeiterbewegung kann sich daher nicht in Sozialgeschichte oder Alltagsgeschichte auflösen. Sie wird politische Geschichte in dem Maße, wie sie sich auf die Arbeiterklasse als das Subjekt des geschichtlichen Wandels und der gesellschaftlichen Transformation bezieht.²²⁸ Agosti und Bravo konkretisieren diesen wesentlichen Bezugspunkt der marxistischen Historiographie: „Das Proletariat war und ist nach wie vor die revolutionäre Kraft

227 Ebd., S. 90/91.

228 P. Spriano, der Verfasser der großen, 5-bändigen „Storia del Partito Comunista Italiano“, Torino 1976, gibt hingegen eine recht tautologische Begründung für eine „politische Geschichte“ der kommunistischen Partei. Deren straff zentralistische Organisation mache eine Analyse „von oben“, (d. h. aus der Sicht der „Führungsgruppen“) notwendig; die Partei sei nun einmal eine politische Organisation, ders., *Intervista sulla storia del PCI*, a. a. O., S. 19/20.

(l'agente rivoluzionario), die in der ein oder anderen Weise, in verschiedenen und unabhängigen Formen, auf die ‚Liquidation‘ des herrschenden Systems zielt — und zwar in dem Sinne, daß sie in den Kämpfen, in der Organisation und in der politischen und geistigen Auseinandersetzung das Projekt einer alternativen Ordnung zum herrschenden System einbringt.“²²⁹ Anknüpfend an die berühmte Formulierung von A. Gramsci: „die Geschichte einer Partei kann nur die Geschichte einer bestimmten Gesellschaftsklasse sein“²³⁰, gelangen sie zu methodologischen Kriterien, über die die Vermittlung von der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Politik der Arbeiterbewegung geleistet werden kann: der Bezug auf das „Konzept der Hegemonie“, das den Schlüssel liefert, um die „fortschreitende Reifung des Gewichtes der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in der nationalen Geschichte zu interpretieren“.²³¹ Natürlich kann dieses Forschungskonzept marxistischer, italienischer Historiker der Arbeiterbewegung nicht schematisch verallgemeinert werden. Gleichwohl kann die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung — namentlich der Analyse ihrer Spaltung und Einheit — in der kritischen Aneignung dieser Konzeption neue Fragen und Felder für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erschließen und dabei selbst noch zu einem politischen Lernprozeß beitragen, der die Wiederholung vergangener Fehler und Versäumnisse ausschließt.

229 A. Agosti/G. M. Bravo, *Introduzione*, a. a. O., S. 12.

230 A. Gramsci, *Quaderni del Carcere*, III, a. a. O., S. 1630.

231 A. Agosti/G. M. Bravo, *Introduzione*, a. a. O., S. 19/20.

Partizipation, Autonomie und Demokratie — einige aktuelle Probleme der Politik der Arbeiterbewegung

1.

In der Geschichte der sozialistischen Theorie und Politik gab es von Anfang an eine scharfe Unterscheidung zwischen den reformistischen Konzepten „Partizipation“ und „industrielle Demokratie“ und dem revolutionären Kampf um die Staatsmacht als der wesentlichen Vorbedingung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Diese Unterscheidung spaltete und konfrontierte nicht allein die wichtigsten Strömungen in der politischen Arbeiterbewegung: Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie bildete zugleich das Zentrum von zahlreichen Debatten, Spannungen und Konflikten zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung.

Diese Unterscheidung beinhaltet bis in die Gegenwart grundlegende Probleme der Strategie der Arbeiterklasse. Auf der einen Seite wirft sie die Frage auf, wie es überhaupt möglich ist, zur gleichen Zeit auf dem Boden des kapitalistischen Systems für die Hebung der sozialen und kulturellen Lage der Lohnabhängigen *und* für die Umwälzung dieses Systems zu arbeiten. Damit ist das Grundproblem von Gewerkschaften benannt, die den Charakter von Massenorganisationen angenommen haben, die erfolgreich Beteiligungs- und Kontrollrechte in der Organisation des kapitalistischen Produktionsprozesses durchgesetzt haben und die — in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern — durch die Verfassung (oder durch andere rechtliche und institutionelle Regelungen) als notwendige Bestandteile der politischen, ökonomischen und ideologischen Reproduktion des Kapitalismus anerkannt sind.

Auf der anderen Seite begeben wir uns unmittelbar auf das Feld der immer wieder neu diskutierten Dialektik von Reform und Revolution. Bilden Reformen auf dem Gebiete von Beteiligungsrechten der Arbeiter und die Ausweitung der „industriellen Demokratie“ organische und einander folgende Sprossen auf der langen Leiter, die schließlich zum demokratischen Sozialismus führen? Oder sollten solche Reformschritte nur als Macht- und Kampfposition der Arbeiterklasse betrachtet werden, die ausgenutzt werden, um der Macht des Kapitals ein System der Gegenmacht entgegenzustellen und damit die Bedingungen für den allgemeinen politischen Kampf der Arbeiterklasse zu verbessern, der auf die Überwindung und Zerstörung der alten Gesellschaftsordnung zielt?

Dies impliziert schließlich die schwierige Frage, wie eigentlich die Funktion und die Beziehung der Politik der Arbeiterbewegung auf der Ebene der Pro-

duktion, d. h. des kapitalistischen Unternehmens, und auf der Ebene des Staates, der Gesellschaft als Ganzes zu bestimmen ist. Wenn wir diese Fragen geschichtlich untersuchen, stoßen wir nicht nur auf die Konfrontation zwischen dem reformistischen und dem revolutionären Sozialismus, sondern auch auf Differenzen z. B. zwischen dem revolutionären Syndikalismus und dem Leninismus. Allgemeiner gesagt: die jeweiligen Lösungen dieser Probleme verdeutlichen, wie in einer besonderen Periode des Klassenkampfes die konkrete Dialektik von Reform und Revolution theoretisch und praktisch ausgetragen wurde. Zugleich jedoch bestimmen solche Lösungen immer auch das Verständnis der Strukturen der künftigen sozialistischen Gesellschaft.

2.

Um einige der Fragen, die in den einleitenden Bemerkungen aufgeworfen wurden, zu vertiefen, sollten wir kurz zu den Debatten zurückkehren, die die deutsche Arbeiterbewegung in der Periode zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Sieg des Faschismus im Jahre 1933 bewegten. Eduard Bernstein hatte schon lange zuvor der deutschen Sozialdemokratie das englische Konzept der „industriellen Demokratie“ anempfahlen. Er war davon überzeugt, daß neben dem „kommunalen Sozialismus“, den parlamentarischen Erfolgen der Partei und dem Anwachsen der Genossenschaftsbewegung die „industrielle Demokratie“ eine der Säulen jenes durch die Arbeiterbewegung betriebenen „zivilisatorischen Prozesses“ sei, der schließlich zur schrittweisen Transformation hin zum Sozialismus führen werde. Während der Novemberrevolution der Jahre 1918/1919 verfolgte der rechte Mehrheitsflügel der Sozialdemokratie die Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Kapital sowie eine „Koalitions-Politik“ nicht nur mit den sog. bürgerlichen „Mittelparteien“ sondern zugleich mit dem Oberkommando der alten, kaiserlichen Armee. Sie hatte sich auf das strategische Konzept festgelegt, eine revolutionäre Situation (die sich in der Richtung der bolschewistischen Oktoberrevolution des Jahrs 1917 entwickeln könnte) zu verhindern bzw. zu unterdrücken, die bürgerliche, parlamentarische Demokratie zu verwirklichen, und dieser Elemente der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie hinzuzufügen (z. B. die Garantie sozialer Rechte der Arbeiter durch die Verfassung, die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifpolitik, die Vergesellschaftung der Schwerindustrien, die Schaffung von Arbeiterräten auf der Ebene des Betriebes, der Branche und des Staates, und schließlich: die verfassungsmäßige Bekräftigung der „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit“).

Die linke Opposition, die sich bis 1920 vor allem aus „Unabhängigen Sozialdemokraten“ und Kommunisten zusammenfand, kritisierte diese Konzeption,

mehr noch die damit verbundene praktische Politik, die sich für die konterrevolutionäre Unterdrückung von Streiks und Arbeiterrevolten zur Verfügung stellte. Nach den Erfahrungen des Krieges und der Novemberrevolution setzte sich im Bewußtsein breiter Teile der Arbeiterklasse die Formel vom „Verrat der rechten, sozialdemokratischen Führer“ fest. Die linke Opposition verfocht das Konzept der Räte-Demokratie und der Arbeiterkontrolle. Dieses alternative Programm beschränkte sich jedoch keineswegs auf die Vorstellung von einer demokratischen Organisation des Produktionsprozesses. Es verstand sich vielmehr als Programm der „sozialen Revolution“ und der „Zerschlagung des bürgerlichen Staates“. Kämpfe um die Kontrolle der kapitalistischen Macht in Ökonomie und Politik sollten Glieder in der Kette des revolutionären Kampfes sein, der schließlich auf das Zentrum der Macht, den kapitalistischen Staat, zielt, um die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. Das revolutionäre Programm der Arbeiterkontrolle hatte daher wenig mit dem Konzept der „Parität“ oder „Gleichberechtigung“ zwischen Kapital und Arbeit gemein, das die rechtssozialdemokratische Politik in dieser Periode bestimmte.

Mindestens ein Aspekt dieser Auseinandersetzung scheint auch für die heutigen Diskussionen relevant zu sein. Die Differenz zwischen den beiden Flügeln war nicht in erster Linie an die Bewertung des Ausmaßes und der Funktion der „industriellen Demokratie“ gebunden. Sie ergab sich vielmehr aus zwei fundamental verschiedenen Auffassungen über den Staat. Auf der einen Seite gab die bekannte Schlußfolgerung aus Lenin's „Staat und Revolution“: „Die grundlegende Frage der Revolution ist die der Staatsmacht“ — die Orientierung. Viele Widersprüche und Fehler der kommunistischen Politik entstanden aus der Schwierigkeit, eine Strategie für nicht-revolutionäre Situationen bzw. für Perioden des konterrevolutionären Gegenangriffs, also für geschichtliche Situationen zu entwickeln, in denen der direkte Angriff auf die Staatsmacht nicht auf der Tagesordnung stand. Dem entsprach die Tendenz, kommunistische Politik zu „überpolitisieren“. Alle Anstrengungen der Propaganda und des Kampfes wurden so auf die unmittelbare Vorbereitung der „proletarischen Revolution“ gerichtet. Auf diese Weise isolierte sich diese Politik — zumindest in der Periode der Weltwirtschaftskrise und des Aufschwungs der faschistischen Massenbewegung nach 1929 — von den Massen. Sie unterschätzte die Bedeutung von Kämpfen für unmittelbare Ziele und die Möglichkeit einer politischen Programmatik, die nicht den totalen „Bruch“, sondern den demokratischen Übergang zum Sozialismus verfolgte. Daraus ergab sich wiederum die Unterschätzung der Bedeutung der Bündnispolitik in der Arbeiterbewegung und mit anderen sozialen Kräften sowie der Verteidigung der Demokratie angesichts der drohenden faschistischen Gefahr. Schließlich beinhaltete diese Konzeption auch eine Unterschätzung der Gewerkschaftsautonomie und

der industriellen Demokratie. Probleme, die außerhalb der streng zentralisierten Konzeption der revolutionären Partei, des Kampfes um die Staatsmacht, der Diktatur des Proletariats usw. lagen, gerieten dabei aus dem Blickfeld. Erst durch die brutalen Lektionen des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges wurden hier Lernprozesse in Gang gesetzt.

Auf der anderen Seite legitimierten die sozialdemokratischen Illusionen über den „demokratischen Staat“ und die „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit“ die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Unterdrückung sozialrevolutionärer Bewegungen. Mehr noch: sie demobilisierten, entwaffneten und paralyisierten die Arbeiterklasse in der Periode der Wirtschaftskrise und des faschistischen Aufschwungs. Gleichwohl kann man die sozialdemokratische Konzeption des Staates und des Sozialismus nicht auf die Formel reduzieren, daß die politische nur noch durch die wirtschaftliche und soziale Demokratie ergänzt werden müsse. Neben Hilferding's Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ und dem „Wirtschaftsdemokratie“-Programm der Gewerkschaften des ADGB gab es auf dem Gebiet des Staats- und Arbeitsrechtes eine lebhafte Debatte. Konservative und schließlich zum Faschismus tendierende Theoretiker (wie Carl Schmitt oder Rudolf Smend) waren ebenso wie sozialistische Juristen (wie Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer) im wesentlichen mit der gleichen Problemstellung beschäftigt (obwohl ihre Antworten höchst gegensätzlich ausfielen): Wie ist der demokratische Staat überhaupt noch möglich in einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch den offenen Klassenantagonismus strukturiert ist?

Auch die Antworten der Sozialisten variierten beträchtlich. Einige von ihnen näherten sich in der Endphase der Weimarer Republik nationalistischen und antidemokratischen Tendenzen an. Andere unterstrichen die Bedeutung des revolutionären Klassenkampfes und näherten sich dem Konzept der „Diktatur des Proletariats“. Ihre Überlegungen zum „Sozialstaat“ (Heller) oder zur dialektischen Demokratie“ (Fraenkel) bezogen sich vor allem auf Veränderungen, die sich in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie im Verhältnis der politischen Kräfte, die die antagonistischen Klassen repräsentieren, vollzogen hatten. Einige dieser radikaleren Juristen standen daher Otto Bauer's Interpretation des „Austromarxismus“ nahe. Dieser gewann seine zentralen strategischen Aussagen aus der Analyse des „Kräftegleichgewichtes der Klassen“ in der Periode nach dem Ersten Weltkrieg. Sie verwarfen die harmonistische Idee der „Parität von Kapital und Arbeit“ und des darauf begründeten „Sozialstaats“. Sie konzentrierten sich vielmehr auf die „kollektive Demokratie“ (als ein Subsystem der „dialektischen Demokratie“). Diese wurde als organisierendes Prinzip des Arbeitsmarktes, der Produktion und schließlich des gesamten ökonomischen Prozesses begriffen. Demzufolge sollten ökonomische und soziale Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften, In-

stitutionen, die die Möglichkeit bieten, Elemente der Kontrolle über die kapitalistische Macht zu etablieren, dazu dienen, den Klassenkampf voranzutreiben. Das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ und die „dialektische Demokratie“ könnten im Verlaufe dieses Kampfes in die Hegemonie der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie transformiert werden. Die Krise des Kapitalismus und reaktionäre Gegenbewegungen könnten — ausgehend von den Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse — eine solche Transformationsperiode einleiten.

3.

Solchen Gedanken haben jedoch zwischen 1929 und 1933 niemals die Politik der deutschen Sozialdemokratie beeinflussen könnten. Diese tendierte vielmehr zu Anpassung und Apathie. Sie akzeptierte Maßnahmen zur Vernichtung der Demokratie als „kleineres Übel“ gegenüber dem Faschismus. Einige Jahre später beklagte Hugo Sinzheimer, einer der führenden Vertreter des „kollektiven Rechts“ und der „Sozialpolitik“ in der Weimarer Republik, daß das ganze System des „Sozialstaates“ eben in einer Situation versagt habe, in der es als Waffe zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen Krise und Faschismus hätte dienen sollen. Zur gleichen Zeit warf Franz Neumann, ebenfalls einer der sozialdemokratischen Experten auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsrechts, Sinzheimer und anderen vor, daß sie Normen eines institutionalistischen Legalismus in das deutsche Arbeitsrecht eingeführt hätten. Diese seien von konservativen Juristen aufgegriffen worden, um das Rechtssystem an die Bedürfnisse des Monopolkapitalismus sowie an den autoritären Staat anzupassen.

Dennoch sollte die erneute Beschäftigung mit diesen theoretischen Traditionen und politischen Erfahrungen nicht dazu dienen, die hinreichend bekannten Fehler und Unterlassungen der Vergangenheit zu wiederholen, die zur Niederlage der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus führten. Vielmehr könnten einige der Überlegungen, die in dieser Debatte formuliert wurden, durchaus das Bemühen unterstützen, in der Gegenwart Antworten und Lösungen für die schwierigen Aufgaben zu formulieren, mit der die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Kräfte im gegenwärtigen, staatsmonopolistischen Kapitalismus konfrontiert sind. Während des vergangenen Jahrzehnts ging dieses System durch eine tiefe ökonomische, soziale und ideologische Krise. Es wird kaum noch bezweifelt, daß wir im bevorstehenden Jahrzehnt eine Verschärfung dieser Krisenprozesse erleben werden.

Welches sind nun neuere Entwicklungen und Erfahrungen, die eine kritische Neu-Bewertung der gerade — knapp skizzierten — Debatte der Zwischen-

kriegsperiode verlangen?

— Die Intervention des Staates in das ökonomische und soziale System des Kapitalismus (der wesentliche Bezugspunkt der sozialdemokratischen Gesellschafts- und Staatstheorie nach dem Ersten Weltkrieg) hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg qualitativ ausgedehnt. Auf dem Gebiet der marxistischen politischen Ökonomie haben die meisten kommunistischen Parteien die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus anerkannt und weiter ausgearbeitet.

— Im Ergebnis der antifaschistischen Bewegungen (während des Zweiten Weltkrieges) und der Erfahrung einer langen Periode kapitalistischer Stabilität in der 50er und 60er Jahren haben alle kommunistischen Parteien in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Programme und Strategien ausgearbeitet, die sich auf einen „demokratischen Übergang zum Sozialismus“ konzentrieren. In weiten Teilen der kommunistischen Bewegung hat dies (zusammen mit einer kritischen Analyse des politischen Systems der sozialistischen Länder) zu einer Neubestimmung der Demokratie und des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus geführt. Dazu gehört auch, daß wirtschaftliche und industrielle Demokratie sowie die Autonomie der Gewerkschaften als unverzichtbare Bestandteile nicht nur der antikapitalistischen Strategie, sondern auch der sozialistischen Demokratie angesehen werden. (Diese Positionen stimmen jedoch nicht mit jener Politik der „Mitbestimmung“ und der „Partizipation“ als eines Systems der gemeinsamen Verantwortung von Kapital und Arbeit überein, wie sie z. B. als Modell gesellschaftlicher Integration und Konfliktbewältigung von der Mehrheit der DGB-Gewerkschaften in der BRD vertreten werden).

— In der neu belebten Diskussion über die politische Theorie des Marxismus wird immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, das enge Schema „Klasse — Partei; Staat — Revolution“ zu erweitern und zu transzendieren. Die Themen dieser Diskussion konzentrieren sich vor allem auf die Beziehungen zwischen der Klassenstruktur und dem System der Parteien, die Beziehungen von Kapital und Staat, die Formen des Bewußtseins und der Ideologien in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf. Bislang lassen auch die marxistischen Antworten auf die Frage „Was tut die herrschende Klasse, wenn sie herrscht“ (Göran Therborn) einen eher vorläufigen Kenntnisstand vermuten. In diesem Zusammenhang werden Fragen nach der politischen und ideologischen Integrationskapazität des modernen Kapitalismus gestellt. Der demokratische Mechanismus selbst funktioniert als ein relativ autonomer und mächtiger Faktor der Integration der Arbeiterklasse. Daraus folgt, daß sich die Arbeiterbewegung diesen Herausforderungen stellen muß. Der politische und ideologische Kampf für den Sozialismus kann daher auch als ein Kampf für die „Hegemonie“ (A. Gramsci) in diesen Institutionen charakterisiert werden; denn ohne

einen Bruch der bürgerlichen Hegemonie kann eine sozialistische Transformation nicht erfolgreich sein.

— Schließlich bedürfen die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus einer gründlichen Analyse. Etwa seit dem Ende der 60er Jahre gab es in der Tat bedeutsame Fortschritte und Erfolge der Arbeiterbewegung wie der Linken in Westeuropa. Seit Mitte der 70er Jahre ist jedoch die Arbeiterbewegung in einigen Ländern in eine deutlich defensive Position zurückgedrängt worden. Orientierungslosigkeit und das Fehlen einer klaren und massenmobilisierenden Antwort auf die Anforderungen der Gegenwart charakterisieren vielfach das politische Erscheinungsbild der Linken. Erneut muß die Arbeiterbewegung lernen, daß sich eine lang andauernde kapitalistische Depression nicht automatisch in politisches Bewußtsein und Kampfbereitschaft für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft umsetzt. Neue Formen der Desorientierung und der Entmobilisierung sind zu erkennen, die ihrerseits unmittelbar durch die sozialen und ideologischen Wirkungen lang währender Arbeitslosigkeit, von lokaler und regionaler Konzentration von Arbeitslosigkeit, von neuen technologischen Entwicklungen beeinflußt werden. Gleichzeitig stellt der Monetarismus auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik das ganze System der „sozial-“ bzw. „wohlfahrtsstaatlichen“ Institutionen in Frage, das als Folge der Kämpfe der Arbeiterbewegung und als Folge kapitalistischer Integrationsstrategien nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde. Einige der Probleme, mit denen die Arbeiterbewegung am Ende der 20er Jahre konfrontiert wurde, sind daher in der Gegenwart wieder aktuell geworden. Im Anschluß an die bereits zitierte Bemerkung von Sinzheimer, können wir jetzt fragen (obwohl der begrenzte Wert solcher geschichtlicher Analogien nicht übersehen werden sollte!): Werden die Partizipations- und Kontrollrechte, all jene Institutionen im Produktionsprozeß wie in der gesamten Gesellschaft, über die dezentralisierte Interessen der Arbeiterklasse artikuliert werden können, wird das System der „Sozialpolitik“ als eine Waffe zur Verteidigung der Arbeiterklasse gegenüber dem monetaristischen Gegenangriff dienen? Oder werden diese Rechte, Institutionen und Ansprüche zerschlagen bzw. durch den Druck der außerökonomischen, politischen Gewalt erheblich reduziert werden?

Durch diese Fragen wird eines der wesentlichen Konfliktfelder markiert, in denen sich im kommenden Jahrzehnt die Klassenauseinandersetzung und der Kampf für den Sozialismus (national und international) entwickeln werden. Einschränkend sollte jedoch hinzugefügt werden, daß diese Hypothese in erster Linie für die nordeuropäischen Länder mit der sozialdemokratischen Hegemonie in der Arbeiterbewegung zutrifft. Gleichwohl sind auch in Ländern wie Frankreich und Italien, wo der kommunistische Einfluß in der Arbeiterbewegung stark ist, ähnliche Probleme entstanden. Zur Illustration des Pro-

blems mag hier der Hinweis auf die Erfahrungen genügen, die der „italienische Fall“ vermittelt: er verdeutlicht zumindest die enormen Schwierigkeiten, die wachsende Macht der Arbeiterklasse in der Gesellschaft (wie sie in Massenkämpfen und der Macht der Gewerkschaften, in der qualitativen Erweiterung von Beteiligungs- und Kontrollrechten in den Betrieben und in anderen gesellschaftlichen Bereichen zum Ausdruck kommt) auf die Ebene des Staates zu vermitteln, d. h. zu einer Politik der demokratischen Transformation der Staatsmacht und der nationalen Politik weiter zu entwickeln.

4.

Bevor diese Herausforderungen für die Arbeiterbewegung genauer analysiert werden, sollen zunächst noch einige Bemerkungen angefügt werden, die die Bedeutung des Kampfes für Partizipation, Autonomie und Kontrolle für die heutige Arbeiterbewegung noch verdeutlichen sollen. Natürlich reflektieren die Programme und Strategien der Arbeiterbewegung immer auch die besonderen nationalen Traditionen sowie die Kräftekonstellationen und ideologischen Strömungen in der Arbeiterbewegung. Gleichwohl ist der Kampf für die Demokratisierung des kapitalistischen Machtssystems auch außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie, der Kampf für die Dezentralisierung der Macht durch Partizipation und Kontrolle ein selbstverständlicher Bestandteil der Strategie all jener Kräfte geworden, die demokratische Veränderungen mit dem Ziel des Sozialismus anstreben. Die Mehrheitsströmung in den sozialdemokratischen Parteien definiert zwar immer noch die Partizipation als ein Instrument der Integration der Arbeiterbewegung in das kapitalistische System in dem die Verantwortung für das „Gemeinwohl“ von Kapital, Arbeit und Staat „paritätisch“ geteilt werden soll. Dennoch hat der klassenbewußte Teil der westeuropäischen Arbeiterbewegung inzwischen gelernt, daß seine Hauptaufgabe nicht darin besteht, solche Konzeption frontal zu attackieren und sich damit zu begnügen, sie als „konterrevolutionär“ zu entlarven. Er hat vielmehr begriffen, daß solche Konflikte und Meinungsunterschiede selbst in den konkreten Klassenkampf einbezogen werden müssen, um den Institutionen der Partizipation und Kontrolle sowie den Kämpfen für ihre Erweiterung einen Klasseninhalt zu geben.

Die Analyse des Problems kann sich aber nicht auf diese — gewiß wichtigen — Aspekte beschränken. Eines der Ergebnisse der Klassen- und Volksbewegungen seit dem Ende der 60er Jahre besteht darin, daß der Kampf für Partizipation, Kontrolle und Selbstbestimmung heute ein wesentlich weiteres Feld ergriffen hat. Der Betrieb und der Produktionsbereich sind nicht mehr der ausschließliche Mittelpunkt dieses Kampfes (obwohl, aus einer sozialistischen

Perspektive, hier nach wie vor das Zentrum der kapitalistischen Macht über die Gesellschaft lokalisiert werden muß). Vor allem die Studenten- und Jugendbewegung, dann immer eindringlicher die Frauenbewegung thematisierten die Forderung nach der Demokratisierung verschiedener Bereiche des sozialen, politischen und kulturellen Lebens. Auf diese Weise trat der Reproduktionsbereich sowie das komplexe Gebiet des „Überbaus“ ins Blickfeld einer antikapitalistischen Politik. Allerdings wurde dabei zugleich die relative Autonomie dieser Kämpfe für die strategische Konzeption der Demokratie und des Sozialismus unterstrichen. Die Arbeiterbewegung muß er lernen, mit diesen Bewegungen in einen konkreten und kritischen Dialog zu treten. Sie wird dabei die Dialektik von Zentralisation und Dezentralisation in den kapitalistischen Machtstrukturen und die Herausarbeitung der Hegemonie der Arbeiterklasse im Prozeß der Transformation zum Sozialismus in den Mittelpunkt rücken. Gleichwohl braucht nicht ausführlich erläutert zu werden, daß die sozialistische Arbeiterbewegung diese Fragen lange Zeit unterschätzt hat. Ein Aspekt dieser Problematik soll gesondert angesprochen werden. Wenn man die relative Autonomie des Kampfes für Partizipation, Kontrolle und Demokratie in der Reproduktionssphäre anerkennt, impliziert dies zugleich neue Gesichtspunkte für die marxistische Analyse des Staates. Der Staat reguliert wesentlich die Reproduktionssphäre. Das Erziehungs- und Ausbildungssystem, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Systeme der Kommunikation und Information sind zu wichtigen Funktionen des modernen kapitalistischen Staates geworden, der die Vergesellschaftungsprozesse an die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation und der Profitproduktion anpassen und gleichzeitig die sozialen und politischen Konfliktpotentiale mit den Bedürfnissen der Systemstabilität in Einklang bringen muß. Die Ausdehnung des Klassenkampfes und des Kampfes für die Demokratie auf diese Bereiche setzt daher einen „weiten Begriff“ des kapitalistischen Staates voraus. Sie verbietet eine bloß instrumentalistische Konzeption, die den Staat auf den Apparat der kapitalistischen Klassenherrschaft und Repression reduziert. Der kapitalistische Staat ist nach wie vor ein solcher Apparat. Dennoch realisiert sich die Funktion der Ausübung und der Sicherung von Klassenherrschaft eben keineswegs ausschließlich durch direkte Gewalt, durch politische und ideologische Repression. Klassenherrschaft realisiert sich vielmehr durch ein komplexes System von Staatsapparaten, die gesellschaftliche Integration und Konsensus reproduzieren und auf diese Weise die bürgerliche Hegemonie nicht nur in Ökonomie und Politik, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen (vor allem: Ideologie und Kultur) sichern. Die Funktionsweise dieser Apparate folgt nun keineswegs der Logik einer ein-dimensionalen Übermittlung der Interessen der herrschenden Klasse an die Arbeiterklasse und die Masse der „Subalternen“. Die objektiven kapitalistischen Widersprüche sowie die Interessenkollisionen

im „Block an der Macht“, die Konstellationen der politischen Kräfte und des Klassenkampfes reflektieren sich in der Funktionsweise und in der inneren Struktur der Staatsapparate selbst. Die Kämpfe für Partizipation, Kontrolle und Demokratie „transportieren“ daher auch die Klassenauseinandersetzungen in die Staatsapparate hinein, die im gegenwärtigen Kapitalismus einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten beschäftigen. Diese erweiterte Sichtweise des politischen Systems des Kapitalismus bedeutet keineswegs den Verzicht auf jene zentrale Einsicht des revolutionären Sozialismus, nach der die Grundfrage jeder Revolution die der Staatsmacht sei. Sie ermöglicht es jedoch, eine Strategie zu konzipieren, die die Verbindungen und Bündnisse der sozialen und politischen Kräfte, die an diesem Kampf teilnehmen, und den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus sehr viel konkreter zu bestimmen vermag.

Wenn von der Erweiterung des Feldes, in dem sich der Kampf für Partizipation, Kontrolle und Demokratie vollzieht, gesprochen wird, so müssen noch kurz zwei Punkte erwähnt werden:

— Diese Erweiterung korrespondiert mit der Einbeziehung neuer sozialer Kräfte in die Volksbewegungen. Jugendliche, Intellektuelle und vor allem Frauen entwickeln spezifische Forderungen und politische Praxisformen, wobei sich viele von ihnen als eine autonome Bewegung in der sozialistischen Emanzipationsbewegung begreifen.

— Die Forderung nach erweiterter Demokratisierung beschränkt sich nicht allein auf das Gebiet der kapitalistischen Machtstrukturen. Sie hat auch in die internen Diskussionen in den Organisationen der Arbeiterbewegung Eingang gefunden. Machtstrukturen und bürokratische Verfestigungen in Parteien und Gewerkschaften sind daher zu einem Gegenstand der Kritik geworden.

5.

In jeder Periode der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mußte die Arbeiterbewegung lernen, ihre Programme und Strategien mit den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes in Übereinstimmung zu bringen. Nur zu oft herrschte die Tendenz vor, diese objektiven Bedingungen mit dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, den quantitativen Dimensionen der Beziehungen zwischen den Hauptklassen und der inneren Struktur der Arbeiterklasse zu identifizieren. Die Ausarbeitung einer sozialistischen Politik muß diese Bedingungen natürlich nach wie vor gründlich analysieren. Das reicht jedoch nicht aus; denn die moderne kapitalistische Gesellschaft hat Strukturen der gesellschaftlichen Kontrolle, allgemeiner: der individuellen und kollektiven Vergesellschaftung etabliert, die das politische Verhalten be-

einflussen und die Konstitutionen von Klassenbewußtsein überlagern. Dieses Problem ist nicht unbedingt neu, denn schon die wirtschaftlichen und politischen Krisen nach dem Ersten Weltkrieg — besonders nach 1929 — vermittelten die Lehre (die Antonio Gramsci als einer der ersten Theoretiker der revolutionären Arbeiterbewegung auszuarbeiten suchte), daß die Erfahrung der Krise und von extremer Pauperisierung, aber auch von scharfer politischer Repression sich nicht unmittelbar und spontan in revolutionäres Klassenbewußtsein und Massenaktion (an die die revolutionäre Propaganda der kommunistischen Bewegung dieser Zeit appellierte) übersetzt.

Die Kritik der Defizite und Fehler der kommunistischen Politik während der sog. „ultralinken Periode“ der Komintern kann jedoch nur ein Baustein der Analyse der gegenwärtigen Widerspruchskonstellationen sein. Da es mir unmöglich erscheint, systematische Schlußfolgerungen zu unternehmen, will ich mich darauf beschränken, zwei Aspekte zu charakterisieren, die sich nicht auf den unmittelbaren Einfluß der gegenwärtigen kapitalistischen Krise beziehen (vgl. dazu weiter unten, Abschnitt 6.). Es handelt sich dabei vielmehr um allgemeine Bestimmungen von sozialen, politischen und ideologischen Strukturen des modernen Kapitalismus.

— Alle ernsthaften Analysen der neueren Entwicklung des politischen Systems des Monopolkapitalismus unterstreichen das enorme Ausmaß der bürokratischen Zentralisierung durch den Staat. Die Technologien der staatlichen Organisation werden durch die Kombination von Technokratie und eines neuen Typs plebiszitärer Politik charakterisiert (Therborn). Auf diese Weise sollen gesellschaftliche Anforderungen, die aus dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte resultieren, den Strukturen monopolistischer Macht und des monopolistischen Wettbewerbs angepaßt werden. Darüber hinaus reflektiert sich darin die beständige Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen Profitproduktion und Kapitalakkumulation auf der einen sowie den sozialen Bedürfnissen und Forderungen der lohnabhängigen Massen auf der anderen Seite durch Staatsintervention zu kontrollieren und zu „zähmen“. Für unsere Analyse ist nun der Sachverhalt ausschlaggebend, daß diese Form der bürokratischen Zentralisation mit einer extremen Individualisierung und Partikularisierung von gesellschaftlicher Erfahrung einhergeht. Die Individualisierung ist die Grundform der bürgerlichen Ideologie, die Marx als Fetischisierung der Bewußtseinsformen — hervorgebracht durch die Tauschbeziehungen in der Zirkulationssphäre, der „Oberfläche“ der bürgerlichen Gesellschaft, dem „Reich“ des freien und äquivalenten Tausches von Waren — gründlich analysiert hat. Die marxistische Analyse konkret historischer und gesellschaftlicher Bedingungen muß sich jedoch immer der Tatsache bewußt sein, daß in der Wirklichkeit, im alltäglichen Leben und der ihm korrespondierenden Erfahrung diese elementaren ideologischen Formen durch zahlrei-

che Einflüsse überlagert und geformt werden, die mit den Bedingungen des Arbeits-, Lebens- und Kommunikationsprozesses der vergesellschafteten Individuen verbunden sind. Und es sind diese konkreten Formen der Erfahrung und des Bewußtseins, die zugleich die Möglichkeiten und die Reichweite der Politik der Arbeiterbewegung definieren. Die Struktur der Interessen, an die sich die Arbeiterbewegung wendet, kann daher nur „in letzter Instanz“ — für die politische Theorie bedeutet dies: auf der Ebene des schon voll entwickelten Klassenkampfes und der Klassenorganisation mit Massencharakter — auf die allgemeinsten und grundlegenden ökonomischen und Klassen-Interessen der Arbeiterklasse bezogen werden. Die Politik der Arbeiterbewegung muß sich immer wieder auf Konstellationen von sozialen, politischen und auch sozialpsychologischen Interessen beziehen, die eben nicht unmittelbar als ökonomische und Klassen-Interessen zu identifizieren sind: kulturelle Bedürfnisse, die auf die Überwindung von Entfremdung, Angst, Gleichgültigkeit und Aggressivität zielen, Bedürfnisse, die auf soziale Sensitivität, Belohnung, Anerkennung und Zuneigung bezogen sind.

In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft wurden viele materielle Bedingungen für proletarische Kollektivität und Solidarität (die die Antwort der Arbeiterklasse auf die kapitalistische Individualisierung bilden) zerstört. Dabei reicht es nicht aus, nur die Organisationen, also Parteien und Gewerkschaften, zu betrachten. Der proletarische Alltag war eingebunden in ein Netzwerk kultureller und sozialer Institutionen wie Organisationen, die ihrerseits eng mit der Fabrik und den großstädtischen Arbeiterwohnvierteln verbunden waren. Der entwickelte Kapitalismus hat neue Mechanismen der sozialen (und politisch-ideologischen) Kontrolle etabliert. Sie sind durch äußerste Atomisierung der gesellschaftlichen Erfahrung, schließlich auch durch eine fortschreitende Anonymisierung von Klassenverhältnissen charakterisiert. In den modernen Beton-Wohnstädten zu leben, den allgemeinen Konsumstandards zu folgen, die soziale und politische „Kommunikation“ weitgehend auf das Fernsehen und andere Massenmedien reduziert zu erfahren, einbezogen zu sein in die „Automobilkultur“ — all das kann nicht allein im Hinblick auf den Konsum- und Warenfetischismus begriffen werden. Diese extrem individualisierten Formen der Lebenserfahrung behindern ihre kollektive Verarbeitung und Bewältigung. Mit ihnen etabliert sich zugleich eine neuer und subtiler Mechanismus der Trennung des privaten und des „öffentlichen“, des politischen Lebens. Dies bildet — nebenbei bemerkt — eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg jener zuvor erwähnten „plebiszitären Politik-Technologie“, die sich vor allem über die neuen Medien vermittelt. In deren Programmen verbindet sich auf der einen Seite die extreme Personalisierung von Politik mit der permanenten Bestätigung jener individualisierten Lebensweise und jenen neuen Formen der Segmentierung der Arbeitsprozesse, die

durch Rationalisierung und Automatisierung der Produktion hervorgebracht werden.

Diese Veränderungen reflektieren sich auch in neuen Formen der Unsicherheit und Angst, die mehr und mehr von konservativen und reaktionären Ideologien angesprochen werden, die den „Sozialstaat“ und die „Verbürokratisierung“ als Ursache jener Entfremdungserscheinungen denunzieren und zugleich neue, „eiserne“ Führer präsentieren. Die Suche nach der Überwindung von Entfremdung und Unsicherheit zeigt sich auch in der Hinwendung zum religiösen Sektenwesen, im selbstzerstörerischen Drogenkonsum und schließlich — freilich in einer aktiven und positiven Perspektive — in dem Versuch, alternative Formen des Lebens, der Kommunikation und der Subjektivität zu verwirklichen. Die Arbeiterbewegung kann diese Entwicklungen nicht negieren. Ebenso wenig wird sie sich darauf beschränken können, solche Erscheinungen als Ausdruck des „Fäulnischarakter“ des Imperialismus sowie der Marginalisierung und Proletarisierung von Teilen der Mittelschichten zu denunzieren. Sie kann nur in dem Maße zur politisch führenden Kraft werden, als es ihr gelingt, die sozialistische Perspektive nicht nur mit der Aufhebung der sozialökonomischen Bedingungen von Ausbeutung, Unterdrückung, Marginalisierung/Verelendung, sondern auch mit der Verwirklichung einer neuen Kultur, eines neuen Typs von Gesellschaftlichkeit und Subjektivität zu verbinden.

— Diese neuen Formen von Entfremdung werden noch durch Widersprüche verstärkt, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden sind. Aufgrund der Verwissenschaftlichung und Technisierung von Produktion und Verwaltung verliert ein wachsender Teil der Lohnabhängigen die Fähigkeit, die inneren Strukturen und Funktionen dieser Prozesse zu begreifen. Die Ausübung von Teilfunktionen, die überhaupt nicht mehr mit der Funktionsweise des gesamten sozialen Systems (des Betriebes wie der Gesellschaft) in Verbindung gebracht werden können, zerstört zunehmend die Möglichkeiten der Identifikation mit der eigenen produktiven Tätigkeit. Der traditionell handwerklich qualifizierte Facharbeiter konnte sich dagegen sowohl mit seiner spezifischen Qualifikation als auch mit dem Produkt seiner Tätigkeit identifizieren. Auch dieses Phänomen ist nicht neu. Marx hat es sehr präzise im ersten Band des „Kapital“ analysiert. Dennoch besteht ein bedeutender Unterschied zwischen den technisch fortgeschrittensten und größten Fabriken des 19. Jahrhunderts und den multinationalen „Giant Corporations“ der Gegenwart. Hier handelt es sich nicht nur um die Unterwerfung des Arbeiters unter die technische Struktur des Produktionsprozesses. Anonymisierung und Bedeutungsverlust werden zugleich durch die Sozial- und Machtstrukturen dieser „Giant Corporations“ verstärkt.

Das ist jedoch nur ein Aspekt des Problems. Im gegenwärtigen Kapitalismus

wird die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem höchsten Niveau des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts nicht nur zu einer Bedrohung von Arbeitsplätzen, Qualifikation und Einkommen. Darüber hinaus werden viele Bereiche des menschlichen Lebens in den Zusammenhang der drohenden Zerstörung der Naturbedingungen des Lebens und der Produktion hineingezogen. Die Atomenergie und -technologie sowie die atomare Bewaffnung und Aufrüstung sind heute die meist diskutierten Beispiele für die Transformation des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Destruktivkräfte.

Diese Gefahren — zumal dann, wenn sie gleichsam als „Naturgewalten“ erlebt werden — verstärken noch die zuvor erwähnten Äußerungen von Furcht und Ungewißheit, von Hilflosigkeit und z. T. zweckloser Aggressivität bei wachsenden Teilen vor allem der jugendlichen Bevölkerung. Gleichzeitig entwickeln sich aus diesen Widersprüchen jedoch Ansätze für neue soziale und politische Bewegungen. Die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung (deren soziale Wurzel eher in der Mittel- als in der Arbeiterklasse zu suchen ist) ist nur eine dieser Bewegungen, die zuweilen ihr Konzept der Demokratie und der Selbstbestimmung in bewußtem Gegensatz gegen die Arbeiterbewegung definieren. Neue Utopien blühen auf. Viele von ihnen kritisieren den Marxismus als eine Theorie, die sich selbst an den Fortschritt der Produktivkräfte und die Logik des wirtschaftlichen Wachstums gebunden habe. Dabei wird oft übersehen, daß der marxistische Sozialismus grundlegende Erkenntnisse für die Lösung dieser Probleme zur Verfügung stellt. Eine rationale und humane gesellschaftliche Entwicklung ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Prinzipien der Profitproduktion und der — an das Privateigentum an den Produktionsmitteln geknüpften — privaten Aneignung vernichtet werden, wenn der Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und privater Aneignung durch die gesellschaftliche Kontrolle der Produktivkraftentwicklung überwunden wird, wenn gesellschaftliche Bedürfnisse tatsächlich zum Regulierungsprinzip der Gesellschaft und ihrer Entwicklung geworden sind.

Dennoch muß sich die Arbeiterbewegung diesen neuen Fragen und Bewegungen zuwenden. Angesichts der — durch die Krise forcierten — Massenerscheinungen der Pauperisierung wird sie freilich niemals die Forderung einiger Ökologen akzeptieren können, daß jedermann bereit sein müsse, sich an einen geringeren Lebensstandard zu gewöhnen. Diese Position schließt aber keineswegs die Bereitschaft zur Diskussion über neue Konzeptionen zu alternativen Formen der Produktion und der Planung aus. Alternative Energien und Technologien, die Transformation von Kriegs- in Friedensproduktion, die Reduzierung von Überindustrialisierung und von parasitären Formen der Bürokratie, die Auseinandersetzung mit dem Verschwendungskapitalismus und dem Manipulationsapparat der Werbung, die Entwicklung von neuen Formen des Arbeitens, des Wohnens, des Verkehrs und der Kommunikation — alle

diese Fragen müssen in die theoretischen und strategischen Debatten der Arbeiterbewegung integriert werden.

6.

In diesem Abschnitt sollen einige der wichtigsten Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisenprozesse auf die Arbeiterklasse diskutiert werden. Krise der Kapitalverwertung bedeutet stets einen zweifachen Reorganisationsprozeß: 1. Die Krise zerstört überakkumuliertes Kapital; sie reorganisiert die Kapitalstrukturen durch Zentralisation/Monopolisierung, um auf diese Weise zugleich Voraussetzungen für einen neuen Schub der Produktivkraftentwicklung zu schaffen. 2. Die „Reinigungs“-Funktion der Krise (vom Standpunkt der Kapitalverwertung) verlangt eine Umstrukturierung der Arbeiterklasse, indem durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit sowie durch den Druck auf die staatliche Sozialpolitik das Lohnniveau gesenkt werden soll, die Mobilität der Arbeiterklasse und die Anpassung der Qualifikation der Arbeitskraft an die Bedürfnisse des Produktionsprozesses mit dem Mittel der ökonomischen Gewalt erzwungen werden soll.

Im Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus gewinnen zwei weitere Funktionen der Krise an Bedeutung: — Die Reorganisation der ökonomischen und politischen innerimperialistischen Konkurrenz, die einhergeht mit einer Neudefinition der Machtstrukturen im internationalen System.

— Die Umverteilung des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen Mehrprodukts zugunsten der privaten Investitionen und der Kapitalakkumulation — zu Lasten nicht nur der Arbeitslöhne sondern vor allem auch der Sozial- und Interventionspolitik des Staates.

Die klassische Gewerkschaftspolitik für höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen wird in der Regel in solchen Krisenperioden geschwächt. So verloren z. B. die deutschen Gewerkschaften zwischen 1929 und 1933 einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder. Massenarbeitslosigkeit, Lohnreduktion und die politischen Gegenoffensive des Faschismus und des Monopolkapitals versetzten diese so mächtig scheinenden Organisationen in einen Zustand der Hilflosigkeit. So konzentrierten sie einen Großteil ihrer Aktivität auf die Ausarbeitung von abstrakten Plänen für die Genesung der nationalen Wirtschaft sowie für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Auch in der Gegenwart wird die Gewerkschaftspolitik durch die sozialökonomischen Wirkungen der Krise erheblich beeinträchtigt. Zahlreiche dieser Wirkungen sind mit Segmentierungs- und Fragmentierungsprozessen in der Arbeiterklasse verbunden. Das heißt: die Krise in der Arbeiterbewegung (und vor allem in der Gewerkschaftsbewegung) ist eng mit neuen Formen der Aufspaltung und Partikularisierung

von Klassenerfahrung verknüpft.

— Arbeitslosigkeit produziert nicht nur eine Trennung zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben. Sie übt zugleich Druck auf das Lohnniveau der Beschäftigten aus, ermöglicht eine Verschärfung der Arbeitsintensität und der Ausbeutung. Lang anhaltende Depression und Massenarbeitslosigkeit vergrößern zugleich die Reihen des marginalisierten „Sub-Proletariats“. Verarmung ist weitgehend das Schicksal dieser Menschen, vor allem der Jugendlichen, die keine Chance mehr haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Heute sind die USA längst nicht mehr das einzige Land, das diese Tendenz illustriert. In vielen westeuropäischen Ländern — vor allem in Großbritannien — sind solche Massen-Phänomene der Marginalisierung zu beobachten; überall steigt der Anteil derjenigen, die unter die sog. „Armutgrenze“ absinken. In den kommenden Jahren kann mit einer Verbesserung der Situation nicht gerechnet werden. Im Gegenteil — die „elektronische Revolution“, die radikale Transformation von industrieller und Verwaltungs-Arbeit, die gerade erst begonnen hat und die die Produktivität enorm steigert, den Anteil menschlicher Arbeit drastisch reduzieren wird, verstärkt die Tendenz zur Marginalisierung noch größerer Bevölkerungsteile. Diese Gefahren berühren nicht nur Jugendliche, Frauen und Ausländer, sondern mehr und mehr noch qualifizierte Facharbeiter (z. B. in der Uhrenindustrie, in der Druckindustrie sowie in privaten und öffentlichen Verwaltungen). Traditionale „aristokratische“ Gruppen der Arbeiterklasse (z. B. auch in der Automobilindustrie) werden in der Zukunft ihren Arbeitsplatz verlieren. Dabei muß daran erinnert werden, daß diese Gruppen historisch stets die „Speerspitze“, den Organisationskern, der Industriegewerkschaften gebildet haben. Diese Gewerkschaften werden so nicht nur durch die entsolidarisierenden und entmobilisierenden Wirkungen der Krise und der Arbeitslosigkeit betroffen. Zugleich sind sie durch Mitgliederverluste und damit durch Einbußen in ihrer finanziellen und organisatorischen Macht bedroht.

— In einigen Ländern (Italien ist wohl der prominenteste „Fall“) hat sich inzwischen ein System der informellen oder „schwarzen“ Produktion etabliert, die bereits einen beträchtlichen Teil des nationalen Arbeitskräftepotentials absorbiert. Teile der kapitalistischen Produktion werden aus den „Zwängen“ herausgenommen, die auf der Profitproduktion in Form von Steuern, Sozialpolitik, gesetzlichen Regelungen und Vorschriften, Gewerkschaftsmacht (die die Organisation der Arbeit, die Investitionen und die Personalpolitik zu kontrollieren vermag) „lasten“. Viele Arbeiter müssen sich daher daran gewöhnen, ihren Lebensunterhalt durch zwei „Jobs“, durch doppelte Arbeit zu sichern. — z. B. tags in der Fabrik, abends bzw. nachts durch Schwarzarbeit im Dienstleistungsbereich oder in der „schwarzen Produktion“ —. Die Konsequenzen dieses „doppelten Marktes“ sind nicht schwer zu ermessen. Die kapi-

talistische Krise fördert die Herausbildung eines ökonomischen und sozialen Sektors, in dem es zu einer Renaissance der ungehinderten kapitalistischen Ausbeutung, mit anderen Worten: zu einer Restauration frühkapitalistischer Arbeitsverhältnisse, kommt. Das Nebeneinander dieser beiden Sektoren verstärkt zugleich die Gleichgültigkeit bei Teilen der Arbeiterschaft im „offiziellen Sektor“. Ihre Unterstützung von gewerkschaftlicher Macht, vor allem aber ihr Interesse an Partizipation und Kontrolle auf der Ebene des Betriebes wird schwächer.

— Die Internationalisierung des Kapitals und der Arbeitsmärkte hat zu einer enormen Ausdehnung des Anteils der ausländischen Arbeitskräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern geführt. Diese neue Form der Internationalisierung der Arbeiterklasse und eines „Sub-Proletariats“ ruft Spannungen und Konflikte in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen (die immer auch eng mit den besonderen nationalen Traditionen verbunden sind und sich immer schwer taten, solidarische Beziehungen zu ausländischen Arbeitsimmigranten zu entwickeln!) hervor. Ghettoisierung gekoppelt mit dem Verfall ganzer Stadtgebiete und Regionen ist nur eine Form der Segmentierung, die einhergeht mit der Etablierung neuer Hierarchien innerhalb der Masse der „Subalternen“. Es besteht daher die Gefahr, daß Rassismus und Chauvinismus in der Arbeiterklasse, vor allem bei ihren durch Marginalisierung bedrohten oder bereits erfaßten Unterschichten an Einfluß gewinnt und sich mit neofaschistischen Ideologien und Organisationen verbindet. Vor allem Jugendliche, denen die kapitalistische Ordnung keine aktive Lebensperspektive mehr vermittelt, werden dazu neigen, „Sündenbock“-Theorien und Vorurteile zu übernehmen, durch die ihre Angst und Aggressivität auf Fremde und andere gesellschaftliche Randgruppen projiziert werden kann. Das Beispiel der USA und ihrer Geschichte mag verdeutlichen, wie solche Bewußtseinsformen und Emotionen immer wieder dazu instrumentalisiert wurden, die Solidarität der Arbeiterklasse aufzuspalten und damit den Boden für die Hinwendung zu antihumanistischen und antisozialistischen Ideologien zu bereiten.

Diese Implikationen der kapitalistischen Krise betreffen vor allem die Entwicklung des Klassenbewußtseins. Es handelt sich — kurz gesagt — um Faktoren, die im gegenwärtigen Kapitalismus Integration und die Neutralisierung von Konflikt- und Widerspruchspotentialen gewährleisten. Indem wir diese Faktoren hervorheben, soll nicht Herbert Marcuse's Theorie des „eindimensionalen Menschen“, die in den 60er Jahren formuliert wurde, wiederbelebt werden. Der wesentliche Unterschied liegt darin, daß Marcuse die Fähigkeit des modernen Kapitalismus behauptete, jene Widersprüche zu neutralisieren und umzulenken, die mit seiner ökonomischen, sozialen und politischideologischen Entwicklung verbunden sind. Wir haben jedoch Phänomene hervor-

gehoben, die gerade durch die offene kapitalistische Krise und deren Widersprüche hervorgebracht werden. Das Problem liegt nicht darin (wie Marcuse unterstellte), daß die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt verschwunden sei (und damit auch die Perspektive des Sozialismus). Es besteht vielmehr darin, daß diese Widersprüche objektiv die Notwendigkeit des Sozialismus unterstreichen — und: daß es die Arbeiterbewegung lernen muß, sich mit den spezifischen Prozessen auseinanderzusetzen, die der Bildung des Klassenbewußtseins entgegenwirken. Die Arbeiterklasse kann nur dann zu einer wirklich hegemonialen Kraft werden, wenn sie es lernt, nicht nur gegen die Zentren der kapitalistischen Macht und Entscheidung zu kämpfen, sondern auch den Kampf gegen jene politischen und ideologischen Schranken zu führen, die in der Klasse selbst bestehen und die durch die Wirkungen der Krise reproduziert und z. T. verschärft werden.

Es mag den Anschein haben, als ob zahlreiche der hier aufgeworfenen Fragen nur wenig mit dem Problembereich von Partizipation, Demokratie und Kontrolle zu tun haben. Wird die Partizipation als ein Komplex selbständiger und unabhängiger Institutionen und gesetzlicher Regelungen aufgefaßt, so trifft diese Vermutung zu. Im Kapitalismus beinhaltet eine solche Verselbständigung des Partizipations-Problems stets auch die Anerkennung einer sozialpartnerschaftlichen Klassenzusammenarbeit. Einige rechtssozialdemokratische und bürgerliche Interpretationen gehen noch weiter und legitimieren Partizipation als eine Form friedlicher Kooperation, die ihrerseits als Grundlage die „moderne Industriegesellschaft“, d. h. die Beseitigung von Kapitalismus und Klassengesellschaft, voraussetze.

Der Partizipations-Politik der Arbeiterbewegung einen Klasseninhalt zu geben, bedeutet daher: diese Politik in eine allgemeine, übergreifende Strategie des Klassenkampfes zu integrieren, die sich der besonderen Dialektik von Zentralisation/Dezentralisation im kapitalistischen Machtsystem bewußt ist. Die Frage kann daher nicht lauten: Kampf auf der Ebene dezentralisierter kapitalistischer Macht (Betrieb) oder Kampf in Richtung auf die zentrale Institution der allgemeinen politischen Macht des Kapitals, den Staat? Die Notwendigkeit, diese falsche Alternative, die zuweilen noch von syndikalistischen Positionen formuliert wird, zu überwinden, ergibt sich schon aus den realen Erfahrungen der Klassenauseinandersetzungen. In einer Periode der kapitalistischen Krise können z. B. starke Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen der Gewerkschaften und von Arbeiterräten durchaus im Sinne einer korporativistischen Verteidigung egoistischer (obwohl, natürlich, legitimer!) Interessen der Beschäftigten eines Betriebes fungieren. Folglich werden Entscheidungen des Managements über Betriebsstillegungen, über Massenentlassungen, über die Allokation neuer Investitionen zum Gegenstand der Konkurrenz zwischen den Beschäftigten der verschiedenen Abteilungen und Betriebe der (meist in-

ternational operierenden) Unternehmungen. Es braucht nicht besonders ausgeführt zu werden, daß eine solche Konkurrenz die Klassensolidarität untergräbt, mehr noch: die Logik der kapitalistischen Konkurrenz in den Kampf der Arbeiterbewegung selbst hineinträgt.

Darüber hinaus erweist sich die Wirkung und Reichweite bereits bestehender Regelungen der „industriellen Demokratie“ als durchaus begrenzt. Die monopolistische Konkurrenz und das Anti-Krisen-Management treiben die Zentralisation des Kapitals, seine Internationalisierung und die staatliche Intervention voran. Dieser Sachverhalt kann am Beispiel der „elektronischen Revolution“ verdeutlicht werden. Die enorme Produktivitätssteigerung verlangt Investitionen in einer Größenordnung, die nur von den größten Unternehmen aufgebracht werden können. Da jede Produktivitätssteigerung zugleich eine Erhöhung der Produktionskapazität bedeutet, erscheint die Ausweitung der internationalen Märkte und die Verschärfung der internationalen Konkurrenz als unausweichliches Resultat. Gleichzeitig verlangen wissenschaftliche Förderung und technologische Innovation kontinuierliche staatliche Investitionen auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Technologieförderung — ganz zu schweigen von den Anforderungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die durch die sozialen Folgen dieser „Revolution“ bestimmt werden.

Dieses Beispiel mag eine allgemeine Tendenz verdeutlichen: Institutionen der „industriellen Demokratie“, die sich auf die betriebliche Ebene beschränken, unterliegen nicht nur der Beschränkung, daß sie letztlich den Inhalt und die Richtung der Kapitalakkumulation nicht zu bestimmen vermögen. Sie werden auch durch die Krisenprozesse selbst unterminiert. Das bedeutet natürlich nicht, daß solche Institutionen und Rechte überflüssig geworden sind. Es bedeutet lediglich, daß ihre Handhabung fest an die allgemeinen und politischen Ziele des Klassenkampfes gebunden werden muß. Diese Hervorhebung der erweiterten politischen Aufgaben vor allem der Gewerkschaften darf nicht mit einer Rückkehr zu den „ultralinken“ Konzeptionen der 20er Jahre verwechselt werden. Sie werden vielmehr durch das Niveau der Vergesellschaftung im gegenwärtigen Kapitalismus und durch die Gegenstrategien des Kapitals und konservativer Kräfte notwendig, die darauf zielen, von den Reinigungseffekten der Krise zu profitieren und die Macht des Staates für einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit der „Sozialstaats-Politik“ zu benutzen.

7.

Im letzten Teil sollen einige Aspekte der Politik der Arbeiterbewegung diskutiert werden (wir beschränken uns nach wie vor auf Westeuropa und erheben nicht den Anspruch einer globalen Analyse), die gerade durch diese konserva-

tiven und kapitalistischen Gegenstrategien bestimmt werden. Da zuvor der Rückschlag sozialistischer Bewegungen nach 1976/77 erwähnt wurden, sollte nun ergänzt werden, daß dieser sich politisch in Erfolgen konservativer Parteien bzw. Parteienbündnisse bei nationalen Wahlen sowie in einer aggressiven ideologischen und politischen Offensive gegen den Sozialismus, in der Verherrlichung der kapitalistischen Freiheit und des Individualismus als eines Programms der nationalen „Wiedergeburt“ artikuliert hat.

Die bedeutendste dieser Gegenstrategien ist natürlich der Monetarismus. Die „Botschaft“ von Milton Friedmann, die im „Thatcherism“ und in anderen Varianten der Austeritätspolitik aufgegriffen wurde, zielt auf eine radikale Restauration der Marktkräfte, des „freien Wettbewerbs“ und des Individualismus. Die gegenwärtige Krise wird als eine Folge des Keynesianismus ausgegeben, der der Staatsintervention in den ökonomischen Prozeß eine Schlüsselrolle zuschreibe und der deshalb der Macht von Interessengruppen — insbesondere den Gewerkschaften — zahlreiche sozialpolitische Zugeständnisse gemacht habe. Die Krise muß daher wie eine „Radikalkur“ wirken, die die parasitären Überbleibsel des „Sozialstaates“ vernichtet, überzogene Erwartungen der Massen gegenüber den sozialen „Wohltaten“ des Staates und die Macht der Gewerkschaften reduziert, um auf diese Weise die positiven Wirkungen des freien Spiels der Marktkräfte und der individuellen Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Dieses Konzept, demzufolge die Arbeitslosigkeit nur Ausdruck der Tatsache ist, daß der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, zu hoch ist, wurde nunmehr durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der britischen Regierung, sodann der Reagan-Administration in den USA hinreichend auch in seinen Einzelheiten und — was den Fall Großbritanniens betrifft — auch in seinen brutalen sozialen Wirkungen bekannt. Wir beschränken uns daher auf zwei ergänzende Bemerkungen, die die unmittelbare Bedeutung dieser „Botschaft“ für die Arbeiterbewegung illustrieren sollen.

— Das monetaristische Austeritäts-Programm instrumentalisiert offensichtlich die sozialökonomischen Wirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse. Die wachsende Masse der arbeitslosen und marginalisierten Fraktionen der Arbeiterklasse werden auf das Niveau einer pauperisierten „Reserve-Armee“ herunter gedrückt. Damit werden sie zugleich zu einem Reservoir einer reaktionären, politischen Propaganda, die an Rassismus und Chauvinismus, an „law and order“ appelliert. Zugleich können diese Schichten als Konkurrenten der gewerkschaftlich organisierten „Arbeiteraristokraten“ mißbraucht werden. Auf der anderen Seite kann diese Konzeption mit Unterstützung bei relativ privilegierten, beschäftigten Fraktionen der Arbeiterklasse rechnen. So hat z. B. das „thatcheristische“ Konzept von F. J. Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 durchaus bei Angestellten, bei katholischen, nicht-gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitern, die in kleineren Betrieben außerhalb der

großindustriellen Ballungsräume arbeiten und schließlich auch bei Teilen der „Unterschichten“ der Arbeiterklasse Anklang gefunden, bei denen Vorurteile gegen ausländische Arbeiter und der Antikommunismus besonders tief verwurzelt sind.

— Die Bedrohung, die der Monetarismus für die Arbeiterbewegung bedeutet, liegt nicht allein in dem Programm, das die Wiederherstellung der kapitalistischen Freiheit proklamiert. Viel gefährlicher ist die — zumeist noch verschleierte — politische Logik des Monetarismus; denn der angestrebte Bruch mit dem „Wohlfahrtsstaat“ und der „Demokratie der organisierten Interessen“ verlangt nach einem starken Staat. Der Monetarismus impliziert daher die Restauration der Konzeption vom „autoritären Staat“. Er bildet in gewisser Weise eine wirtschaftspolitische Hintergrund-Philosophie für die — schon in der Zwischenkriegsperiode erhobene — Forderung nach dem „starken Staat“ als politischem (und eben nicht: wirtschaftlichem und sozialen) Ordnungsfaktor. Es ist daher kein Zufall, daß konservative Politikwissenschaftler die monetaristische Ideologie durch die „Entdeckung“ unterstützen, daß die modernen westlichen Demokratien mit der Gefahr der „Unregierbarkeit“ konfrontiert seien, wobei meist „Unregierbarkeit“ mit politisch nicht mehr zu vereinheitlichendem „Pluralismus“ gleichgesetzt wird. Daß ausgerechnet die faschistische Militärdiktatur in Chile Friedman's „Botschaft der Freiheit“ zu verwirklichen beansprucht, sollte daher nicht als Randerscheinung unterschätzt werden; denn die politischen Implikationen des Monetarismus bedeuten gerade in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern eine außerordentliche Gefahr für den demokratischen Weg zum Sozialismus.

Eine andere Strategie der Krisenbewältigung und Konflikt-Neutralisierung ist jüngst unter dem Titel des „Korporatismus“ entdeckt worden. Der Begriff selbst ist nicht neu; er erinnert an Traditionen des italienischen Faschismus sowie an die reaktionäre, katholische Staats- und Soziallehre. Gemeinsamer Bezugspunkt dieser Konzeptionen ist die Ablehnung der Klassen und des Klassenkampfes. Sie akzeptierten die Repräsentation unterschiedlicher sozialer Interessen durch ständische Organisationen und Stände-Versammlungen, die jedoch dem autoritären Staat und seiner Gemeinwohl-Ideologie streng untergeordnet waren. Heute hat der Begriff „Korporatismus“ nicht mehr die gleiche Bedeutung. Es wird weithin anerkannt, daß Monopolisierung, monopolistische Konkurrenz und Staatsintervention die Grundlage eines neuen Typs der Kooperation und Entscheidung im politischen System bilden, der sich innerhalb und außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie etabliert hat. Krisen-Management verläuft demnach in der Form eines „Krisenkartells“, eines „korporatistischen Blocks“ zwischen Regierung, Kapitalverbänden und Gewerkschaften. Korporatismus bedeutet daher eine Institutionalisierung von politischer und sozialer Kooperation der gesellschaftlichen

Hauptkräfte, eine politische Regulierung gesellschaftlicher Beziehungen. Viele Thesen der Korporatismus-Debatte erscheinen als wenig originell, eher als eine „Wiederentdeckung“ alter Debatten — wie z. B. der Pluralismustheorie, der Technokratiedebatte, der Verbandsforschung oder auch von Elementen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Einige Aufschlüsse vermittelt dagegen die Analyse des „Modell Deutschland“, also der Krisenbewältigungsstrategien in der BRD, die gelegentlich als „reformistischer Korporatismus“ klassifiziert werden. Die bislang außergewöhnliche Stabilität des westdeutschen Kapitalismus sowie dessen ebenso außergewöhnliche politische Stabilität gründet vor allem auf der relativ privilegierten Position des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und — eng damit verbunden — auf einem inneren Modell des „sozialen Friedens“, das seinerseits die Dominanz integrationistischer Positionen in der Arbeiterbewegung zur Voraussetzung hat. Auf eine Erklärung dieser Bedingungen muß hier verzichtet werden. Für die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung seit der Krise 1975/76 ist charakteristisch, daß alle Anstrengungen des inneren und außenwirtschaftlichen Krisenmanagements darauf gerichtet sind, diese Bedingungen zu erhalten, um auf diese Weise auch die hegemoniale Rolle der BRD auf dem Feld der internationalen Politik, vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, zu fördern.

Bis zum Ende der 70er Jahre sprach sich die Mehrheit der organisierten Kapitalinteressen noch nicht für eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative im Sinne des „Thatcherismus“ aus. Der sozialliberale „Block an der Macht“ erschien ihnen noch als günstigere Herrschaftsvariante — vor allem im Blick auf die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Zielsetzungen. Zugleich wissen sie die enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie als einen Faktor zu schätzen, der einer Radikalisierung in der Arbeiterklasse entgegenwirkt (die sich während der 70er Jahre in Streikaktionen sowie bei Teilen der Gewerkschaftsbewegung andeutete) und damit trotz der objektiven sozialökonomischen Interessenspolarisierung als Garant eines relativen „sozialen Friedens“ wirkt. Eine solche Konzeption kann letztlich nur unter der Voraussetzung realisiert werden, daß es einer sozialdemokratisch geführten Regierung gelingt, die Mehrheit der gewerkschaftlichen Führungsgruppen in ein System des korporatistischen Krisenmanagements einzubinden. Diese Form der Konfliktregulierung setzt jedoch die Möglichkeit zeitweiliger Kompromißbildungen voraus. Das Modell kann daher nur funktionieren, wenn auf dem Gebiet der Lohnentwicklung, der Beschäftigung sowie der staatlichen Sozial- und Infrastrukturpolitik Lösungen zu finden sind, die einerseits drastische Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verhindern, andererseits die Kapitalverwertungsbedingungen — vor allem die außenwirtschaftlichen Interessen des BRD-Kapitals

— stützen und sichern.

Solche Kompromisse können unter Krisenbedingungen jedoch nur zeitweilig zustanden kommen; denn offenkundig sind sie am Primat der Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen und der Aufrechterhaltung bürgerlicher Hegemonie orientiert. Korporatistisches Krisenmanagement in dieser Form bedeutet daher trotz der formalen Gleichberechtigung der kooperierenden Kräfte die Unterordnung der Arbeiterbewegung unter dieses Primat bzw. Verzicht auf gewerkschaftliche und politische Autonomie. Das braucht nicht auszuschließen, daß dieses korporatistische Modell neue Institutionen schafft, in denen Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und Kapitalverbänden gemeinsame Strategien der Krisenbewältigung und des Wachstums (z. B. Modernisierung, Anpassung an die Weltmarktkonkurrenz, Energieversorgung, Technik/Wissenschaft, Arbeitsmark) beraten. Wie schon 1967 bei der Beteiligung der Gewerkschaften an der „Konzertierten Aktion“ könnte auch hier der Hinweis auf die Anerkennung gewerkschaftlicher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im politisch-staatlichen Raum als Legitimation für eine am „Gemeinwohl“ orientierte Sozialpartnerschaft unter Oberaufsicht des Staates dienen.

Im Übergang zu den 80er Jahren wird hingegen deutlich, daß sich die materiellen Voraussetzungen dieser Politik des kompensatorischen Kompromisses auflösen. Die Verschärfung struktureller Krisenprozesse engen den Spielraum vor allem der staatlichen Handlungs- und Steuerungsfähigkeit weiter ein. Angesichts sprunghaft angestiegener Staatsverschuldung und des wachsenden internationalen Konkurrenzdruckes auf das westdeutsche Kapital neigen immer mehr Repräsentanten der Kapitalinteressen zu drastischen „Sanierungsmaßnahmen“ nach dem Vorbild von Thatcher und Reagan. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach einer Senkung der Reallöhne und der staatlichen Sozialausgaben sowie die Beseitigung gesetzlicher Regelungen, die angeblich die freie Dispositionsgewalt des kapitalistischen Managements in Betrieben und Verwaltungen „einschnüren“. Die Forcierung der Aufrüstung sowie die Rückkehr von der Politik der „friedlichen Koexistenz“ zu einem Klima des äußeren und inneren „Kalten Krieges“ verfolgt nicht nur ökonomische Interessen (Erschließung neuer Kapitalanlagesphären in der Rüstungsproduktion), sondern soll zugleich die brüchig gewordene sozialpolitische Integration durch neue antikommunistische Kreuzzüge kompensieren.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Mehrheit der integrationistischen Gewerkschaftsführungen zunächst gegen eine Umbewertung des „reformistischen Korporatismus“ in eine Politik, die die Sanierung zu Lasten der Lohnneinkommen und der Sozialpolitik verschieben will, wirksamen Widerstand mobilisieren wird. Die Überlegung, eine sozialdemokratisch geführte Regierung

nicht zu gefährden, wird diese Zurückhaltung ebenso motivieren wie die Befürchtung, daß offene soziale und politische Auseinandersetzungen um die Sicherung des „sozialen Besitzstandes“, aber auch um gesellschaftspolitische Weichenstellungen für die Zukunft, einen Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterschaft vorantreiben könnten, der den für die BRD tragenden „politischen Grundkonsens“ in Frage zu stellen droht. Diese Konzeption kann noch durch eine Gewerkschaftspolitik gefestigt werden, die sich darauf beschränkt, korporatistisch die Interessen der relativ privilegierten „Oberschichten“ der Arbeiterklasse zu verteidigen, um auf diese Weise — gewiß vorerst noch unbewußt — die Folgen einer Umverteilung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen selbst noch auf die Unter- und Randschichten der Arbeiterklasse (z. B. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Rentner, Ausländer, Frauen, Jugendliche) abzuwälzen, die in weitaus geringerem Maße über das „Palliativmittel“ der gewerkschaftlichen Organisiertheit und ihrer Macht verfügen. Diese Form des „Korporatismus“, des Gruppenegoismus in der Arbeiterklasse, würde auf jeden Fall die Segmentierung und Spaltung der Klasse potenzieren und damit den Handlungsspielraum für kapitalistische Sanierungsstrategien — eben auch durch die Verminderung der Möglichkeiten des einheitlichen Handelns der Klasse — beträchtlich erweitern.

Ob sich diese Strategien mit Erfolg durchzusetzen vermögen, wird nicht nur durch die weitere sozialökonomische Entwicklung sowie durch die Einwirkungen der internationalen, politischen Kräftekonstellationen bestimmt. Auch die Entwicklung von Widerstands- und Kampffähigkeit in der Arbeiterklasse selbst, vor allem der Kampf für eine autonome, gewerkschaftliche Klassenpolitik werden darüber entscheiden. Die 70er Jahre haben — zumindest in der BRD — auch die Erfahrung vermittelt, daß in den Auseinandersetzungen um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen nicht allein die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt wurde, sondern daß sich in diesen Organisationen — trotz zahlreicher Rückschläge und Niederlagen — der Einfluß klassenbewußter Kräfte verstärkt hat. Diese sind nicht bereit, die Interessen der Arbeiterklasse dem Primat des Profitsystems unterzuordnen. Sie verbinden die gewerkschaftliche Kampffähigkeit an der Basis mit einer Strategie der Vereinheitlichung und Politisierung des gewerkschaftlichen Kampfes, die auch Druck auf die Regierungspolitik auszuüben vermag. In ihrem Zentrum steht die Forderung nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und nach Investitionskontrolle, insgesamt nach ersten Maßnahmen einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion und die Macht des Kapitals, die ihrerseits — vermittelt über harte, soziale Auseinandersetzungen — den Weg für eine alternative gesellschaftliche Entwicklungslogik öffnen könnten. Daß solche Forderungen heute weder auf die Gewerkschaften noch auf den Nationalstaat begrenzt werden können, verdeutlicht noch den Sachverhalt,

daß sich eine alternative Entwicklungslogik keineswegs ausschließlich auf die Organisation des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses beschränken kann. Ihre Entfaltung verlangt ebenso — das sei nur kurz angedeutet — die Sicherung des Friedens, Abrüstung, Zusammenarbeit zwischen den Staaten und vor allem die Verwirklichung einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“, die die armen Länder der „3. Welt“ aus der Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen und den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltmarktes befreit.

Zum Schluß soll noch einmal an einige Überlegungen erinnert werden, die Antonio Gramsci bei der Vertiefung der Lenin'schen Hegemonie-Konzeption formulierte. Eine hegemoniale Kraft zu werden, bedeutet für ihn: die Fähigkeit zur Führung eines Bündnisses („Blocks“) „subalternen Kräfte“ zu erwerben, den Korporatismus in der Arbeiterklasse, d. h. die Borniertheit der berufsständischen Interessen, zu überwinden, eine neue herrschende Klasse und einen neuen, „integralen Staat“ zu begründen. Die Bildung eines nationalen und kollektiven „Volkswillens“ wird so begriffen als ein theoretischer und praktischer Übergangsprozeß von der „ökonomisch-korporativen“ zur „universalistisch-politischen Phase“. Viele der in diesem Beitrag angesprochenen Probleme deuten darauf hin, daß sich die klassenbewußte, sozialistische Arbeiterbewegung — gewiß auf unterschiedenen Stufen ihrer Entwicklung und Kraft, im Kontext divergierender nationaler Traditionen und Kräftekonstellationen — in einem solchen Prozeß der „Katharsis“ befindet. Sie muß den Weg zum Sozialismus in einem langwährenden historischen Prozeß finden, der durch Rückschläge, Niederlagen und durch falsche Orientierungen immer wieder unterbrochen wird. Dabei lernt sie zugleich, daß dieser Kampf nicht in der schematischen Anwendung von strategischen Formeln besteht, die der konkret historischen und politischen Überprüfung gleichsam entzogen sind und als allgemeine Lehrsätze firmieren. Partizipation und Demokratie, Kontrolle und Autonomie gehören jedoch notwendig zu diesem Kampf um Hegemonie.

Joachim Blau

SOZIALDEMOKRATISCHE STAATSLEHRE IN DER WEIMARER REPUBLIK

**Darstellung und Untersuchung der staats-theoretischen Konzeptionen
von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer**

Mit einem Vorwort von Helmut Ridder

Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 21

ISBN 3-921630-20-7

509 Seiten, broschiert, DM 38,—

In diesem Buch dringt der Verfasser mit großer Geduld und Gründlichkeit in die noch nie zusammenfassend gesichteten literarischen Hinterlassenschaften von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer ein und versucht daraus die Grundpositionen dieser drei, erst Jahre nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes hierzulande wirklich rezipierten Staatstheoretiker zu erschließen, die sich ganz entschieden der politischen Verantwortung gestellt haben. Das impliziert natürlich auch die Mitzeichnung der komplexen Rahmenbedingungen. So bietet die Darstellung zugleich eine neue wertvolle Hilfe bei der Würdigung des kurzlebigen, an seinen angeborenen Widersprüchen gescheiterten Republikversuchs, an einer Geschichte mit viel Elend und wenig Größe sub specie der Demokratie.

Die vorliegende Arbeit fordert zum historischen Vergleich heraus und könnte dadurch zur Erhellung der Situation in der Weimarer Republik und in der BRD beitragen. Wer Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer, den beiden sozialdemokratischen Staatstheoretikern und Staatsrechtlern, die auch Zeitgenossen der Bundesrepublik gewesen sind, nahegestanden hat und weiß, wie der eine unter seinen zum Teil durch den Lebensweg bedingten politischen Fixierungen und der andere unter seinem Fernsein von der bundesdeutschen Szene gelitten hat, wird das vom Verfasser über sie wie auch über Heller aus der Rückprojektion gefällte nicht gelinde Verdikt ad personas relativieren und um so mehr das eigentliche Anliegen des Verfassers honorieren können, der nicht für Denkmalstürmerei, sondern für das so bitter notwendige und allen das bestätigenden Deklamationen zum Trotz noch nicht stattfindende Lernen aus der Geschichte und das Wieder-in-Gang-Setzen der Geschichte plädiert.

(Aus dem Vorwort)

Reinhold Hünlich

KARL KAUTSKY UND DER MARXISMUS DER II. INTERNATIONALE

Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Band 22

ISBN 3-921630-21-5

351 Seiten, broschiert, DM 28,—

In dieser Arbeit wird gezeigt, daß Kautskys Marxismus in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg in den Zusammenhang der marxistischen Linken innerhalb der II. Internationale gehört und sich theoretisch und politisch nur punktuell von dem Luxemburgs oder Lenins unterscheidet. Durch die Herausarbeitung der Schwächen einer ganz spezifischen Stufe der Marxismusrezeption wird gleichzeitig deutlich gemacht, daß ein umstandsloses Anknüpfen an diese Form des Marxismus nicht möglich ist.

Nach einem Überblick über die Marxismusrezeption Kautskys bis zur Revisionismusdebatte um die Jahrhundertwendé geht der Autor ausführlich auf Kautskys Kritik am Revisionismus ein, wobei neben den veröffentlichten Arbeiten auch der Nachlaß im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam ausgewertet wird. Behandelt werden die Kritik der politischen Ökonomie, die Klassentheorie, die Imperialismusanalyse und die Strategie und Taktik der sozialen Revolution. Dabei wird aufgezeigt, daß Kautsky neben Rosa Luxemburg den wichtigsten Beitrag zur Kritik des Revisionismus geliefert hat.

Gert Meyer

SOZIALSTRUKTUR SOWJETISCHER INDUSTRIE-ARBEITER ENDE DER ZWANZIGER JAHRE

**Ergebnisse der Gewerkschaftsumfrage unter Metall-, Textil-
und Bergarbeitern 1929**

Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Band 24

ISBN 3-921630-23-1

193 Seiten, broschiert, DM 28,—

In diesem Materialband werden die wichtigsten Ergebnisse der von den sowjetischen Gewerkschaften Anfang 1929 vorgenommenen repräsentativen Befragung von Metall-, Textil- und Bergarbeitern aller bedeutenden Industriegebiete der UdSSR erstmals übersetzt, ungekürzt wiedergegeben und ausführlich kommentiert.

Es handelt sich um umfangreiche Statistiken zur sozialen Herkunft und Landbindung der verschiedenen Gruppen und Schichten der Industriearbeiter; zu ihrem Lebens-, Produktions- und Berufsalter sowie zur Fluktuation; zum Bildungs-, Qualifikations- und Lohnniveau; zur gesellschaftlich-politischen Aktivität und Partizipation in Form der Partei- und Komsomolmitgliedschaft, der Übernahme von Wahlfunktionen in Sowjets und Gewerkschaften sowie der Teilnahme an Arbeiterklubs und Kulturzirkeln.

Die Materialien erlauben Einblicke in den Prozeß der historisch-gesellschaftlichen Entwicklung der russischen Industriearbeiterschaft vor und nach der Revolution sowie in ihre vielfältige innere Differenzierung in einer historischen Umbruchperiode: Ende der zwanziger Jahre fielen die wichtigen Entscheidungen zur beschleunigten Industrialisierung im Rahmen des ersten Fünfjahresplans wie zur Kollektivierung der Landwirtschaft, die weitreichende Folgen für das sowjetische Gesellschaftssystem hatten.

Die Massendaten dieses Bandes sind eine wichtige Quelle zur Untersuchung der sowjetischen Sozialgeschichte während der nachrevolutionären Übergangsperiode und können die empirische Grundlage für vergleichende Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung abgeben; zugleich eignen sie sich als Materialgrundlage für Lehrveranstaltungen zur Geschichte und Sozialstruktur sozialistischer Gesellschaften.



THE MILITANCY OF BRITISH MINERS

by V.L.ALLEN



THE MOOR PRESS

The Militancy of British Miners by V. L. Allen is a comprehensive account of the resurgence of militancy amongst British Miners in the late 1960s leading to the historic strikes of 1972 and 1974 and the unofficial strike against pit closures in 1981. It contains informed detail about the mining industry and miners' leaders such as Arthur Scargill, Michael McGahey, Emlyn Williams and Lawrence Daly, and shows how and why the dramatic transformation in miners' consciousness occurred. It describes the working of the National Union of Mineworkers and the struggle for power within it. It lists the problems miners face and the success they have achieved in resolving them.

This is a vital book for all those who want to understand why British miners are courted by politicians and feared by Governments. It is also important for its contribution to the debate about the determination of working class consciousness.

* * * * *

The book contains 57 photographs of people and of mining conditions which convey the drama of mining throughout this century.

* * * * *

V. L. Allen has had a close relationship with British miners for more than 20 years. He is Professor of the Sociology of Industrial Society at the University of Leeds and is the author of many books on trade unionism.

* * * * *

ISBN 0907698 01 8 Paperback. ISBN0 907698 00 X Hardback.
XIX 337 pages. 57 illustrations.

Broschiert DM 30,—
Gebunden DM 50,—

Auslieferung für die Bundesrepublik:

**Verlag Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft GmbH**

Postfach 510
Weidenhäuser Str. 56
3550 Marburg/Lahn
Telefon (064 21) 13983

Frank Deppe

Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse

Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung

Mit seinem neuen Buch greift Frank Deppe in die neuere Diskussion unter Sozialwissenschaftlern und Historikern über Inhalte und Methoden der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ein.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen und Auseinandersetzungen um seine Arbeiten „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ (Mitherausgeber und Mitverfasser, 1977, 3. Aufl. 1981) und „Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse“ (VAG, 1979) beschäftigt er sich hier mit einem zentralen politisch-ideologischen wie sozial-ökonomischen Problem der Arbeiterbewegung: Einheit und Spaltung.

Die Untersuchung der Bedingungen, die Prozesse der Spaltung und der Vereinheitlichung hervorbringen, bezieht sozial- und kulturhistorische Ansätze kritisch ein. Gleichzeitig unternimmt Frank Deppe den Versuch, mit der Analyse des Hegemonieproblems und von Kampfzyklen der Arbeiterbewegung einen Beitrag zur neueren Debatte über die politische Theorie des Marxismus zu leisten.

Im zweiten Teil des Buches analysiert Deppe aktuelle Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise.

FRANK DEPPE, geb. 1941, Prof. für Politikwissenschaft, Universität Marburg.

Wichtigste Veröffentlichungen: Verschwörung, Aufstand und Revolution (1970); Kritik der Mitbestimmung (1969); Die neue Arbeiterklasse (1970); Das Bewußtsein der Arbeiter (1971); Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1975); Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration (1976); Probleme der materialistischen Staatstheorie (1977); Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1977); Europaparlament und EG-Erweiterung (1979); Autonomie und Integration (1979); Strauß und die Gewerkschaften (1980); Weltwirtschaftskrise und Faschismus (1981).

Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft 

Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse

Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung

Mit seinem neuen Buch greift Frank Deppe in die neuere Diskussion unter Sozialwissenschaftlern und Historikern über Inhalte und Methoden der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ein.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen und Auseinandersetzungen um seine Arbeiten „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ (Mitherausgeber und Mitverfasser, 1977, 3. Aufl. 1981) und „Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse“ (VAG, 1979) beschäftigt er sich hier mit einem zentralen politisch-ideologischen wie sozial-ökonomischen Problem der Arbeiterbewegung: Einheit und Spaltung.

Die Untersuchung der Bedingungen, die Prozesse der Spaltung und der Vereinheitlichung hervorbringen, bezieht sozial- und kulturhistorische Ansätze kritisch ein. Gleichzeitig unternimmt Frank Deppe den Versuch, mit der Analyse des Hegemonieproblems und von Kampfzyklen der Arbeiterbewegung einen Beitrag zur neueren Debatte über die politische Theorie des Marxismus zu leisten.

Im zweiten Teil des Buches analysiert Deppe aktuelle Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise.

FRANK DEPPE, geb. 1941, Prof. für Politikwissenschaft, Universität Marburg.

Wichtigste Veröffentlichungen: Verschwörung, Aufstand und Revolution (1970); Kritik der Mitbestimmung (1969); Die neue Arbeiterklasse (1970); Das Bewußtsein der Arbeiter (1971); Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1975); Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration (1976); Probleme der materialistischen Staatstheorie (1977); Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1977); Europaparlament und EG-Erweiterung (1979); Autonomie und Integration (1979); Strauß und die Gewerkschaften (1980); Weltwirtschaftskrise und Faschismus (1981).